

Preussische Allgemeine



Nr. 41 · 14. Oktober 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Staat in Not

Wie die Regierung mit immer neuen „Rettungspaketen“ die öffentlichen Kassen an die Grenzen der Belastbarkeit führt
Seite 3



Vergiftete Stimmung
Neues vom Fischsterben in der Oder **Seite 5**



Jubiläum einer Institution Die BBC wird 100 Jahre alt **Seite 11**

FOTOS: SHUTTERSTOCK (2/MONTAGE), PA; IMAGO/IG

AUFGEFALLEN

Morawieckis Solidarität

Kaum, dass die Bundesregierung verkündet hatte, mit einem 200-Milliarden-Euro-Paket die hohen Energiekosten für die Bundesbürger abfedern zu wollen, hagelte es Kritik von einigen EU-Nachbarn. Vornweg der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der die Deutschen umgehend vor Alleingängen warnte: „Meine Botschaft an Deutschland ist: Seid gemeinschaftlich, solidarisch mit allen anderen.“

Diese Forderung ist – gelinde gesagt – erstaunlich. Denn die derzeit hohen Energiepreise sind Folge der westlichen Sanktionen gegen Russland, die als Reaktion auf den Ukrainekrieg verhängt wurden. Deutschland trägt diese Sanktionen unter anderem durch den Verzicht auf billiges russisches Gas und Öl mit, obwohl die Energiekosten längst die Existenz unzähliger Verbraucher und Unternehmen bedrohen. Somit verhält sich Deutschland bereits solidarisch – gerade auch gegenüber Ländern wie Polen, die diesen Verzicht seit Jahren gefordert haben. Insofern ist es bizarr, wenn nun ausgerechnet Polen Deutschland vorwirft, die negativen Folgen dieser „Solidarleistung“ für seine Bürger abfedern zu wollen.

Dass derselbe Mateusz Morawiecki Deutschland unlängst Reparationsforderungen für die Polen durch den Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste in Höhe von 1,3 Billionen Euro überreichte, passt da gut ins Bild. Es verlangt schon ganz spezielle Qualitäten, von einem Land, dem man soeben eine Billionen-Forderung überreichte, bei nächster Gelegenheit „Solidarität“ einzufordern. Morawiecki scheint über sie zu verfügen. *neh*

PARTEIENLANDSCHAFT

Niedersachsen setzt die Liberalen unter Zugzwang

Nach der Landtagswahl steht die FDP vor der Frage, ob sie sich wieder stärker an ihren Grundwerten orientieren – oder in der Regierung untergehen will

VON HANS HECKEL

Lieber gar nicht regieren, als falsch regieren“, so lautete die Losung, mit der Christian Lindner im November 2017 den Einstieg in eine Koalition mit Angela Merkels Union und den Grünen ablehnte. Daran wird der FDP-Chef nun landauf, landab erinnert. Das Vertrauen der Deutschen in die Berliner Ampel ist im Sturzflug begriffen, und die FDP bekam dafür in Niedersachsen die brutale Quittung. Eine an Panik grenzende Nervosität hat die Führungsriege der Liberalen daraufhin ergriffen, in die sich große Ratlosigkeit mischt. Nur neun Jahre nach dem historischen Rauswurf aus dem Deutschen Bundestag 2013 steht den Freidemokraten abermals die Möglichkeit ihres Untergangs vor Augen.

Woher rührt der massive Vertrauensverlust? Nun, alle liberalen Beteuerungen, die Partei der soliden Staatsfinanzen, der Wirtschaft und des Mittelstandes zu sein, die sich dem Schutz des Privateigentums verschrieben hat, zerschellen an der Realität. Diese besteht aus ausufernder Verschuldung, einer völlig gescheiterten Energiepolitik, welche Wirtschaft und Mittelstand in eine Krise treibt, wie sie diese Republik noch nicht gesehen hat, sowie dem tödlichen Zangenangriff von Inflation und Niedrigzins, in dem die privaten Vermögenswerte zerrieben werden.

Eigentlich böte eine derartige Problemlage für eine liberale, marktwirtschaftliche Partei eine Riesenchance. So wie Millionen zusätzliche Wähler 2011 nach Fukushima an eine Kompetenz der Grünen glaubten, könnte die enorme wirtschaftspolitische Herausforderung unserer Tage einer klassischen Wirtschaftspartei massiven Zulauf schenken.

Dass das Gegenteil geschieht, hat nicht nur damit zu tun, dass die FDP in einer Koalition steckt, die ideologieverstockt Fehler auf Fehler stapelt. Es hat auch mit dem vielfachen Versagen der Freidemokraten in der Vergangenheit zu tun.

Sünden der Vergangenheit

So wurde der beschleunigte Atomausstieg 2011 beschlossen, als die Liberalen mit der Union in der Regierung saßen. Dieser energiepolitische Sündenfall entpuppt sich heute als Katastrophe für die deutsche Wirtschaft und die Privathaushalte. Und sogar gegen massive innerparteiliche Widerstände paukte die FDP-Führung seinerzeit alle „Rettungs-“, sprich: Aufweichungsmaßnahmen im Euro-System durch, die nunmehr in beängstigender Wucht und Geschwindigkeit ihre inflationäre Zerstörungskraft entblößen. In der Asyl- und Einwanderungspolitik erschien die Partei immer wieder, als sei sie weder Fisch noch Fleisch – wechselnd zwischen linksliberaler Naivität und einem wenig glaubhaft wirkenden Pochen auf das Ein-

halten rechtsstaatlicher Prinzipien bei der Behandlung illegaler Einreisen.

So gelang und gelingt es der Lindner-Partei nicht einmal, sich gegen eine programmatisch weitestgehend ausgehöhlte Union zu profilieren – nach dem Eintritt in die Ampel schon gar nicht mehr. Hinter dieser Misere lugt (wie bei der Union) vor allem eine inhaltliche Beliebigkeit hervor. Vor Jahrzehnten noch zeigte die FDP durch alle Krisen hindurch einen weltanschaulichen Kompass, der ihr beispielsweise 1982 den Weg aus der Koalition mit einer nach links kippenden SPD wies. Von einer beispiellosen linken Rachepropaganda, zahllosen Parteiaustritten und Umfragewerten von zwei Prozent niedergedrückt wurde die Partei bei den Wahlen 1983 dennoch mit dem Wiedereinzug in den Bundestag belohnt.

Heute hingegen sind die Liberalen von einer selbst verursachten Orientierungslosigkeit gezeichnet. Zu sehr hat man sich seit der Ära Westerwelle eher von Moden, Medien und Umfragen leiten lassen als von eigenen Überzeugungen. Damit hat Lindners Truppe nicht nur eigene Chancen versemmt. Die tiefe Verunsicherung der Freidemokraten dürfte nun auch in der Ampel deutlich spürbar werden. Angesichts grünlinker Unbelehrbarkeit, die dort immer noch Regie führt, ist da jetzt alles denkbar. Auch ein plötzlicher Bruch des Regierungsbündnisses.

Siehe hierzu auch die Seite 4

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Slowenien wurde ein Massengrab aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt **Seite 6**

Kultur

Ein Musical über den US-Gründervater Hamilton feiert Deutschland-Premiere **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Nach der Nord-Stream-Sabotage stärkt Memel den Schutz seines LNG-Terminals **Seite 13**

Lebensstil

Streifzüge durch Preußens Arkadien – Warum Potsdam mehr ist als Sanssouci **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Oberste Kontrollbehörde über Unternehmen in den Mitgliedsländern in Krisensituationen zu werden – so stellt sich die EU-Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen ihre Rolle in der Zukunft vor

Per Salami-Taktik zum EU-Zentralstaat

Immer öfter greift Brüssel in die Belange von Nationalstaaten ein – Widerstand aus Polen und Ungarn

VON NORMAN HANERT

Die Frage, ob die Europäische Union ein Bund von Staaten oder doch schon ein Bundesstaat sei, wurde bislang mit dem Hinweis beantwortet, auf dem europäischen Kontinent entwickle sich völkerrechtlich etwas völlig Neues, eine Art Zwischenlösung. Die EU-Kommission scheint die Union allerdings immer mehr in einen Bundesstaat verwandeln zu wollen. Vergangenes Jahr hat der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle der EU-Kommission vorgeworfen, „auf kaltem Wege“ in Europa „den Bundesstaat“ anstelle des bislang bestehenden Staatenverbundes einführen zu wollen. In den vergangenen Jahrzehnten diene der EU-Kommission häufig der Hinweis auf den Schutz und die Entwicklungen des gemeinsamen Binnenmarkts, um von den Nationalstaaten mehr Kompetenzabtretungen einzufordern.

Nun nutzt Brüssel ein weiteres, äußerst wirkungsvolles Argument, um sich für fast alle Politikfelder als zuständig zu erklären. Die Kommission verweist immer öfter auf krisenhafte Entwicklungen, denen aus ihrer Sicht die einzelnen Mitgliedsstaaten nicht gewachsen seien. Nicht zuletzt Großbritannien hat zu seiner Zeit als EU-Mitglied dafür gesorgt, dass Bereiche wie die Zuwanderungspolitik und das Steuerrecht in der Zuständigkeit der nationalen Regierungen geblieben sind.

Die Migrationskrise von 2015 hat Brüssel für den Versuch genutzt, um über eine „gemeinsame Flüchtlingspolitik“ auch in Fragen der Migration die Gestaltungsmöglichkeiten der nationalen Regierungen einzuschränken. Erst vor Kurzem legte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Straßburger Europaparlament eine Steuer zur Abschöpfung sogenannter „Zufallsgewinne“ von Gas- und Ölkonzernen und von Produzenten erneuerbaren Stroms an. Die Einnahmen, laut von der Leyen immerhin 140 Milliarden Euro, sollen bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Dennoch stellt der Vorschlag einen Vorstoß auf einen Politikbereich dar, der bislang in der Gestaltungskompetenz der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten lag.

Abgesehen von den Mindestrichtlinien zum Arbeitsschutz und zum gesundheitlichen Verbraucherschutz hatte die EU vor



Herrscherin über alle Krisen? EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Europäischen Parlament

Foto: pa

einigen Jahren kaum Kompetenzen in der Gesundheitspolitik. Im Zuge der Coronapandemie hat sich Brüssel auch auf diesem Politikfeld Einfluss gesichert.

Die aktuelle Energiekrise begreift die Kommission offenbar als Chance, um ihre

Macht auf Kosten der demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen in den Mitgliedsländern weiter zu vergrößern. Im September präsentierte die Kommission einen Entwurf für ein „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“, mit dem

sie sich im Krisenfall zur obersten Kontrollbehörde über Unternehmen in den Mitgliedsländern erheben will. In dem Entwurf heißt es: „Krise bedeutet einen außergewöhnlichen, unerwarteten und plötzlichen, natürlichen oder menschengemachten Vorfall von außerordentlicher Art und Ausmaß, der innerhalb oder außerhalb der Union stattfindet.“ Allein der inflationäre Gebrauch des Begriffs „Klimanotstand“ lässt befürchten, dass Brüssel das geplante Notfallinstrument nutzen könnte, um immer stärker eine Form von zentraler Wirtschaftslenkung zu etablieren.

Mittlerweile stoßen die Brüsseler Bestrebungen nach mehr Macht und Zentralisierung auf Widerstand. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU war für die Befürworter einer stärkeren Integration eine massive Niederlage. Innerhalb der EU widersetzen sich Polen und Ungarn derzeit, weitere Macht an die EU abzutreten. Auf Rückendeckung können beide Länder nun aus Rom hoffen. Giorgia Meloni, die Siegerin der Parlamentswahlen, hat sich während des Wahlkampfes klar als Anhängerin des Subsidiaritätsprinzips zu erkennen gegeben.

Stimmen zum Thema



Bereits 1988 kündigte der damalige EU-Kommissionspräsident **Jacques Delors** an, innerhalb eines Jahrzehnts würden 80 Prozent der nationalen Gesetzgebung im Bereich Wirtschaft ihren Ursprung in Brüssel haben.



Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts **Andreas Voßkuhle** hat der EU-Kommission vorgeworfen, „auf kaltem Wege“ in Europa „den Bundesstaat“ anstelle des jetzigen Staatenverbundes einführen zu wollen.



Während ihres Wahlkampfes forderte die Vorsitzende der Partei Brüder Italiens, **Giorgia Meloni**, die Europäische Union solle den Mitgliedstaaten „die Themen überlassen, die dem Leben der Bürger am nächsten sind.“

PRESSEFREIHEIT

Ein „Medien-Unfreiheitsgesetz“

Die EU plant den sogenannten European Media Freedom Act – Medien- und Journalistenverbände befürchten Kontrolle

Bei ihrer Initiative für einen europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit bekommt die EU-Kommission Gegenwind. Teil des geplanten „European Media Freedom Act“ ist eine neue Aufsichtsinstanz, die die Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden für audiovisuelle Mediendienste ersetzen soll.

Nach Darstellung der EU-Kommission soll der „European Media Freedom Act“ als einer von drei Bausteinen des „Europäischen Aktionsplans für Demokratie“ Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien im EU-Binnenmarkt unterstützen. Wichtige Verbände sehen allerdings in diesen Plänen selbst eine Gefahr für die Pressefreiheit. Die europäischen Dach-

verbände der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger warnen vor einem „Medien-Unfreiheitsgesetz“.

Der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) und der Medienverband der freien Presse (MVFP) forderten in einer gemeinsamen Erklärung die EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament auf, in das Verfahren einzugreifen, um „Eingriffe in die Pressefreiheit zu verhindern“. Die Verbände äußerten den Verdacht, dass die Presse mit der Initiative „einer weitreichenden Aufsicht durch eine europäische Medienbehörde unterworfen werden soll“. Die EU-Kommission setze mit ihrem Vorschlag die redaktionelle Freiheit der Verleger „de facto außer

Kraft“. Zudem bezweifelten die Medienverbände, ob eine Verlagerung von Kontrollkompetenzen im Medienbereich auf eine EU-Behörde erforderlich sei.

Die EU-Abgeordnete Petra Kammevert (SPD) warnte ausdrücklich davor, allen EU-Mitgliedstaaten eine restriktive Medienordnung vorzuschreiben. Schwere Bedenken hat die Abgeordnete insbesondere bei den Plänen für das europäische Aufsichtsgremium für Mediendienste: „Dieses solle in weiten Teilen in Abhängigkeit von der Kommission tätig werden. Zwar scheint man Vorkehrungen für eine gewisse Unabhängigkeit vorzusehen. Staatsferne und Unabhängigkeit, wie sie von den nationalen Regulierungsbehörden

„Staatsferne und Unabhängigkeit ... soll es also auf europäischer Ebene demnach nicht geben“

Petra Kammevert
EU-Abgeordnete (SPD)

verlangt werden, soll es also auf europäischer Ebene demnach nicht geben.“

Der Verband privater Medien (Vaunet) befürchtet, dass die Verpflichtungen, die mehr Transparenz über Eigentumsverhältnisse schaffen sollen, in erster Linie zu einem bürokratischen Mehraufwand führen, der in keinem Verhältnis zum damit zu erzielenden Vorteil stehen wird. Aus Sicht des Vize-Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbands, Mika Beuster, fallen die von der EU-Kommission angedachten Transparenzpflichten jedoch sogar noch zu schwach aus. „Sowohl wir Journalisten als auch die Öffentlichkeit wüssten schon gern um die tatsächliche Eigentümerstruktur der Medienhäuser.“ N.H.

EUROPÄISCHER RAT

Das Prinzip der Einstimmigkeit soll weg

Noch immer lässt sich erkennen, dass die Europäische Gemeinschaft als Vorgängerin der EU ursprünglich als ein Bund souveräner Staaten gegründet wurde. Im Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs – nicht zu verwechseln mit dem Rat der Europäischen Union – haben alle Vertreter nach dem Grundsatz der Gleichwertigkeit der Staaten das gleiche Stimmgewicht, egal ob es sich um Schwergewichte wie Frankreich und Deutschland handelt, oder um kleine Länder wie Luxemburg oder Estland. Grundprinzip im Europäischen Rat ist, dass Beschlüsse in Bereichen, die für die Mitgliedsländer sensibel sind, nur einstimmig getroffen werden dürfen.

Das Einstimmigkeitsprinzip gilt für die EU-Finzenzen, die EU-Mitgliedschaft und einen Großteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Bundeskanzler Olaf Scholz stellte bei seiner Grundsatzrede zu Europa, die er kürzlich in Prag gehalten hat, das Einstimmigkeitsprinzip in außen- und sicherheitspolitischen Fragen in Frage. Ob der Kanzler mit seinem Vorschlag Erfolg hat, ist nicht nur wegen der ablehnenden Haltung von Ungarns Regierung zweifelhaft.

Gerade für die kleineren Mitgliedsländer ist die Vetomöglichkeit im EU-Rat bislang eine Art Versicherung, dass sie nicht übergangen werden können. Kaum verwunderlich ist daher, dass am 20. September, bei einem Treffen ranghoher Vertreter aus den EU-Mitgliedsländern in Brüssel, die ungarische Justizministerin Judit Varga keineswegs isoliert war, als es um die Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips ging. Die österreichische Kanzleramtsministerin für EU-Angelegenheiten, Karoline Edtstadler, zeigte sich generell für eine Änderung offen, sie erklärte aber auch, wenn es beispielsweise um die Verhängung von Sanktionen geht, müsste Europa weiterhin einstimmig entscheiden. Der irische Staatssekretär Thomas Byrne ließ wiederum wissen, sein Land habe im Moment andere Sorgen. „Wir müssen zusehen, wie wir die Wohnungen in diesem Winter heizen“, so der Ire Byrne. N.H.

Deutschland droht der Geldinfarkt

Seit Jahren versucht der Bund, außergewöhnliche Krisen mit immer neuen „Rettungspaketen“ zu lösen. Die Belastung für den Staatshaushalt wurde dabei immer größer – und droht nun, diesen aus den Angeln zu heben

VON KONRAD BADENHEUER

Deutschland steht am Beginn einer ernsten Wirtschaftskrise. Niemand weiß, wie hart es kommen wird, aber eine Vorhersage ist sicher möglich: Die öffentlichen Finanzen werden massiv unter Druck kommen – weit schwerer als in vergleichbar tiefen Rezessionen der Vergangenheit. Denn zur Zeit rollt eine einzigartige Kombination von Belastungen auf Deutschland zu. Letzter Grund der Probleme ist ein falsches Verständnis dessen, was überhaupt die Aufgabe des Staates in der Marktwirtschaft ist und sein kann.

Dass in einer Rezession die Staatsfinanzen unter Druck geraten, ist eine Binsenwahrheit. Die öffentlichen Haushalte haben höhere Ausgaben für Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger und gleichzeitig weniger Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben. Privatleute verdienen weniger und Firmen machen weniger Gewinn, folglich zahlen sie weniger Steuern. Je tiefer die Krise ist und je länger sie dauert, umso größer wird die Last für die öffentlichen Haushalte – soweit ist das Gemeingut in unserer politischen Klasse. Was in Berlin aber noch keineswegs durchgedrungen ist, das ist die heutige Sondersituation gerade auch mit Blick auf die Staatsfinanzen. Egal ob die Wirtschaft im kommenden Jahr um zwei, vier oder womöglich acht Prozent in die Knie geht: Man kann jetzt schon sicher sagen, dass die Belastung der Staatsfinanzen deutlich schwerer ausfallen wird als bei vergleichbaren früheren Rezessionen, wobei das Land eine Schrumpfung der Wirtschaft um sechs oder mehr Prozent noch nicht erlebt hat. Der bisher stärkste Einbruch war im Jahr der Weltfinanzkrise 2009 mit minus 5,7 Prozent.

Sechs Unterschiede zu früheren Krisen

Gleich ein halbes Dutzend klarer Zusatzbelastungen hängen heute wie schwarze Gewitterwolken über der Zukunft unserer Staatsfinanzen. Der erste Punkt sind die massiv gestiegenen Energiepreise, genauer gesagt: der Versuch des Staates, diese um das Dreifache bis Fünffache gestiegenen Preise soweit zu drücken, dass eine massive Pleitewelle vermieden wird. Auch die Rezessionen von 1975 und von 1982 wurden durch verteuerte Energie verursacht, aber damals hat der Staat nicht versucht, die Preise zu drücken. Heute sind die Belastungen so massiv, dass nicht viel anderes übrig bleibt. Doch die Kosten sind horrend: Bis zu 200 Milliarden Euro will der Bund dafür bis 2024 aufwenden.

In den nächsten Tagen könnte sich erweisen, dass selbst diese Summe nicht ausreicht, um eine große Insolvenzwelle zu verhindern. Die Absurdität: Die Preisexplosion ist ja durch politische Fehlentscheidungen erst herbeigeführt worden, der Ukrainekrieg war eher Auslöser als Ursache der jetzigen Zuspitzung. Niemand hat die Bundesregierungen der letzten Jahre dazu gezwungen, bei bereits sehr hohen Strompreisen gleichzeitig aus Kohle und Kernkraft auszusteigen, dabei die eigenen Gasreserven nicht (mit „Fracking“) zu fördern, keine Flüssiggasimporte zu ermöglichen, sondern statt all dessen sich auf Russland als Hauptlieferanten für Erdgas zu verlassen. So gesehen versucht die Politik heute nur, die bitteren Folgen ihrer eigenen Fehlentscheidungen abzumildern.

Der zweite Punkt sind die höheren Verteidigungslasten. Die Unterfinanzierung der Bundeswehr seit bald 25 Jahren mutet skandalös an. Auf bis zu 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hatte Deutschland seine „Anstrengungen“ für die äußere Sicherheit zeitweise absinken lassen. Noch Mitte der 1980er Jahre verfügte die alte Bundesrepublik über mehr als 3000 einsatzbereite Kampfpanzer. Zuletzt waren es im größer gewordenen Land



Beliebtes Mittel in Krisenzeiten: Entlastungen für die Wirtschaft und die Bürger, die durch das Anwerfen der Notenpresse finanziert werden. Doch werden damit die Spielräume des Staates langfristig immer enger

Foto: imago/illuPics

noch etwa 120 – diese zwei Zahlen sagen eigentlich alles. Nun sollen die Versäumnisse aufgearbeitet werden, aber das kostet Unsummen über viele Jahre hinweg. Die erste Initiative dazu, das sogenannte „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro, wurde bekanntlich gleich komplett auf Pump finanziert.

Inflation freut den Finanzminister

Der dritte Punkt, der die Staatsfinanzen zusätzlich belastet, ist die demographische Entwicklung. Darüber wird seit Jahrzehnten viel geredet, aber jetzt sind wir an dem Punkt, wo es richtig Geld kostet. Viele Firmen können die in den Ruhestand gehenden Fachkräfte nicht mehr ersetzen und deswegen schlicht weniger Aufträge annehmen. Die Folge sind weniger Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialabgaben. Dass inzwischen ein bedeutender Teil der laufenden Rentenzahlungen aus dem Bundeshaushalt kommt, verschärft das Problem.

Die Inflation an sich ist übrigens keineswegs „Punkt vier“ in dieser traurigen Liste. Aus der Sicht des Finanzministers ist diese sogar eher ein Vorteil: Wenn die Nominaleinkommen steigen, dann werden die Bürger durch die Steuerprogression automatisch schärfer besteuert. Dieser Effekt tritt sogar dann ein, wenn die Gehälter langsamer steigen als die Preise – die real ärmer gewordenen Bürger werden dennoch zusätzlich geschröpft. Zudem entwertet Inflation die Staatsschuld – der andere Grund, warum sie nicht unbedingt zu den größten Sorgen des Finanzministers gehört.

Punkt vier in dieser Liste ist darum nicht die Inflation, es sind die höheren Zinsen. Jahr für Jahr wird ein Teil der Bundesanleihen zur Tilgung fällig und durch neue Anleihen ersetzt. Dieser an sich eher technische Vorgang wird zum Problem, wenn die frischen Anleihen höhere Zinsen haben müssen als die al-

ten, um Abnehmer zu finden. Das ist heute der Fall: Der Bund muss Anleihen mit null oder sogar minus 0,5 Prozent ersetzen durch neue, die wieder etwa zwei Prozent abwerfen.

Vor allem sind diese aktuellen Zinssätze kaum das Ende der Fahnenstange. Bei einer Inflation von zehn Prozent – die Tendenz ist weiter steigend – wären auch Zinssätze von über zehn Prozent zu erwarten. Erst dann wäre ja nicht jeder Kredit ein sicheres Verlustgeschäft für den Gläubiger. Nominalzinsen in dieser Höhe, die wir in den frühen achtziger Jahren bereits hatten, würden aber den Bundeshaushalt massiv strapazieren und Länder wie Italien womöglich in die Pleite treiben.

Anlageverluste von EZB und Bund

Schon jetzt haben die bisherigen, moderaten Zinserhöhungen einen unsichtbaren Effekt auf die Staatsfinanzen, auf den nun das Magazin „Börse Online“ hingewiesen hat. Seit 2015 kauft die EZB in großem Stil Staatsanleihen, auf schwindelerregende fünf Billionen Euro sind die Bestände der Notenbank inzwischen gewachsen. Die durchschnittliche Laufzeit liegt bei 7,5 Jahren, und die Kurse solcher Papiere sind seit Jahresanfang (spiegelbildlich zum Zinsanstieg) um 14 Prozent abgesackt. Das bedeutet aber, dass die EZB jetzt schon Buchverluste in Höhe von 700 Milliarden Euro auf ihren Anleihenbestand verkräften muss. Und von diesem Verlust entfallen rechnerisch 175 Milliarden auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Verlust ist bereits eingetreten, auch wenn er noch in der Bilanz der EZB versteckt wird – und dieser Negativposten dürfte in der nächsten Zeit, mitten in der Rezession, noch viel größer werden. Früher gab es so etwas schon deswegen nicht, weil die Zentralbank gar keine Anleihen in der eigenen Währung halten durfte. Es ist Punkt fünf in der Liste der absehbaren Zusatzbelastungen für den deutschen Steuerzahler.

Die Krise von 2009 hat offenbar bei Politikern und auch Bürgern den falschen Eindruck erweckt, der Staat könne mit beherztem Handeln so ziemlich jede Krise lösen und jede soziale Belastung vermeiden

Wenn die EZB solide bilanzieren würde, müsste sie auf die erwähnten Kursverluste Abschreibungen vornehmen und die Mitgliedsstaaten dafür zur Kasse bitten. Dazu aber ist sie – anders als früher die Bundesbank – nicht verpflichtet. Irgendwo im Kleingedruckten ihrer Bewertungsvorschriften findet sich die fatale Klausel, dass die EZB solche Bestände statt zu Marktpreisen auch „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ bewerten kann. Eine an sich hoch politische Bestimmung, über die der Bundestag aber nie beraten hat und die überhaupt nur wenige Fachleute kennen. Sie zeigt, wie wenig von der anfänglichen Solidität der EZB noch übrig geblieben ist.

Besonders fatal und zugleich die sechste drohende Zusatzbelastung für den deutschen Staat: Falls infolge von Zinserhöhungen Länder wie Italien oder Belgien zahlungsunfähig werden sollten, müsste Deutschland wohl neue „Rettungsaktionen“ ähnlich wie im Falle Griechenlands starten. Die Alternative nämlich, der Kollaps des Euro, wäre für die Deutschen noch viel teurer, weil dann viele kaum besicherte Forderungen Deutschlands gegen das Euro-System komplett verloren wären. Die wohl größte dieser Positionen ist die deutsche Forderung aus dem TARGET-Zahlungssystem der EZB. Sie lag im August 2022 bei sage und schreibe 1,245 Billionen Euro.

Ausgangspunkt eines Irrwegs

Bleibt die Frage, wie es soweit kommen konnte. Wie war es möglich, dass der Staat seit einigen Jahren immer neue Aufgaben an sich gezogen hat, die ihn nun schon in naher Zukunft überfordern könnten? Eine Schlüsselrolle hat dabei wohl die Bewältigung der Weltfinanzkrise des Jahres 2009 gespielt. Damals hat es der Staat mit riesigen Rettungspaketen, einer (rechtlich umstrittenen) Garantie der Bundeskanzlerin für die Spareinlagen und ein paar cleveren Einzelmaßnahmen geschafft, das Schlimmste zu verhindern. Die Krise des Jahres 2009 wurde durch zusätzliches Wachstum in den Folgejahren schnell ausgegült, und sogar der Schuldenstand des Bundes konnte bis 2019 wieder reduziert werden.

Diese Erfahrung hat offenbar bei Politikern und auch Bürgern den falschen Eindruck erweckt, der Staat könne mit beherztem Handeln so ziemlich jede Krise lösen und jede soziale Belastung vermeiden. Doch was 2009 noch funktioniert hat, ist in den Folgejahren – bei der Euro-Krise ab 2010 und bei der Corona-Krise 2020/21 – nicht mehr wirklich gelungen. Zwar wurde der Bürger zunächst vor einigen Härten bewahrt, aber der Preis dieser Rettungsaktionen war hoch: Steigende Staatsschulden, ein kaum mehr überschaubares Geflecht von Haftungspflichten und Verbindlichkeiten im Euro-System sowie vor allem die fatale Linie der EZB, ohne Rücksicht auf die Preisstabilität Krisen aller Art mit frisch gedrucktem Geld zu überdecken, haben ein Problembündel geschaffen, das es so überhaupt noch nie gegeben hat. Zum Teil sind Ansätze von Staatswirtschaft unübersehbar, beispielsweise wurde kürzlich von der Bundesregierung im Ernst erwogen, mit Steuermitteln Firmen zu „retten“, die sich ohnehin bereits in Staatsbesitz befinden.

Wo der Staat tatsächlich gebraucht wird

Während hier viel zu viel Staatsaktivität um sich greift, hat die Politik andere, echte Staatsaufgaben vernachlässigt: von der äußeren Sicherheit bis zur Schaffung von Verhältnissen, in denen zumindest so viele Kinder geboren werden, dass die Sozialversicherungen stabil bleiben. Bildlich gesprochen wurden in den letzten Jahren für die deutschen Staatsfinanzen mehrere Pulverfässer mit unterschiedlich langen Lunten scharf gemacht. Es kann passieren, dass uns in den kommenden Monaten gleich mehrere davon um die Ohren fliegen.

● MELDUNGEN

„Tickende Zeitbomben“

Berlin – Bis Ende nächsten Jahres sollen 79 radikal-islamische Straftäter aus deutschen Gefängnissen freikommen, weil ihre Haftzeit abgelaufen ist. Darunter befinden sich 34 Personen, die wegen terroristischer oder ähnlicher schwerer Straftaten wie der Zugehörigkeit zum Islamischen Staat verurteilt worden sind. Weitere 45 Männer und Frauen sitzen momentan zwar aufgrund anderer Delikte ein, gelten aber ebenfalls als mutmaßliche religiöse Extremisten. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hervor. Letztere bezeichnete daraufhin die bevorstehenden Entlassungen als „nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko“ und forderte mit Blick auf manche der Eingesperrten: „Die Ampel-Regierung muss gegen diese tickenden Zeitbomben auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Straftäter, die sich während ihrer Haftzeit weiter radikalisiert haben, einführen.“ W.K.

Absage des Pfizer-Chefs

Brüssel/New York – Der Vorstandsvorsitzende des Pharma-Konzerns Pfizer, Albert Bourla, hätte eigentlich vergangenen Montag an einer Fragestunde des Covid-Sonderausschusses des Europäischen Parlaments teilnehmen sollen, doch hatte er vorher abgesagt. In der Fragestunde hatte der 60-Jährige Auskunft darüber geben sollen, wie die Impfstoffgeschäfte mit der EU zustande gekommen sind. Der Pfizer-Chef steht im Verdacht, mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter der Hand spezielle Bedingungen für eine überteuerte Lieferung von 1,8 Milliarden Dosen des Corona-Vakzins von BioNTech/Pfizer ausgehandelt zu haben. Außerdem hätte der gebürtige Grieche damit rechnen müssen, analog zur Befragung der Spitzenmanager der beiden anderen Covid-Impfstoffhersteller Moderna und AstraZeneca, Stéphane Bancel und Iskra Reic, zu Wirksamkeit und Nebenwirkungen der eigenen Produkte befragt zu werden. W.K.

AWO-Sumpf schafft Baaske

Potsdam – Anne Baaske, langjährige Geschäftsführerin des AWO Landesverbandes Brandenburg, hat sich „nach langer Überlegung“ entschieden, zum 1. Januar 2023 ihr Amt niederzulegen. Sie begründete ihre Entscheidung damit, dass von ihr veranlasste und betriebene „ordnungsgemäße Prüfmaßnahmen in AWO-Kreisverbänden seit dem Frühjahr 2021 massiv blockiert und verhindert werden“. „Im Zuge dessen wurde auch versucht, durch Druck, Drohungen und Angriffe auf die Reputation der PrüferInnen Compliance-Überprüfungen zu beeinflussen“, so Baaske. Nach ihren Angaben geht es um Vetternwirtschaft und um persönliche Verwicklungen in einzelnen AWO-Verbänden Brandenburgs. Baaske sagte, als Mitglied der Compliance-Kommission auf Bundesebene habe sie selbst „über viele Jahre erlebt, wie Vorgänge in Mecklenburg, Hessen und Thüringen den Verband gebeutelt haben“. N.H.

NORD STREAM

Die USA hatten Motiv und Möglichkeit

Die Suche nach den Saboteuren der deutsch-russischen Gasleitung geht weiter

VON WOLFGANG KAUFMANN

Noch immer rätselt die Welt, wer hinter den Anschlägen auf die Unterwasser-Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 steckt. Weitgehende Einigkeit herrscht darüber, dass angesichts der Schwierigkeit und Komplexität der Sabotage nur ein staatlicher Akteur als Täter in Frage komme. Verdächtig werden vor allem Russland und die USA.

Laut Geheimdienstkreisen des US-Verbündeten Großbritannien haben Agenten des Kremls bereits vor längerer Zeit Sprengsätze an den Pipelines angebracht und nun gezündet. Als mögliches Motiv wird genannt, damit die EU unter Druck setzen zu wollen. Ähnlich äußerte sich der ehemalige Chef des ukrainischen Gaskonzerns Naftogaz, Andrij Koboljew.

Christian Rieck vermutet die Täter ebenfalls in Russland. Allerdings verdächtigt der Lehrstuhlinhaber für Finanzwesen an der Frankfurt University of Applied

Sciences nicht den Kreml, sondern die Opposition. Als mögliches Motiv nennt er deren Absicht, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu schaden.

Die meisten tippen auf einen Staat

Die Vereinigten Staaten als Drahtzieher vermuten ganz unterschiedliche Stimmen wie die „Global Times“, ein Sprachrohr der Kommunistischen Partei Chinas, ehemalige Pentagon-Berater unter Präsident Donald Trump, der weltweit renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs sowie der frühere polnische Verteidigungs- und Außenminister und jetzige EU-Parlamentarier Radoslaw Sikorski. Letzterer bedankte sich auf Twitter ganz offen bei den USA und fügte hinzu: „Alle ukrainischen und baltischen Staaten haben sich 20 Jahre lang gegen den Bau von Nordstream ausgesprochen. Jetzt liegt Schrott im Wert von 20 Milliarden Dollar auf dem Meeresgrund, ein weiterer Preis für Russland durch seine kriminelle Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren.“

Auch in Moskau geht man davon aus, dass die Verantwortlichen in Washington sitzen. Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Nikolaj Patruschew, benannte die USA explizit als Hauptverdächtigen. Und der Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow gab bekannt, zum Zeitpunkt der Detonationen habe ein US-Hubschrauber des Typs Sikorsky MH-60R „Strike Hawk“ über den Gasleitungen gekreist.

Tatsächlich wäre es geradezu paradox, wenn Moskau die Sabotage von drei Strängen der Nord-Stream-Pipelines anordnet, um dann wenige Tage später am 5. Oktober anzubieten, über die erhalten gebliebene Leitung B von Nord Stream 2 unverzüglich Gas nach Deutschland beziehungsweise Europa zu liefern.

Bei der Beantwortung der Frage „Wem nützt es?“ findet man die plausibelsten Motive eindeutig auf Seiten der USA. Diese können nun noch größere Mengen ihres teuren Fracking-Gases verkaufen und sich über die weitere Ent-

fremdung zwischen Deutschland und Russland freuen. Außerdem verfügten die Vereinigten Staaten auch über die Möglichkeit, Ladungen von einer halben Kilotonne Sprengkraft an den dick mit Beton und Bitumen ummantelten Rohrleitungen in rund 70 Metern Wassertiefe anzubringen. Davon zeugt nicht zuletzt die Anwesenheit des sogenannten amphibischen Angriffsschiffes „Kearsarge“, das auf Operationen mit Kampfschwimmern spezialisiert ist, in den Gewässern um Bornholm. Dieser Träger, der auch Hubschrauber des Typs „Strike Hawk“ an Bord hat, nahm vergangenen Juni am Manöver Baltic Operations (BALTOPS) teil, in dessen Verlauf die Task Force 68 der 6. Flotte der U.S. Navy den Umgang mit Unterwasserdrohnen trainierte, und zwar in dem Seegebiet, in dem die Nord-Stream-Pipelines liegen.

Sind die Schäden reparabel?

Im selben Maße umstritten wie die Urheberschaft der Anschläge ist die Frage, ob sich die drei beschädigten Gasleitungsstränge wieder reparieren lassen. Manche Experten verneinen dies. Das eingeströmte Salzwasser führe zu einer ebenso schnellen wie verheerenden Korrosion, da die Innenseite der Rohre keine Beschichtung trage. Im Gegensatz dazu äußerte der auch für den „Kraftstoff- und Energie-Komplex“ zuständige stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak, man könne die sabotierten Stränge von Nord Stream 1 und 2 durchaus wieder betriebsfähig machen.

Wenigstens bis zu einer gewissen Größenordnung scheinen Reparaturen beschädigter Unterwasserleitungen möglich zu sein. Als 2008 ein Schiffsanker die Trans-Mediterranean Pipeline zwischen Tunesien und Sizilien zerriss, hoben Spezialschiffe die beiden Rohrenden aus 70 Metern Tiefe an die Wasseroberfläche und verbanden diese dann wieder mittels neuer angeschweißter Segmente. Etwas komplizierter war die Situation bei der norwegischen Kvitbjørn Gas Pipeline, die in 210 Metern Wassertiefe liegt. Auch in diesem Falle konnte der Betreiber Ersatzrohrstücke einsetzen, nachdem ein großes Leck aufgetreten war. Allerdings dauerte die Wiederherstellung im letztgenannten Falle fünf Monate und im erstgenannten gar über ein Dreivierteljahr.



Befand sich von Anfang August bis Ende September in der Ostsee: Das US-amerikanische amphibische Angriffsschiff „Kearsarge“

NIEDERSACHSENWAHL

„Die Ampel ist kein leichtes Bündnis für die FDP“

Die Parteigranden sind sich einig, dass die Ursachen für das schlechte Abschneiden in Berlin liegen

Das Debakel hatte sich abgezeichnet, doch bis zuletzt hatten Christian Lindner und die Seinen gehofft, mit einem blauen Auge davonzukommen. Mit 4,8 Prozent ist die FDP aus dem niedersächsischen Landtag geflogen.

In der Analyse waren sich die Parteigranden einig. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag Christian Dürr sah das schlechte Abschneiden in der Ampel-Regierung im Bund begründet. „Die Ampel ist kein leichtes Bündnis für die FDP, das war von Anfang an klar“, sagte er am Wahlsonntag. Seine Partei habe aber 2021 entschieden, Verantwortung zu übernehmen. „Das bleibt dabei: Wir übernehmen Verantwortung für Deutschland“, betonte der Freidemokrat.

Ins gleiche Horn blies Wolfgang Kubicki, der eilig bemüht war, Personalfragen im Keim zu ersticken. Ein wesentlicher

Teil der FDP-Wähler fremdele nach wie vor mit der Ampel in Berlin und mit der Rolle der FDP, sagte der Bundestagsvizepräsident. Man habe in der Ampel einen guten Start hingelegt, doch dann sei Russlands Angriff auf die Ukraine passiert. Er erwähnte die Energieversorgung, die Inflation und die Sorge, ob der Frieden gewahrt bleiben könne. „Darauf gibt es jedenfalls bisher keine vernünftigen Antworten. Daran werden wir arbeiten müssen oder diese Ampel wird in schweres Fahrwasser kommen.“

Bereits bei den letzten Landtagswahlen im Frühjahr in Nordrhein-Westfalen hatten die Liberalen Federn lassen müssen. Im Heimatland des Parteichefs Lindner hatte es nur für knapp sechs Prozent gereicht. In Schleswig-Holstein, dem Stammland von Kubicki, war das Ergebnis geringfügig besser gewesen. Und

im Saarland war die Partei gar an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Und nun der Crash in Niedersachsen. Stephan Weil „hat einen seriösen Wahlkampf geführt und erfolgreich abgeschlossen, und dafür zollen wir Respekt“, sagte Lindner. „Niedersachsen wird nach links gehen, das war das, was wir verhindern wollten“, so der FDP-Chef. Eine Antwort auf die dramatischen Verluste hat er nicht.

Vor allem der Mittelstand hatte große Hoffnungen in eine Beteiligung der Liberalen an der Bundesregierung gesetzt und ihnen deshalb vergangenes Jahr bei der Bundestagswahl ein sattes zweistelliges Ergebnis beschert. Doch angesichts der Krise, der steigenden Inflation und dem immer neuen Schuldenmachen laufen der FDP die Wähler weg. Hinzu kommt eine wachsende Wut auf Justiz-

minister Marco Buschmann. Vollmundig hatte die Partei im Bundestagswahlkampf ein Ende aller Corona-Maßnahmen versprochen. Nun kann sie sich in Berlin gegen den allgewärtigen Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kaum behaupten.

„Ich werde länger sprechen, als ihr Luft habt zu schreiben“, konterte Lindner bei einer Kundgebung den Störern zu, die ihn als Kriegstreiber und Volksverräter schmähten. Er habe mehr Durchhaltefähigkeit als sie, denn er stehe für die richtige Sache, das gebe Kraft. Die wird er auch brauchen, denn die FDP gilt als chronisch undiszipliniert, auch wenn derzeit niemand offen die Machtfrage stellt. Bundesweit nähert sich die Partei bedenklich den fünf Prozent, die Ampelkoalition empfinden viele Mitglieder zunehmend als Belastung. Peter Entinger

UMWELTSCHUTZ

Eklat wegen Fischsterbens in der Oder

Umweltkatastrophe im August: Heftiger Streit in deutsch-polnischer Expertengruppe ausgebrochen

VON HERMANN MÜLLER

Als am 9. August ein Schiffsführer den deutschen Behörden meldete, dass auf der Oder Tausende tote Fische trieben, war es bereits zu spät, um noch einen massiven Schaden an der Natur aufzuhalten. Im Laufe des Augusts wurden auf fast 500 Kilometern Länge mehrere hundert Tonnen toter Fische aus dem Fluss geborgen und entsorgt. Mitbetroffen war auch der seltene baltische Stör, aber auch Muscheln und Krebse verendeten in einem Ausmaß, das bisher auf der Oder nicht beobachtet worden war.

Wie sich erst später herausstellte: Bereits Ende Juli hatten polnische Behörden Hinweise erhalten, dass im Oberlauf des Flusses massenweise Fische verenden. Allerdings unterließ es die polnische Seite, deutsche Behörden zeitnah zu informieren.

Mitte August verabredeten Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) und ihre polnische Kollegin Anna Moskwa (PiS) dann immerhin die Einrichtung einer deutsch-polnischen Arbeitsgruppe zur Ursachenaufklärung. Entgegen der ursprünglichen Absicht präsentierten beide Seiten allerdings keinen gemeinsamen Abschlussbericht zum Fischsterben. Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) hatte im Umweltausschuss des Landtags zwar sein Bedauern ausgedrückt, dass es nicht gelungen sei, ein gemeinsames Papier zu erarbeiten, zu den Gründen für dieses Scheitern machte er jedoch keine weiteren Angaben. Laut einem Bericht des „Spiegel“ soll es bei den Bemühungen zu einem gemeinsamen Abschlussbericht sogar zu einem Eklat gekommen sein. „Die Stimmung, so wird übereinstimmend berichtet, sei schlecht und schon lange nicht mehr kollegial“, so der „Spiegel“. Ende September zur Atmosphäre im deutsch-polnischen Expertenrat.

Polen relativieren Salzeinleitungen

Ein Blick in die inzwischen separat vorgelegten Abschlussberichte zeigt, dass sich beide Seiten in unterschiedlichem Maß schwertun, einen ganz konkreten Verursacher für die Umweltkatastrophe zu benennen. Die polnischen Wissen-



„Stimmung so schlecht wie lange nicht mehr“: Verendete Fische in der Oder bei Küstrin im vergangenen August

Foto: pa

schaftler wiesen in ihrem schon Ende September präsentierten Bericht auf die toxische Wirkung einer Algenblüte als wahrscheinlichsten Grund für das Fischsterben hin. Dabei nannten die vom polnischen Umweltministerium mit der Untersuchung beauftragten Experten eine Reihe von Faktoren, welche die Algenblüte begünstigt hätten.

Laut der Wasserbiologin Agnieszka Kolada ist die Oder „weit vom natürlichen Zustand entfernt“. Unter anderem soll die Wasserqualität des Flusses schon in den vergangenen Jahren schlecht gewesen sein. Starke Regulierungen des Flusslaufs, geringe Regenfälle und hohe Temperaturen haben aus Sicht der polnischen Untersuchungskommission in diesem Sommer dazu geführt, dass durch einen niedrigen Wasserstand die Salzkonzentration so weit zugenommen habe, dass es zu einer massenweisen Blüte der Alge *Prymnesium parvum* gekommen sei. Bemerkenswert ist der Umstand, dass bei der Aufzählung der verschiede-

nen Faktoren, die zur Algenblüte geführt haben sollen, „das Thema Salzeinleitung nur am Rande erwähnt wurde“, so die Bewertung des rbb.

Bergbaukonzern im Verdacht

Lemke und auch die deutschen Experten wurden in ihrem Abschlussbericht deutlicher. In einer gemeinsamen Mitteilung weisen das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt ebenfalls auf eine Blüte der Brackwasser-alge *Prymnesium parvum* hin, die eine giftige Substanz erzeugt, die für Fische und andere Wasserorganismen tödlich ist. Als die wahrscheinlichste Ursache für das Fischsterben nennen die deutschen Wissenschaftler einen sprunghaft gestiegenen Salzgehalt, „der gemeinsam mit weiteren Faktoren für eine massive Vermehrung einer für Fische giftigen Brackwasser-alge geführt hat“.

Aber wie kam es zu dieser Versalzung? „Salzeinleitungen sind nach Ansicht der Fachleute die Ursache für das Fischster-

ben“, so Lemke. Noch deutlicher wurde Greenpeace. Die Organisation machte ganz direkt die polnische Bergbauindustrie für die Salzeinleitungen verantwortlich, die im August die Algenblüte in der Oder und damit das massenhafte Fischsterben verursacht hätten. Die Organisation verwies dabei auf 17 Wasser- und Bodenproben, die Ende August zwischen der polnisch-tschechischen Grenze und Schwedt in Brandenburg genommen wurden. Dabei sind laut Greenpeace durchgehend hohe Werte von Salzen und Schwermetallen gemessen worden.

Die höchsten Salzwerte fanden sich laut Greenpeace an einem Rückhaltebecken des Bergbaukonzerns KGHM im niederschlesischen Polkwitz [Gmina Polkowice]. Bei dieser Probe soll der Salzgehalt 40-fach über den für Süßwasser empfohlenen Werten gelegen haben. Zusammen mit den hohen Wassertemperaturen hat nach Ansicht der Organisation das salzhaltige Wasser die Vermehrung der giftigen Algen ausgelöst.

CHAOSWAHL 2021

Der Druck auf SPD-Senator Geisel steigt

Rücktrittsforderungen gegen den früheren Berliner Innen- und heutigen Stadtentwicklungssenator

Andreas Geisel (SPD), derzeit Berlins Stadtentwicklungssenator, hat im Landesparlament der Hauptstadt gerade ohne Problem zwei Missbilligungs- und Entlassungsanträge der Opposition überstanden. Für die SPD-Chefin und Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey kann der frühere Innensenator Berlins dennoch zu einer Belastung im anstehenden Wahlkampf werden. Der Berliner Verfassungsgerichtshof hat Ende September in einer vorläufigen Einschätzung erkennen lassen, dass er wegen schwerer Wahlfehler eine komplette Wiederholung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus vor einem Jahr für notwendig hält.

Am 6. Oktober war die Chaoswahl auch ein Thema für die Abgeordneten des Berliner Landesparlaments. In der Debatte hatte CDU-Fraktionschef Kai Wegner den früheren Innensenator Geisel aufge-

fordert, „Verantwortung“ für das Desaster am 26. September 2021 zu übernehmen. Wegner, aber auch AfD-Fraktionschefin Kristin Brinker, forderten von Giffey die Entlassung Geisels, falls dieser es ablehnen sollte, die Verantwortung freiwillig zu übernehmen.

Aus Sicht beider Oppositionspolitiker trägt Geisel eine wesentliche Mitschuld an dem Wahldebakel, indem er als zuständiger Senator im Vorfeld vorliegende Hinweise und Warnungen auf Probleme ignoriert habe. Auch aus Sicht von Berlins FDP-Chef Christoph Meyer ist Geisel „als seinerzeit zuständiger Senator nicht mehr zu halten“.

Allerdings sieht Meyer zuvorderst die SPD in der Verantwortung, „welche in den letzten Jahren mit diversen Partnern auf Landes- und Bezirksebene die Missstände immer weiter verschlimmert“ habe. Das Desaster zur Abgeordnetenhaus- und den

Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen „steht sinnbildlich für die Dysfunktionalität weiter Teile der Berliner Verwaltung“, so der FDP-Landeschef.

Urteil soll am 16. November fallen

Geisel selbst argumentiert, das Berliner Wahlrecht gebe der Innenverwaltung keine unmittelbaren Eingriffsbefugnisse auf die Vor- oder Nachbereitung der Wahl.

Abwahlversuche, welche die AfD-Fraktion über einen Missbilligungsantrag und die CDU-Fraktion über einen Entschließungsantrag unternommen haben, fanden am 6. Oktober im Abgeordnetenhaus keine Mehrheit.

Damit muss Geisel als Senator weder zurücktreten, noch wird er entlassen. Giffey hat die Forderungen zur Entlassung ihres Senators bislang zurückgewiesen. Allerdings sind die beiden Koalitionsparteien Grüne und Linkspartei in-

zwischen deutlich auf Distanz zu Geisel gegangen. Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, wollen auch führende Sozialdemokraten „dem Eindruck nicht widersprechen, dass Geisel einem neuen Senat wohl kaum wieder angehören dürfte, sollte die SPD überhaupt an einer Regierung beteiligt sein“.

Giffey verzichtete bei der Plenarsitzung am 6. Oktober darauf, eine Regierungserklärung zu einer möglichen Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl abzugeben: „Sie wird dann eine Regierungserklärung abgeben, wenn die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtshofs steht, nicht zur aktuell vorliegenden vorläufigen Einschätzung“, so Senatsprecherin Lisa Frerichs. Wie das Landesverfassungsgericht inzwischen mitteilte, will es seine Entscheidung zu einer möglichen Wahlwiederholung am 16. November verkünden. H.M.

KOLUMNE

Das Letzte!

VON VERA LENGSELD

Seit Anfang dieses Jahres machen immer wieder die „Aktivisten“, die ehrlicherweise Terroristen genannt werden müssten, von der Initiative „Letzte Generation“ auf sich aufmerksam. Sie klebten sich an Straßen oder Kunstwerken fest, weil angeblich schon der Klimanotstand ausgebrochen sei und die Regierung nichts dagegen unternehme. Viele Menschen litten schon an den Folgen des Klimawandels.

Es fällt in diesen goldenen, sonnigen, aber kühlen Oktobertagen schwer, die Panik-Propaganda der Möchtegern-Klimaretter ernstzunehmen. Aber selbst, wenn man das täte, müsste man sich fragen, was das Erzeugen von Staus auf Berliner Straßen und die Terrorisierung von Mitbürgern mit der Klimaretterung zu tun haben. Es geht wohl vor allem um die Pressewirksamkeit. Da ist das Ankleben an Straßen nicht mehr unbedingt eine Spitzenmeldung. Auch das Anpappen an Kunstwerke hatte nicht den gewünschten positiven Effekt.

Also wurden diesmal Feueralarmlöcher ausgelöst – im Reichstag und im Bundesverkehrsministerium. Falschen Feueralarm zu geben ist eine Straftat wie die anderen Aktionen der Klimaterroristen auch. Deshalb platzte diesmal der FDP und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der Kragen. Die „Letzte Generation“ brähe „vorsätzlich das Versammlungsrecht, um die Stadt zu chaotisieren“, äußerte der FDP-Innenpolitiker Björn Jotzo.

„Dabei beeinträchtigen die Straftäterinnen und Straftäter nicht nur Hunderttausende Berlinerinnen und Berliner, sondern nehmen auch das Behindern von Rettungs- und Sicherheitsdiensten mit schweren Folgen in Kauf.“ Der Senat müsse diesen Taten schnell und konsequent entgegenreten. Der hält sich allerdings bedeckt. Auch die CDU hält sich zurück. Deshalb fordert die GdP, diese Guerilla-Aktionen dürften nicht länger schöngeredet werden. Es handele sich um Straftaten.

MELDUNG

Deutsche übergegangen

Potsdam – Im Foyer des brandenburgischen Landtags wird vom 4. Oktober bis zum 5. Januar eine Fotoausstellung mit dem Titel „Woiwodschaft Lubuskie begeistert mit Natur“ gezeigt. Die Ausstellung zeigt aktuelle Fotos aus dem östlich der Oder gelegenen Teil des Lebusener Landes, das bis 1945 zum Regierungsbezirk Frankfurt/Oder der preußischen Provinz Brandenburg gehörte. Zur Eröffnung der Ausstellung sprachen die Landtagsvizepräsidentin Barbara Richstein (CDU), der Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Lubuskie, Waclaw Maciuszonek, die Marschallin der Woiwodschaft, Elżbieta Anna Polak, und Woiwodschafts-Vorstandsmitglied Tadeusz Jędrzejczak offizielle Grußworte. Ein Vertreter der aus dieser Region vertriebenen deutschen Bevölkerung war indes nicht unter den Rednern. Bei den Erläuterungen zu den Fotografien haben die Ausstellungsmacher fast durchgängig auf die historischen deutschen Ortsnamen verzichtet. N.H.

● MELDUNGEN

Türkei im Alleingang

Ankara – Die Türkei will der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beitreten, die sich der Kooperation ihrer Mitgliedstaaten im sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereich beschäftigt. Dieser Organisation gehören China, Russland, Indien (seit 2015), Pakistan (seit 2015), Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan an. Unlängst nahm sie auch den Iran als neues Mitglied auf. Weißrussland, Afghanistan und die Mongolei haben bislang „Beobachterstatus“. Weiter bekundeten Ägypten, Bangladesch, Syrien und die Ukraine (allerdings 2012) ihr Interesse. Ein weiterer, vornehmlich wirtschaftlicher Zusammenschluss von Staaten mit US-kritischer Stoßrichtung sind die BRICS-Staaten mit China, Russland, Indien, Brasilien und Südafrika als Mitglieder. Unterdessen stellt die Türkei ihre Zustimmung zur Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO wieder in Frage. Insbesondere Schweden lässt aus türkischer Sicht ein Engagement bei der Bekämpfung der PKK, der linksnationalistischen Arbeiterpartei Kurdistans, vermissen. Präsident Recep Tayyip Erdoğan: „Solange die Versprechen nicht eingelöst werden, behalten wir unsere Position bei“ F.B.

Konservative liegen vorn

Sofia – Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Bulgarien liegt die konservative Partei von Ex-Regierungschef Bojko Borissow mit 25 Prozent der Stimmen vorn. Es war die vierte Neuwahl innerhalb der vergangenen anderthalb Jahre. Sie wurde nötig, weil im Sommer der liberale Ministerpräsident Kiril Petkow der Partei „Wir setzen den Wandel fort“ durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden war. Der erhielt 19 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei niedrigen 35 Prozent. Insgesamt könnten bis zu acht Parteien den Einzug ins Parlament schaffen, darunter auch die prorussische Partei „Wasraschdenie“ (Wiedergeburt). Die Regierungsbildung im ärmsten Land der EU dürfte sich laut Prognosen als kompliziert erweisen. Bis eine neue Regierung gebildet ist, führt ein Übergangskabinett unter der Leitung des Wirtschaftsexperten Galab Donew die Amtsgeschäfte. MRK

Gezielte Kollision im All

Washington – Die rund 570 Kilogramm schwere Raumsonde Double Asteroid Redirection Test (DART) der NASA hat in der Nacht vom 25. auf den 26. des vergangenen Monats um 1.14 Uhr in einer Entfernung von elf Millionen Kilometern von der Erde mit einer Geschwindigkeit von 22.000 Kilometern pro Stunde den Asteroiden Dimorphos gerammt. Der Gesteinsbrocken, dessen Durchmesser etwa 163 Meter zählt, kreist nun aufgrund der Kollision etwas schneller um seinen größeren Begleiter Didymos. Das wiederum wird den weiteren Kurs des Duos durch das All beeinflussen. Damit wurde erstmals von Menschenhand gezielt die Bahn eines Himmelskörpers verändert. W.K.

SLOWENIEN

Massakeropfer aus einer Höhle geborgen

3000 Opfer im Hornwald entdeckt – Stadtverwaltung von Laibach lehnt eine Friedhofsbestattung ab

VON BODO BOST

Der Vorsitzende der Slowenischen Bischofskonferenz, Andrej Saje, Bischof von Nove Mesto, besuchte die Karsthöhle im Hornwald von Gottschee, einer einstigen deutschen Sprachinsel in Slowenien, wo jetzt das größte Massengrab aus dem Zweiten Weltkrieg in dem Balkanstaat entdeckt wurde.

Die rund 3000 Leichen haben Ausgrabungsteams ausgegraben. Bevor staatliche Vertreter in den Ort kamen, besuchte der Vorsitzende der Bischofskonferenz die Höhle des Schreckens.

Auch Deutsche waren betroffen

Die Bischöfe fühlten sich zuständig, denn die jetzt ausgegrabenen Toten waren im Juni 1945 aus dem katholischen Sankt-Stanislaw-Institut bei Laibach (Ljubljana) dorthin gebracht und ermordet worden. Bei den Toten handelt es sich um Opfer von Vergeltungsaktionen der kommunistischen Partisanen, nachdem diese im Mai 1945 die Macht in Jugoslawien über-

nommen hatten. Unter den Toten sind in erster Linie gefangene Wehrmachtsoldaten, aber auch Einheiten der kroatischen Ustascha, der slowenischen Weißgardisten und der serbischen Tschetniks sowie andere Verbündete des Deutschen Reichs, die zuvor auf österreichisches Gebiet zu den Briten geflohen waren. Sie wurden in der Umgebung von Bleiburg (Kärnten) Opfer von Massenhinrichtungen oder auf Todesmärsche Richtung Slowenien geschickt.

Von Vergeltungsaktionen waren auch die Volksdeutschen in Jugoslawien betroffen, vor allem die Donauschwaben aus dem Banat und der Woiwodina. Die Forschung geht von etwa 400.000 vertriebenen beziehungsweise inhaftierten Donauschwaben aus, von denen etwa ein Drittel ermordet wurde.

Auch die letzten Deutschen der alten deutschen Sprachinsel Gottschee im Süden des heutigen Slowenien, wo jetzt die Massengräber in der Höhle entdeckt wurden, könnten unter den Toten gewesen sein. Die letzten Nachkommen dieser Sloweniendeutschen genießen in dem

EU-Mitgliedsland bislang keinerlei Minderheitenrechte.

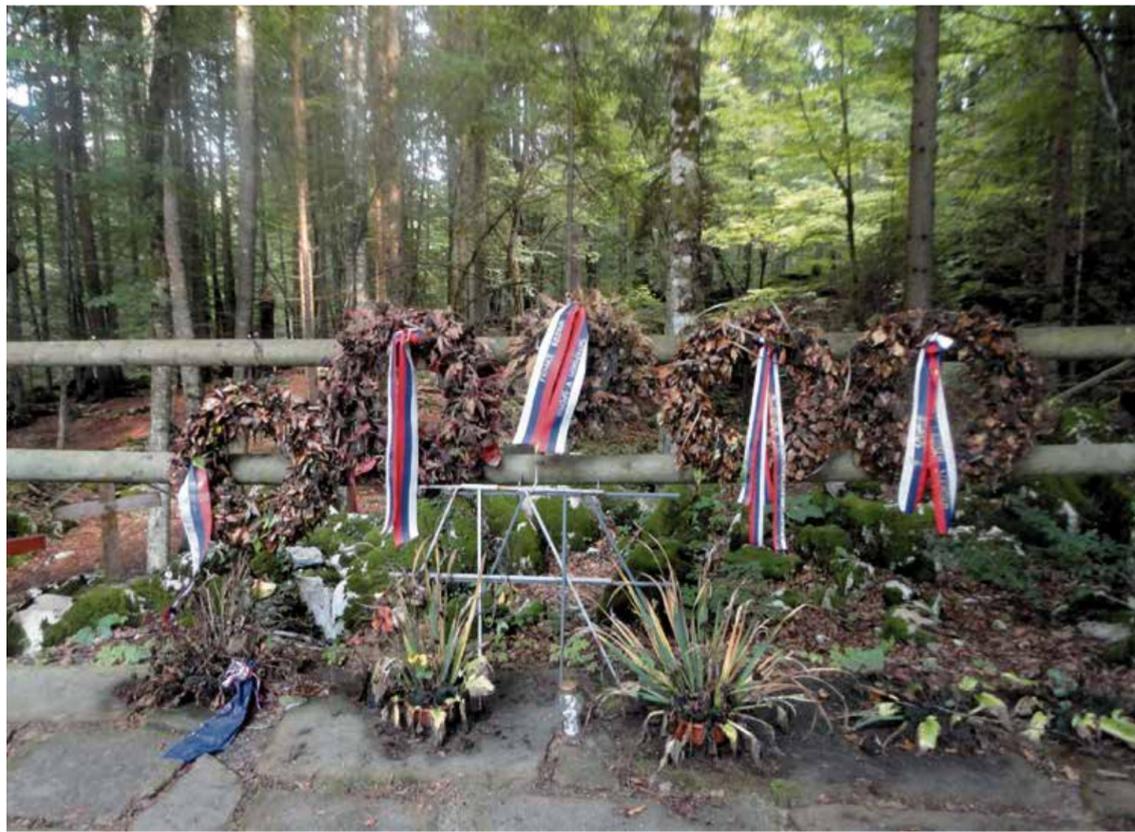
Wie Saje gegenüber „Kathpress“ erklärte, habe er bei dem Massengrab gemeinsam mit den Anwesenden für die Ermordeten, für die Opfer des Krieges und ihre Angehörigen sowie um Frieden und Versöhnung gebetet. Tief erschüttert über die verbrecherischen Taten erwartet der Bi-

schof, dass der Staat und die zuständigen Stellen dafür sorgen, dass alle Menschen, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam ermordet wurden, ein würdiges Begräbnis und einen Platz im historischen Gedächtnis der Nation erhalten. Seiner Ansicht nach muss Slowenien zunächst einen Konsens zwischen allen Beteiligten über die historischen Fakten erzielen, was für die Fortsetzung des Versöhnungsprozesses unerlässlich sei. Die Massengrabstätte im Hornwald ist nach den bisher bekannten Informationen die größte Massengrabstätte Sloweniens. Bischof Saje kündigte an, dass am 31. Oktober, am Tag vor Allerheiligen, unmittelbar vor dem Abgrund der Karsthöhle eine Gedenkveranstaltung für die Ermordeten stattfinden werde.

Begleitet wurde der Bischof von den Pfarrern der dortigen Ortschaften Kocevje (Gottschee) und Kocevka Reka (Rieg) sowie dem Dechanten des Gebiets. Die Kriegsverbrechen und Massenhinrichtungen, die von kommunistischen Tito-Partisanen rund um das Weltkriegsende begangen wurden, werden in Slowenien erst seit einigen Jahren wissenschaftlich erfasst. Die Leichenhalle unter dem Hornberg fasst zwar bisher 3000 Skelette, aber man schätzt, dass bis zu 500 Skelette durch Bomben, die von den Liquidatoren auf die Menschen in die Grube geworfen wurden, pulverisiert worden sind. Andere Opfer wurden offenbar lebendig in die Höhle geworfen und warteten dort in einem Tunnel neben der Haupthöhle, in den sie sich offenbar zurückziehen konnten, auf den Tod durch Hunger und Durst. Sie schafften es nicht zu entkommen. „Eine schockierende Szene“, betonte Damjan Stich, der Pfarrer der Gottschee.

Ende August lehnte die Stadtverwaltung von Laibach (Ljubljana) den Vorschlag der Regierungskommission ab, die Opfer der Nachkriegstötungen auf dem Friedhof ihrer Stadt zu bestatten, mit der Begründung, dass es keinen Platz für die Opfer des Hornwalds gebe. „Wie ist es möglich, dass es einen Kenotaph für die Dachau-Prozesse geben kann, das heißt für die zehn, elf dort Verschwundenen, aber für diese slowenische Tragödie von mehr als 3000 Toten hat das nationale Zentrum nicht die Kraft, es zu akzeptieren“, fragte Jože Dežman, Vorsitzender der Regierungskommission für die Lösung der Frage der verborgenen Gräber in einer slowenischen Zeitung. Er rief dazu auf, die Einteilung der Toten in „gut und schlecht“ zu beenden und die Geschichte so zu akzeptieren, wie sie ist.

Die jetzt ausgegrabenen Toten waren im Juni 1945 aus dem katholischen Sankt-Stanislaw-Institut bei Laibach dorthin gebracht und ermordet worden



Eines der entdeckten Massengräber: Kränze an der Karsthöhle unter dem Kren im Gottscheer Hornwald, wo Opfer eines Nachkriegsmassakers liegen

Foto: PhJ

DÄNEMARK

Vorbereitung auf einen kurzen Wahlkampf

Misstrauensvotum droht: Regierungschefin Mette Frederiksen kündigt Neuwahlen an

Dänemark wählt am 1. November ein neues Parlament. Die einer Minderheitsregierung vorstehende sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen war von einem ihrer drei linken „Duldungspartner“ mit dem Ultimatum konfrontiert worden, Neuwahlen auszusprechen oder gestürzt zu werden. Grund für das Begehren der linksliberalen Partei „Radikale Venstre“ war die sogenannte Mink-Affäre, als die Regierung den gesamten Nerzbestand in Dänemark wegen einer Corona-Variante töten ließ.

Die Neuwahlen dürften nach Umfragen eine knappe Mehrheit für den bürgerlichen „blauen Block“ ergeben. Dieser umfasst –

anders als in Deutschland – alle bürgerlichen Parteien einschließlich der rechten Kräfte. Im bisherigen Parlament sind zehn Parteien vertreten, was unübersichtlich aussieht, es aber nicht ist. Alle Parteien ordnen sich entweder im roten (linken) oder im blauen (konservativen) Block ein, womit relativ klare Verhältnisse herrschen.

Knappe Mehrheit für Bürgerliche

Die Sozialdemokraten verärgerten ihre bisherigen linken Unterstützer, weil sie in ihrer Minderheitsregierung die strikte Asyl- und Ausländerpolitik der bürgerlichen Vorgängerregierung beibehielten. Den extremen Feministinnen gilt Regierungschef-

fin Frederiksen zudem als Zielscheibe von Kritik, weil ihre Regierung sich weigerte, die Bestimmungen des nordischen (schwedischen) Sexualstrafrechts in Dänemark einzuführen.

Die sieben bürgerlichen Parteien „Venstre“, „Konservative Volkspartei“, „Dänemarkdemokraten“, „Liberale Allianz“, „Moderate“, „Neue Bürgerliche“ und „Dänische Volkspartei“ kommen laut den jüngsten Umfrage auf 51,6 Prozent Stimmenanteil. Darunter befinden sich drei Parteien – nämlich die „Dänemarkdemokraten“, „Dänische Volkspartei“ und die „Neuen Bürgerlichen“ –, die mit der AfD vergleichbar sind.

Frederiksen ist über alle Parteigrenzen hinweg beliebt, und eigentlich will die Mehrheit der Dänen sie als Regierungschefin behalten. Deswegen hat sie vorgeschlagen, eine Art „Große Koalition“ mit den beiden stärksten bürgerlichen Parteien „Venstre“ und „Konservative Volkspartei“ zu bilden. Deren Vorsitzende Jakob Ellemann-Jensen (Venstre) und Søren Pape Poulsen (Konservative Volkspartei) wollen aber lieber selbst Regierungschef werden. Ausgerechnet die „Radikale Venstre“, die die vorzeitigen Neuwahlen erzwang, dient sich Frederiksen nun für eine Koalition der Mitte nach den Wahlen an. Klaus Gröbig

VON NORMAN HANERT

Die Corona-Pandemie schien den endgültigen Durchbruch für elektronische Zahlungsverfahren und das endgültige Aus für den Gebrauch von Bargeld einzuleiten. Selbst hartnäckige Freunde des Bargelds verzichteten aus Angst vor Viren auf die Zahlung mit Münzen und Geldscheinen und griffen auf die Kartenzahlung zurück.

Die Sorge vor Stromausfällen leitet nun allerdings eine Rückbesinnung auf die Vorzüge von Bargeld ein. Besonders deutlich wird dies in Österreich. Dort setzt sich sogar die österreichische Nationalbank (OeNB) sehr aktiv für den Erhalt von Bargeld ein. Bereits zu seinem Amtsantritt als Chef der österreichischen Zentralbank im August 2019 hatte Robert Holzmann erklärt, Bargeld sei als Zahlungsmittel unverzichtbar. „Vorstöße in Richtung Abschaffung dieses so wichtigen Zahlungsmittels machen hier keinen Sinn“, so Holzmann vor zwei Jahren. Am 19. September hat die Notenbank Österreichs nun gemeinsam mit der Münze Österreich, den Sozialpartnern und wichtigen Interessenverbänden eine Plattform „Euro-Bargeld 360 Grad“ vorgestellt.

Experten empfehlen Notvorrat

Erklärtes Ziel dieser Initiative ist es, die Bedeutung von Bargeld in Österreich weiter zu stärken. Die OeNB wies dabei insbesondere darauf hin, dass Bargeld in Krisensituationen sichere, stabile und barrierefreie Transaktionen gewährleisten kann. Angesichts der schweren Energiekrise, in der Europa steckt, besteht mittlerweile tatsächlich ein gestiegenes Risiko, dass durch vorübergehende oder länger andauernde Stromausfälle an Ladentischen Kartenzahlungen unmöglich werden und auch die Überweisungssysteme und Geldautomaten der Banken ausfallen.

Katastrophenschutzexperten raten der Bevölkerung daher dazu, neben einem gewissen Notvorrat an Nahrungsmitteln auch eine Bargeldreserve in kleinen Scheinen und Münzen zu halten, um für einige Tage Einkäufe bestreiten zu können. Auch Hackerangriffe oder fehlerhafte Computerprogramme können dazu führen, dass im Extremfall die Zahlung mit Münzen und Scheinen als letzte Möglichkeit übrig bleibt, um zu bezahlen.

Wie schnell eine solche Lage entstehen kann, zeigte sich erst im vergangenen Mai, als eine Softwarestörung bei Bezahlterminals dazu führte, dass deutschlandweit bei Discountern und Supermärkten zeitweise keine Kartenzahlungen mehr möglich waren. Rückendeckung für Bar-



Nur Bares ist Wahres: Wenn elektronische Zahlensysteme ausfallen, kann man mit Bargeld immer noch einkaufen

ÖSTERREICH

Rückbesinnung auf das Bargeld

Furcht vor Stromausfällen: Österreichische Nationalbank setzt sich für den Erhalt des physischen Zahlungsmittels ein

geld als Zahlungsmittel kommt in Österreich nicht nur von der Zentralbank in Wien. So kündigte die Münze Österreich vor Kurzem an, eine Initiative „Bares ist Wahres“ ins Leben zu rufen. Als eine Motivation nennt die Münze Österreich die bargeldfeindliche Entwicklung in Großbritannien. Dort wurde nach Angaben der Münze die Infrastruktur für den Bargeldverkehr teilweise schon stark minimiert, sodass die Bürger zunehmend auf Schwierigkeiten stoßen.

Erinnerung an Orwells Warnung

Gerhard Starsich, Generaldirektor der Münze Österreich, verwies anlässlich der Initiative „Bares ist Wahres“ auch auf den Schutz der Privatsphäre: „Ich empfehle jedem, George Orwells ‚1984‘ zu lesen, dann weiß man, wie negativ eine Daten-

überwachung ist. Bargeld schützt die Privatsphäre.“

Inzwischen läuft in der Alpenrepublik auch ein Volksbegehren „Für uneingeschränkte Bargeldnutzung“. Ziel der Initiative ist es, per Verankerung in der Verfassung Österreichs, Bargeld in vollen Umfang als Zahlungsmittel und Vermögensform zu schützen. Bislang zählen die Bürger Österreichs neben den Bundesdeutschen noch immer zu denjenigen in Europa, die besonders häufig mit Bargeld bezahlen. Im Jahr 2019 erfolgten in Österreich mehr als 80 Prozent aller Transaktionen mit Bargeld. Dies entsprach zwei Drittel des gesamten Zahlungsvolumens.

Wie aus der mittlerweile sechsten Studie der Deutschen Bundesbank zum Zahlungsverhalten in Deutschland hervorgeht, war im Jahr 2021 auch in der Bun-

desrepublik Bargeld noch immer das am häufigsten genutzte Zahlungsmittel. Laut der Bundesbank gaben 58 Prozent der Befragten an, für Warenkäufe und Dienstleistungen mit Banknoten und Münzen zu bezahlen. Bei der letzten großen Erhebung der Bundesbank aus dem Jahr 2017 waren es allerdings noch 74 Prozent, die mit Bargeld zahlen. Den deutlichen Rückgang führt die Bundesbank vor allem auf der Zunahme von Einkäufen im Internet während der Corona-Pandemie zurück. Johannes Beermann, das für Bargeld zuständige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, zeigte sich dennoch gelassen: „Weder Digitalisierung noch Pandemie konnten das Bargeld verdrängen. Wenn es ums Bezahlen geht, ist Bargeld in Deutschland nach wie vor mit Abstand am beliebtesten.“

CAR – CENTER AUTOMOTIVE RESEARCH

E-Mobilität wird deutlich teurer

Laut Dudenhöffer wird das Fahren eines Elektroautos 2023 noch mehr kosten als das eines Verbrenners

Bislang galt die Faustregel, dass Elektroautos im Vergleich zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor teurer in der Anschaffung, aber günstiger im Betrieb seien. So ermittelte der ADAC, dass elektrisch betriebene Pkw bei der Berücksichtigung sämtlicher Kosten für Kauf, Versicherung, Strom und Wartung sowie des Wertverlusts in den ersten fünf Jahren nach dem Erwerb in aller Regel besser abschneiden als konventionelle Wagen mit gleichwertiger Ausstattung und Leistung. Doch das dürfte sich nun bald ändern, wie eine neue Studie des Forschungsinstituts CAR – Center Automotive Research in Duisburg zeigt.

In deren Rahmen wurden die drei Elektroautos Fiat 500e, Opel Mokka-e und Tesla Model 3 hinsichtlich ihrer Gesamtkosten abzüglich Rabatten bei einer

Kilometerleistung von 15.000 Kilometern pro Jahr mit den Verbrennermodellen Fiat 500, Opel Mokka und BMW 3er verglichen, letzteres mangels eines adäquaten Tesla ohne E-Antrieb. Dabei ermittelten die Experten von CAR zwar durchschnittliche monatliche Vollkosten für die Elektrofahrzeuge von 596 Euro, wohingegen die Autos mit Benzinmotor mit 631 Euro zu Buche schlagen. Das gilt aber nur für die Gegenwart bei einem zugrunde gelegten Strompreis von 32 Cent pro Kilowattstunde und einem angenommenen Benzinpreis von 1,87 Euro sowie Umweltprämien für den Kauf von E-Autos von 9000 oder 7500 Euro je nach Listenpreis.

Inzwischen steigt der Strompreis allerdings unablässig, sodass für nächstes Jahr von einem Preis von mindestens 50 Cent pro Kilowattstunde auszugehen

ist. Dazu kommt, dass 2023 die Kaufprämien nur noch 6750 beziehungsweise 4500 Euro betragen. Hierdurch muss der Halter eines E-Autos künftig spürbar höhere Kosten schultern als jemand, der ein Modell mit Benzinmotor fährt, sofern denn die Benzinpreise nicht in vergleichbarer Weise anziehen. Laut den Berechnungen von CAR sollen die Mehraufwendungen 2023 bei 852 Euro pro Jahr oder 71 Euro pro Monat liegen. Und wenn der Besitzer des Elektrofahrzeuges vorwiegend Schnellladestationen nutzt und dadurch seine Stromkosten noch weiter nach oben treibt, erhöhen sich die zusätzlichen Ausgaben sogar auf 1476 Euro im Jahr oder 123 Euro im Monat.

Hieraus zieht der CAR-Direktor sowie Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Automobilwirtschaft Fer-

dinand Dudenhöffer den Schluss: „Ab 2023 laufen Elektroautos in deutliche Kostennachteile für die Verbraucher in Deutschland.“ Batteriebetriebene Modelle würden sich aufgrund der geringeren Fördergelder und rasant steigenden Strompreise künftig nicht mehr rentieren. Da das die Attraktivität von Elektroautos schmälere, sei mit einer „deutlichen Kaufblockade“ zu rechnen. Dem fügte Dudenhöffer dann noch hinzu: „Die Aussichten für die Elektromobilität unter dem grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck und der Ampelregierung in Berlin sind schlecht.“ Viele potentielle Käufer von E-Autos dürften nun von ihrem Vorhaben Abstand nehmen und sich erneut für ein Fahrzeug mit Benzinmotor entscheiden, das dann noch über etliche Jahre auf unseren Straßen unterwegs sein werde.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Charterpreise steigen rasant

New York – Die sich verschärfende Energiekrise in Europa hat zu steigenden Mietpreisen bei Tankschiffen zum Transport von Flüssiggas (LNG) geführt. Nach Recherchen der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg hat der Energiekonzern Shell einen LNG-Tanker gebucht, für den pro Tag ein Charterpreis von 400.000 US-Dollar fällig wird. Dies stellt auf der Atlantik-Route einen bislang einmaligen Preis dar. Auch hat sich laut Bloomberg der Mietpreis für schwimmende LNG-Terminals im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Demnach müssen Kunden für die Miete der Spezialschiffe nun pro Tag 200.000 Dollar zahlen. Die mobile Regasifizierungseinheiten werden benötigt, damit das per Tanker gelieferte Flüssiggas in die herkömmlichen Pipeline-Systeme eingespeist werden kann. Nach Angaben des Beratungsunternehmens Rystad Energy existieren weltweit 48 schwimmende LNG-Terminals. Von diesen sind nur sechs Anlagen nicht in langfristigen Mietverträge eingebunden. N.H.

„Mondpreise“ für LNG

Berlin – Der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, beklagt, einige Länder, auch befreundete, nähmen teils „Mondpreise“ für Erdgas. Habeck wies dabei ausdrücklich auch auf die Vereinigten Staaten hin: „Die USA haben sich an uns gewandt, als die Ölpreise hochgeschossen sind, daraufhin wurden auch in Europa die nationalen Ölreserven angezapft. Ich denke, eine solche Solidarität wäre auch zur Dämpfung der Gaspreise gut.“ Ebenfalls mit Blick auf die hohen Importpreise für Flüssiggas aus den USA warnte der Linken-Politiker Klaus Ernst vor einem „krassen Wettbewerbsnachteil“ für deutsche Unternehmen. US-Firmen hingegen könnten hohe Profite einfahren: „Bei jedem Tanker, der zu uns kommt, verdienen die USA 200 Millionen Euro.“ N.H.

Polen hat sich verzockt

Warschau – Das momentane Aus für die Nord-Stream-Pipeline könnte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen für Gasmangel sorgen. Bislang deckte die Bundesrepublik 18 Prozent des Gasbedarfes seines östlichen Nachbarlandes. Das dürfte Deutschland zukünftig nur noch schwerlich möglich sein. Die am 27. des vergangenen Monats mit großem Pomp eingeweihte rund 1,6 Milliarden Euro teure Gasleitung Baltic Pipe, durch die norwegisches Erdgas via Dänemark nach Polen fließen soll, wird vorerst keine Entlastung bringen. Polens Regierung hat es nämlich verabsäumt, rechtzeitig verbindliche Lieferverträge mit Norwegen abzuschließen. Lange wollte die polnische Seite nicht akzeptieren, dass das Königreich sein Gas grundsätzlich nur zum Weltmarktpreis verkauft. So werden die Skandinavier erst Anfang nächsten Jahres damit beginnen, die Leitung zu befüllen. Insofern könnte die Versorgungslage in Polen in den letzten Monaten des laufenden Jahres kritisch werden. W.K.

HINTERGRUND

Richter mit Tendenz

NORMAN HANERT

Mitglieder der „Letzten Generation“ haben vergangenen Montag wieder im gesamten Stadtgebiet Berlins zahlreiche Autobahnausfahrten blockiert. Andere „Aktivisten“ der Gruppe lösten im Bundestag und im Bundesverkehrsministerium Feuersignale aus. Verbunden waren die Aktionen mit der Forderung nach einem Tempolimit auf Autobahnen und einem „bezahlbaren“ ÖPNV für alle. In einem Brief an die Bundesregierung bot die „Letzte Generation“ an, „die Störungen jederzeit zu unterlassen, sollten zu mindest die ersten, einfachsten Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden“. Die Gruppierung hatte die neuerliche Welle von Straßenblockaden bereits Tage zuvor angekündigt. Die Protestaktionen würden so lange andauern, bis die Bundesregierung „zur Vernunft“ komme.

Weder die massive Störung der Verkehrsverbindungen Berlins noch die ultimativ vorgebrachten Forderungen an die Bundesregierung sind neu. Die Gruppierung praktiziert derlei mittlerweile seit Monaten. Dass sich inzwischen auch schon Gerichte mit den Straßenblockaden der „Klimaschützer“ beschäftigt haben, scheint bislang keine nachhaltig abschreckende Wirkung entfaltet zu haben. Eher im Gegenteil. Signale aus der Politik, von Richtern oder sogar von der Spitze des Berliner Verfassungsschutzes kann der ein oder andere „Klimaaktivist“ möglicherweise sogar als Bestätigung seines Handelns auffassen.

Ungeachtet der ultimativen Forderungen an die Bundesregierung sowie der zahlreichen Ermittlungsverfahren durch Polizei und Staatsanwaltschaft beschneigte etwa Berlins Verfassungsschutzchef Michael Fischer (SPD) erst vor Kurzem: „Diese Sitzblockaden sind ein Akt des zivilen Ungehorsams“, doch eine Zuständigkeit seiner Behörde sei nicht gegeben. Aus Sicht des Verwaltungsjuristen beeinträchtigen die „Letzte Generation“ und „Extinction Rebellion“ nicht die Funktionsfähigkeit des Staates. „Und deswegen sind wir an der Stelle raus“, so Fischer im Abgeordnetenhaus weiter.

Zu einer deutlich anderen Bewertung gelangt der innenpolitische Sprecher der CDU, Alexander Herrmann spricht ganz offen von „Straftaten, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet sind“. Tatsächlich spricht einiges dafür, dass Straßenblockaden nicht

nur einen Nötigungsversuch gegenüber den Autofahrern darstellen. Die begleitend im ultimativen Ton vorgetragenen Forderungen an die Bundesregierung sind möglicherweise auch als ein Nötigungsversuch von Verfassungsorganen anzusehen.

Wie die jüngsten Blockadeaktionen der „Letzten Generation“ zeigen, haben die bisherigen Bemühungen der Justiz offenbar keinen nachhaltigen Erfolg gehabt, solche Nötigungsversuche zu unterbinden. Angesichts der neuen Blockadewelle kommentierte der Sprecher der Gewerkschaft der Polizei, Benjamin Jendro: „Da die bisherigen Urteile anscheinend noch nicht genügend abschrecken, hoffen wir, dass die Richter aus den Versäumnissen der letzten Klebewellen gelernt haben und mittels temporärer Ingewahrsamnahme wenigstens Folgeaktionen verhindern.“

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat bislang mehr als 130 Strafbefehle erlassen, zumeist wegen Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. In einigen Fällen haben Klimaaktivisten die Strafbefehle allerdings nicht akzeptiert, sondern Einspruch eingelegt, sodass es zu einem Prozess kam.

In einem Fall hat das Amtsgericht Tiergarten Ende August einen 20-jährigen Klimaaktivisten zu 60 Stunden Freizeitstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte ursprünglich eine Geldstrafe von 1500 Euro beantragt und wollte den Mann nach dem Erwachsenenstrafrecht wegen Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilen lassen. Das Amtsgericht wandte allerdings das mildere Jugendstrafrecht an und sah auch den Vorwurf des Widerstands als nichtbewiesen an. In der Urteilsbegründung ließ der Richter aus Sicht von Beobachtern und Kommentatoren durchaus Verständnis für das Anliegen des Angeklagten durchblicken.

Vor Kurzem verhandelte das Amtsgericht Tiergarten einen weiteren Fall im Zusammenhang mit den Straßenblockaden. Dabei wurde ein 22-jähriger Student der Philosophie wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von 200 Euro verurteilt. Bei der Verhandlung sagte der Jugendrichter ganz offen, er erkenne „das berechnete Fernziel“ des Angeklagten an, die „Klimakatastrophe“ zu verhindern und die Politik zu bewegen, alles dafür zu tun. Der Richter fügte aber hinzu: „Es muss aber andere Wege geben!“



Von Russland des Landes verwiesen: Der japanische Diplomat Motoki Tatsunori

Foto: imago/SNA

WLADIWOSTOK

Reaktion auf Revisionismus?

BODO BOST

Ende vergangenen Monats hat der russische Sicherheitsdienst den japanischen Generalkonsul Motoki Tatsunori in Wladiwostok angeblich auf frischer Tat bei einer Spionagetätigkeit verhaftet. Mit verbundenen Augen wurde er abgeführt. Im Gefängnis soll er unter starken Druck gesetzt worden sein, damit er sich schuldig bekennt. Wenige Tage später musste er Russland gedemütigt verlassen.

Laut Russlands Inlandsgeheimdienst, dem Föderalen Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation (FSB), ist der Diplomat „auf frischer Tat“ ertappt worden, wie er gegen Bezahlung geheime Informationen über die Auswirkungen westlicher Sanktionen auf die russische Wirtschaft erhalten habe. Solche Informationen kann man jedoch kostenlos auf den öffentlich zugänglichen Homepages vieler russischer Wirtschafts-Forschungsinstitute einsehen.

Japan protestierte gegen die Behandlung seines Konsuls und bezeichnete den Vorfall als eine absolut inakzeptable Ak-

tion. Zudem verwies der Inselstaat den russischen Konsul von Sapporo des Landes.

Die absolut nicht diplomatischen Regeln entsprechende Verhaftung, Inhaftierung und Ausweisung eines japanischen Diplomaten unter einer faden-

Nach dem Ausbruch der Oktoberrevolution und des Russischen Bürgerkrieges wurde die Stadt durch Entente-Truppen und japanische Verbände besetzt. Sowjetrussland war weltweit isoliert. Erst 1921 wurde es vom Iran, Afghanistan und der Mongolei anerkannt. 1920 wurde die Demokratische Fernöstliche Republik (FÖR) als sozialistischer, sowjetischer Pufferstaat gegründet, der jedoch von Japanern entworfen wurde. Als Lenin am 20. November 1920 die Einnahme von Wladiwostok verkündete, übernahm die kaiserliche japanische Armee mit 70.000 Soldaten die volle Kontrolle über den russischen Fernen Osten, bis zum Baikalsee und nach Burjatien. Die politische Opposition in Japan verhinderte jedoch, dass die Armee die ressourcenreiche Region annektierte.

Noch im März und April 1922 schlug die japanische Armee große bolschewistische Offensiven gegen Wladiwostok zurück. Am 24. Juni 1922 kündigte Japan überraschend an, dass es sich bis Oktober einseitig aus dem gesamten russischen Territorium zurückziehen werde, mit Ausnahme der nördlichen Insel Sachalin, die 1920 annektiert worden war.

Russland verweist
Japans Konsul in
Wladiwostock des
Landes

scheinigen Begründung aus Russland, noch dazu aus der Stadt Wladiwostok, wird in Japan als Reaktion darauf gesehen, dass 100 Jahre nach dem Ende der Besetzung Wladiwostoks durch japanische Truppen am Ende des innerrussischen Bürgerkrieges gewisse Kreise in Japan immer noch diese heute russische Perle des Ostens für sich reklamieren.

PORTRÄT

Ersatzkaiser einer konturlosen Mitte

Gleich im ersten Wahlgang haben die Österreicher Alexander Van der Bellen erneut zu ihrem Bundespräsidenten gewählt. Damit krönt der 78-Jährige eine politische Karriere, die sehr spät begann.

Van der Bellen kam 1944 in Wien zur Welt. Er studierte Volkswirtschaft in Innsbruck und wurde 1970 promoviert. 1975 folgte die Habilitation an der Universität Innsbruck im Fach Finanzwissenschaften.

Als ursprüngliches Mitglied der SPÖ wandte er sich in den 1980er Jahren der Umweltbewegung und dann den Grünen zu. Unter seiner Führung (1997 bis 2008) schafften die Grünen bei Nationalratswahlen regelmäßig zweistellige Ergebnisse. Nach leichten Verlusten bei der Wahl 2008 trat er als Parteisprecher zurück.

Seinen wohl spektakulärsten politischen Auftritt hatte Van der Bellen 2016, als er zur Wahl des Bundespräsidenten antrat. Erst in der Wiederholung der

Stichwahl – und mit dem Aufbieten aller etablierten gesellschaftlichen Kräfte – setzte er sich hauchdünn gegen seinen Konkurrenten Norbert Hofer (Freiheitliche Partei) durch. Seitdem gilt er als Konsenskandidat gegen rechte Mitbewerber.

Van der Bellen interpretiert den Stil eines Präsidenten nicht nur repräsentativ.



Österreichs alter und neuer Bundespräsident: Alexander Van der Bellen

Er wolle nicht nur ein Grüßaugust sein, der einfach hinnähme, was im Parlament passiere. So entließ er 2019 auch auf Vorschlag der ÖVP im Zuge der „Ibiza-Affäre“ den freiheitlichen Innenminister Herbert Kickl, was die damalige schwarz-blaue Koalition sprengte. Dennoch hält er sich als Bundespräsident vom Tagesgeschäft weitgehend fern. Seine Nähe zu Umwelt- und Klimaschutzthemen, ein Faible für eine lockere Asylpolitik und seine Unterstützung der COVID-Maßnahmen sind jedoch kein Geheimnis. In der aktuellen Energiekrise stieß er mit wohlfeilen Worten auf Kritik, als er jungen Menschen riet, in der Teuerungswelle die Zähne zusammenzubeißen.

In der öffentlichen Wahrnehmung gilt er als väterliche Figur, die man rauchend im 1. Wiener Bezirk beim Spaziergang mit dem Hund antreffen kann. Er ist zum zweiten Mal verheiratet und hat aus erster Ehe zwei Söhne. *Gernot Danowski*

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Geschichtsunterricht mal anders

Deutsche Premiere des Musicals Hamilton in Hamburg

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

George Washington kennt jeder, aber was ist mit Alexander Hamilton? Der Komponist Lin-Manuel Miranda hat nach der Lektüre einer umfangreichen Biographie über den ersten amerikanischen Finanzminister, geschrieben von Ron Chernow, begonnen, das Leben dieses Menschen auf die Bühne zu bringen, und zwar als Musical.

Alexander Hamilton wurde in den 1750er Jahren auf einer Karibikinsel geboren, kam als Waise nach New York und wurde einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika. Heute sieht man sein Antlitz auf der Zehn-Dollar-Note. Das Musical zeigt rund 40 Lebensjahre des Aufstiegers, der sich dem Unabhängigkeitskrieg anschloss und der Sekretär von General Washington wurde, er heiratete in eine wohlhabende Familie ein, studierte erneut, schuf das US-Finanzsystem, hatte eine Affäre mit Maria Reynolds, verlor seinen Sohn und wurde zuletzt am 11. Juli 1804 erschossen. Seinen Trauerzug begleiteten Tausende.

Musical bricht mit Konventionen

Die Musicaladaption seines Lebens ist gewiss nicht eins zu eins, aber sie ist stimmungsvoll. Weil Miranda Rap und das Schnelle, Rhythmuslastige gefällt, wie er in dem Film „Vivo – Voller Leben“ gezeigt hat, erwartet den Zuschauer nicht ein vor Gefühl tropfendes Stück, sondern schnelle Musik, viel Text und wenig Erholung. Die Choreographie übernimmt dieses Schnelle, sodass immer Bewegung auf der Bühne herrscht, wobei die Bühne selbst ohne besondere Effekte auskommt. Sie funktioniert auf zwei Ebenen, die Hauptbühne enthält eine Drehscheibe, und eine Galerie bildet eine zweite Ebene. Durch die großartigen Tänzer wird der Raum dazwischen immer wieder ausgefüllt, und



Diversität als Motto: Die Hamiltonbesetzung in Hamburg besteht aus 13 Nationen

Foto: Johann Person

dabei das Bühnenbild umgebaut. Stühle werden so durch den Raum befördert und immer wieder Bücher. Tatsächlich hat der historische Hamilton eine Flut an Texten hinterlassen, allein um die von ihm mitverfasste Verfassung durchzusetzen, schrieb er 51 von insgesamt 80 Artikel. So ist es nur stimmig, dass auf der Bühne Federkiele, Zettel und Blätter präsent sind. Was man im Zuschauerraum nicht mitbekommt, ist, dass es sich bei den Briefen und Pamphleten um Kopien der Originale handelt.

Die große Frage war, kann ein Stück, das mit Ehrungen dafür überhäuft worden ist, dass und wie es die eigene Landes-

geschichte erzählt, auch in deutscher Sprache in Deutschland funktionieren?

Die gelungene deutsche Übersetzung von Kevin Schroeder und Sera Finale funktioniert inhaltlich, aber auch für die Stimmung, das Zwischen-den-Zeilen. Dennoch verlangt sie dem Zuhörer einiges ab.

Das Stück wurde ganz unkonventionell von Ralf Schaedler als Casting Director besetzt. Er hat sich für Schauspieler aus insgesamt 13 unterschiedlichen Nationen entschieden und dann geschaut, welche Rolle zu wem passt. Benét Monteiro hat sich selbst für die Rolle des Alexander Hamilton vorgeschlagen. Der gebürtige Brasilianer hat viel Charisma und

strahlt auf der Bühne, ist stimmlich sehr gut, aber man versteht ihn sehr schwer. Er kämpft mit der deutschen Sprache, und das strengt die Zuschauer zusätzlich zu der gewaltigen Textflut an. So fehlt den gesprochenen Beats im Gegensatz zur Studioaufnahme der US-Version der Schlag. Wer das Stück vorher nicht gesehen hat oder die Musik kennt, wird nur schwer folgen können.

Color-blind Casting

Großartig sind Gino Emnes als Hamiltons Gegenspieler Aron Burr, Jan Kersjes als King George und Redchild in den Rollen Hercules Mulligan und James Madison.

Auch Ivy Quainoo als Elizabeth Schuyler braucht sich nicht zu verstecken. Die gebürtige Berlinererin erzählte auf der Presseveranstaltung, dass sie mit ihrer dunklen Haut kaum ein Angebot in Deutschland erhalte. Das „color-blind casting“, also die Auswahl der Schauspieler, ohne auf Hautfarbe und Ethnie der Figuren zu achten, stieß anderen hingegen sauer auf. So wurden in den USA nur für eine Hauptrolle, nämlich King George, und einige Nebenrollen nicht-farbige Schauspieler eingeladen, für die anderen Rollen wurden sie ausgeschlossen, um so eine möglichst große Diversität zu erhalten.

Rap, Jazz, Pop, Rhythm and Blues, Soul und Funk sind die Töne, die das Stück Hamilton bietet. King Georges Auftritt in schnulzigstem Brit-Pop setzen einen klaren Kontrast zu den Rap-Battels, den Kämpfen mit Rapmusik.

Das Musical wird allen, denen Mirandas Hamilton schon vorher gefallen hat, auch in Hamburg gefallen, einige andere werden positiv überrascht, wieder andere werden aber von der amerikanischen Geschichte, den schnellen Schlagabtauschen und der rapdominierten Musik abgeschreckt werden. Der Verein SalutDeluxe e.V. von Hip-Hop-Künstler Samy Deluxe und der Geigerin Angelika Bachmann, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Jugendliche und Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund musikalisch anzuregen und zu fördern, wird begeistert sein. Die Musicalgruppe bietet Kurse an und Eintrittskarten für den Verein. So wird Hamilton auch am drittgrößten Musicalstandort der Welt funktionieren.

Die Person Hamilton fasziniert, das schnelle Leben, jede Minute nutzen, der Nachwelt etwas hinterlassen, das wirkt im bürokratisierten Deutschland erfrischend.

● Stage Operettenhaus, Spielbudenplatz 1, 20359 Hamburg, Tickets ab 55,90 Euro, www.musicals.de

TV-KRITIK

Leicht angesäuselt

„Denver Clan“ auf Deutsch – Der ZDF-Zweiteiler „Süßer Rausch“ schüttet alle Übel einer Familienwelt aus

Manchmal sprengt das Fernsehen seine öffentlich-rechtlichen Ketten und erwartet womöglich, dass es niemand merkt. In dem ZDF-Zweiteiler über einen Schnapsbrenner-Clan („Süßer Rausch“, am 16. und 17. Oktober, 20.15 Uhr) wird inhaltlich derart überzogen, dass der Zuschauer zweifelt, ob ein gewisser Rausch womöglich auch die Ausführenden benebelt haben könnte.

Zunächst geht es zu wie ehemals im „Denver-Clan“ – reichlich Intrigen im schicken Heim, das diesmal in Venetien liegt und nicht in Colorado. Eine ausgemusterte Gattin (Suzanne von Borsody), eine aktuelle, welche die Folgen ihrer Chemotherapie schamhaft unter einer Perücke versteckt (Desirée Nosbusch), die überspannte Schwester des Patriarchen (Leslie Malton), Kinder mit Drogenproblemen und Gewalterfahrungen, ein bisschen Sex über Kreuz – soweit, so dekadent deutsch.

Nach dem Tod des Familienoberhauptes (Sven-Eric Bechtolf), der wie zu vermuten nicht nur seiner Gattin ein liebender Partner war, verlässt die Geschichte allerdings das Genre der gepflegten

Schmonzette. Nosbusch wirft ihre Perücke in den Müll und huscht gegen Ende als eine Art kahlköpfiger Außerirdischer durch die Schnapsbrennerei, Malton gibt die durchgeknallte Irre mit Fackel in der einen und Pistole in der anderen Hand,

nur die matronenhaft ausgestaffierte Borsody, statt hauseigenem Grappa eher dem Rotwein zugeneigt, wahrt einigermaßen die Balance.

Inzest, Drogen, Krebs, zum Schluss auch noch ein Mord – „Hilfe“, mag der Zu-

schauer da rufen, falls er sich überhaupt noch die Mühe macht, die tägliche Fernsehkost ernst zu nehmen. Immerhin fängt die Kamera opulenter Bilder ein als seinerzeit bei der Seifenoper aus Amerika, wo vor allem die Freitreppe sowie die eingefrorene Mimik der Hauptdarstellerinnen ins Bild kamen. Da hat eine Leslie Malton bei ihrem Zwangs-Entzug als angekettete Geisel des Richters (Jörg Schüttauf) schon mehr an entgleisender Mimik zu bieten. Verblüffend auch die auf ihren Therapeuten zukriechende Patientin, die den zu professioneller Distanz verpflichteten Fachmann (Oliver Mommsen) prompt zu wirrem Liebes-Gestammel verleitet. Soll man als Zuschauer/in lachen oder weinen?

Vielleicht hilft es, diesem Werk den Stempel Grotteske zu geben. Damit wären eine gewisse Narrenfreiheit und Grenzüberschreitung quasi vorgeschrieben. Regisseurin Sabine Derflinger präsentiert übrigens derzeit eine Kino-Dokumentation über Deutschlands Chef-Feministin Alice Schwarzer, die im Dezember 80 Jahre alt wird – der geneigte Zuschauer darf gespannt sein. *Anne Martin*



Jetzt wird sie auch noch handgreiflich: Marguerite (Antonia Bill) setzt sich gegen ihren übergriffigen Psychologen Litzmann (Oliver Mommsen) zur Wehr

● MELDUNGEN

Die Preußen am Nil

Berlin – 1842 bricht eine preußische Expedition zum Nil auf, um antike Denkmäler der ägyptischen Kultur zu dokumentieren und Objekte für das Neue Museum zu sammeln. Die Ausstellung „Abenteuer am Nil. Preußen und die Ägyptologie 1842–45“ dokumentiert vom 15. Oktober bis 7. März 2023 im Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel diese Reise. *tws*

Der Aufstieg der Habsburger

Speyer – Das Historische Museum der Pfalz am Domplatz in Speyer präsentiert vom 16. Oktober bis 16. April mit „Die Habsburger im Mittelalter“ den „Aufstieg einer Dynastie“. Die Ausstellung begleitet die frühen Habsburger über drei Jahrhunderte, von der Thronbesteigung König Rudolfs I. im Jahr 1273 bis zur Herrschaft Kaiser Maximilians I. im frühen 16. Jahrhundert. www.museum.speyer.de *tws*

„GLAMOROUS GLENN“

Gebaut für den Durchbruch einer Mauer

Vor einem Dreivierteljahrhundert gelang es erstmals einem Piloten mit seinem Flugzeug erwiesenermaßen und im Horizontalflug die Schallmauer zu durchbrechen. Das Flugzeug war eine Bell X-1.

Der Erbauer des Mitteldeckers war die Bell Aircraft Corporation. Von dem Flugzeug- und Hubschrauberhersteller stammt auch der ab 1958 in großer Stückzahl produzierte Mehrzweckhubschrauber Bell UH-1 „Iroquois“. Die auch „Huey“ genannte Maschine dürfte Bundesbürgern vor allem als Rettungshubschrauber der Bundeswehr bekannt sein. Den Auftrag zur Herstellung der Bell X-1 erteilten die United States Air Force und das National Advisory Committee for Aeronautics (NACA), ein direkter Vorgänger der NASA. Sinn und Zweck des Experimental- und Raketenflugzeugs war es, die Schallmauer im Horizontalflug zu durchbrechen.

Am 7. Januar 1949 hob die Bell X-1 das erste und auch das letzte Mal vom Boden ab. Ihr normaler Einsatz war ein anderer. Ein Mutterflugzeug, eine „Superfortress“ von Boeing, brachte die unter ihrem Rumpf eingerastete Bell X-1 auf Höhe, wo sich die beiden Maschinen dann trennten. Das geschah das erste Mal am 25. Januar 1946. Bei ihrem Jungfernflug flog die Bell X-1 nach ihrem Ausklinken noch im reinen Gleitflug ohne eigenen Antrieb. Erst bei späteren Flügen kam dann auch das Triebwerk zum Einsatz.

Dessen Technik basierte auf denen der deutschen Raketenriebwerke des vorangegangenen Zweiten Weltkriegs. Für den Antrieb sorgten Alkohol und Sauerstoff. Unter Hochdruck stehender Stickstoff drückte den Treibstoff in die Brennkammern.



Chuck Yeager vor seiner Bell X-1

Die Vorteile der Pfeilung im Flugzeugbau wurden noch nicht genutzt. So hatte die Maschine ungepfeilte Tragflächen, kombiniert mit einem Kreuzleitwerk.

Was den Rumpf angeht, war bekannt, dass die heute noch als „12,7 x 99 mm NATO“ zu den Standardpatronen des westlichen Bündnisses gehörende sogenannte .50 BMG bei Überschallgeschwindigkeit eine stabile Fluglage hat. Der Flugzeugrumpf ähnelt deshalb einem überdimensionierten Profil dieses Geschosses.

Beim Rekordflug vom 14. Oktober 1947, für den die einsitzige Maschine entwickelt worden war, saß mit Hauptmann Charles Elwood „Chuck“ Yeager ein erfahrener und erfolgreicher Jagdflieger des Zweiten Weltkriegs am Steuer. Mit der von ihm nach seiner Ehefrau Glennis Faye Dickhouse „Glamorous Glenn“ getauften Bell X-1 erreichte er an jenem Herbsttag bei einem Horizontalflug in etwa 13.100 Metern Höhe eine Geschwindigkeit von 1125 Kilometern pro Stunde, sprich Mach 1,06.

Nach diesem Erfolg brachte er es bis zum Brigadegeneral und sie es bis ins Museum. Yeager ist seit 2020 tot, aber die „Glamorous Glenn“ steht nach wie vor im National Air and Space Museum der US-Hauptstadt. Manuel Ruoff

KUBAKRISE

Mit umgekehrtem Vorzeichen

Vor 60 Jahren waren es die USA, die versuchten, eine sie vermeintlich existentiell bedrohende Entwicklung in einem nach einem Systemwechsel unfreundlicher gewordenen Nachbarstaat mit Gewalt zu stoppen



Am 23. Oktober 1962: US-Präsident John F. Kennedy unterzeichnet den Befehl zur Seeblockade um Kuba

Foto: US-Regierung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Kubakrise entzündete sich an einer vor 60 Jahren zunehmenden gegenseitigen Bedrohung der Supermächte und deren Blöcke mit Mittelstreckenraketen mit Nukleargefechtsköpfen. 1958 verlegte die Sowjetunion derartige Waffen in die DDR. Im darauffolgenden Jahr verlegte sie sie zwar zurück ins Königsberger Gebiet, doch auch von dort aus bedrohten sie NATO-Territorium.

Die USA reagierten hierauf im Januar 1959 mit der Stationierung von Thor-Raketen in England sowie Jupiter-Raketen in Südtalien und der Türkei, womit Russlands Hauptstadt bedroht war. Darüber hinaus zeichnete sich ab, dass die Vereinigten Staaten mit ihren in der Entwicklung befindlichen Interkontinentalraketen der Sowjetunion deren Zweitschlagfähigkeit zu nehmen drohten.

Dadurch stand der Kreml vor der Herausforderung, mit einem wirksamen Schachzug zu kontern und seine eigenen Mittelstreckenraketen in möglichst großer Nähe zum Territorium der USA zu stationieren, um die Vorwarnzeiten im Falle eines Vergeltungsschlages auf ein

Minimum zu reduzieren und damit seinerseits die Zweitschlagfähigkeit der USA zu bedrohen. Die Sowjetführung beschloss deshalb, die US-kritische Haltung der kubanischen Revolutionsregierung unter Fidel Castro zu nutzen, um Nuklearraketen der Typen R-12 und R-14 mit 2000 beziehungsweise 4500 Kilometern Reichweite nach Kuba zu verlegen. Damit ließen sich gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen konnten auf Kuba stehende Mittelstreckenraketen fast alle wichtigen Städte und Industriezentren der USA bedrohen. Zum anderen würde die US-Radarkette in Alaska, Kanada und auf Grönland, die vor Angriffen über den Nordpol warnen sollte, nutzlos werden.

Die UdSSR rüsteten Kuba auf

Also transportierten sowjetische Frachter ab dem 10. Juli 1962 heimlich 42 Mittelstreckenraketen samt der dazugehörigen Atomsprenkköpfe sowie verschiedene andere Waffensysteme und mehrere Zehntausend Soldaten nach Kuba. Die US-amerikanische Seite ging zunächst davon aus, dass Moskau das Castro-Regime nur mit konventionellem Kriegsgerät wie Luftabwehrraketen unterstützen wolle. Das schienen die im August aufgenommenen Spionageaufnahmen von CIA-Höhenaufklärungsflugzeugen des Typs Lockheed U-2 „Dragon Lady“ zu belegen.

Doch einige führende US-Militärs blieben misstrauisch. Deshalb genehmigte US-Präsident John F. Kennedy schließlich weitere U-2-Missionen über Kuba. Die erste fand am 14. Oktober 1962 statt. Sie erbrachte das Washington schockierende Ergebnis, dass die Sowjets bei San Cristóbal mehrere Startrampen für Mittelstreckenraketen errichteten. Damit begann die Kubakrise. Sie sollte zu einem

„In allererster Linie müssen nukleare Mächte es vermeiden, bei der Verteidigung ihrer lebenswichtigen Interessen den Gegner vor die Wahl zwischen einem demütigenden Rückzug und einem nuklearen Krieg zu stellen“

John F. Kennedy
35. Präsident der USA

der Höhepunkte des Kalten Krieges werden und drohte in einem nuklearen Schlagabtausch zwischen den beiden Supermächten zu gipfeln.

Kennedy und das von ihm zur Lösung der Kubakrise am 16. Oktober einberufene Executive Committee (ExComm) diskutierten zunächst vier mögliche Optionen: Hinnehmen der Stationierung, aber Gegenmaßnahmen mit vergleichbarem Bedrohungspotential; Bombardierung der Raketenstellungen; Invasion auf Kuba; und Blockierung aller Seewege zu den Häfen der Insel. Am eindringlichsten auf Angriffsaktionen drängte der Stabschef der US-Luftwaffe Curtis LeMay: „Der rote Hund gräbt im Hinterhof der USA und

muss dafür bestraft werden.“ Den Falken vom Schlage LeMays, die sofort und nötigenfalls auch mit Atomwaffen zuschlagen wollten, stand im ExComm schließlich ein Lager relativer Tauben gegenüber wie dem US-Justizminister und Bruder des Präsidenten Robert F. Kennedy, das eine Seeblockade bevorzugte. Und das tat schließlich auch John F. Kennedy.

Seeblockade statt Invasion

Da auch eine Blockade ein militärisches Vorgehen, ein Akt der Gewalt ist, wurde sie offiziell als Quarantänemaßnahme verbrämt. Diese „Quarantäne“ wurde am 22. Oktober 1962 offiziell angekündigt. Damit erfuhr nun auch die Weltöffentlichkeit von der Kubakrise. Einen Tag später unterzeichnete Kennedy den Befehl zur Blockade Kubas im Oval Office.

Die Ankündigung der Blockade verband der US-Präsident mit der ultimativen Aufforderung an den sowjetischen Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow, die bereits auf Kuba befindlichen Raketen abzuziehen, sowie der Drohung im Falle eines Angriffs auf sein Land mit dem Einsatz von Kernwaffen zu reagieren. Zur Durchsetzung der Seeblockade boten die USA insgesamt 183 Schiffe auf, darunter acht Flugzeugträger sowie 90 Kreuzer und Zerstörer.

Am 26. und 27. Oktober stieß der US-amerikanische Blockadeverband auf insgesamt vier sowjetische U-Boote, die sowjetischen Frachtern Begleitschutz gaben. Mit Übungswasserbomben zwang er diese zum Auftauchen. Das war die gefährlichste Situation im Verlauf der Kubakrise, denn die Boote führten Nukleartorpedos an Bord, und es hätte nicht viel gefehlt, und ein Boot, B-59, hätte eine solche Waffe auch abgeschossen.

Während zur See die US-Flotte dominierte und auf dem kubanischen Festland die bislang angelieferten Raketen einsatzbereit gemacht wurden, begann ein persönliches Tauziehen zwischen Kennedy und Chruschtschow. Dabei emanzipierten sich beide Kontrahenten zunehmend von ihren Beraterstäben, die weiter auf Konfrontation drängten.

Nachdem der Kreml-Chef verkündet hatte, er könne die Blockade nicht akzeptieren, erhielt Kennedy von ihm am 26. Oktober ein Schreiben mit dem Angebot eines Deals: Die Russen ziehen die Raketen von Kuba ab, wenn die US-Amerikaner eine Invasion auf der Insel ausschließen. Kennedy gab sogleich die gewünschte Erklärung ab. Daraufhin schob sein Gegenspieler am 27. Oktober die Forderung nach, die USA müssten darüber hinaus auch noch ihre Jupiter-Raketen aus der Türkei entfernen. Dieser Vorschlag war insoweit logisch, als er beiden Seiten die Möglichkeit bot, ein verloren gegangenes Stück Zweitschlagkapazität zurückzugewinnen, das Voraussetzung war für atomares Patt und Abschreckung getreu dem Motto: Wer als erster schießt, stirbt als zweiter.

Damals entschloss sich der US-Präsident, seinem Gegenüber die Möglichkeit zu bieten, gesichtswahrend aus der Krise herauszukommen. Dies fiel ihm umso leichter, als er selbst schon erwogen hatte, die technisch veralteten PGM-19 Jupiter nicht länger in Anatolien zu belassen. Also ließ Kennedy den Sowjetführer über geheime Kanäle wissen, dass er dessen Forderungen vollumfänglich erfüllen wolle als Gegenleistung für einen Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba. Und so kam es.

Am 28. Oktober gab Chruschtschow über Radio Moskau den Rückzug der sowjetischen Raketen bekannt. Nach dem offiziellen Abschluss des Rückzugs beendeten die USA am 20. November 1962 ihre Seeblockade um Kuba. Aus diesem glimpflichen Ausgang zog Kennedy später den Schluss: „In allererster Linie müssen nukleare Mächte es vermeiden, bei der Verteidigung ihrer lebenswichtigen Interessen den Gegner vor die Wahl zwischen einem demütigenden Rückzug und einem nuklearen Krieg zu stellen.“

„Der rote Hund gräbt im Hinterhof der USA und muss dafür bestraft werden“

Curtis LeMay
Stabschef der US-Luftwaffe

VON CLAUDIA HANSEN

Ihre Mission ist „im öffentlichen Interesse zu handeln, dem Publikum zu dienen mit unparteiischen, qualitativ hochwertigen und charakteristischen Sendungen und Services, die informieren, bilden und unterhalten“. So lautet der Auftrag der British Broadcasting Corporation (BBC) in der Royal Charter, einer Art Satzung, vergleichbar dem deutschen Rundfunkstaatsvertrag. Angesichts des Elends des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich eine eklatante links-ideologische Schlagseite und nachlassende Qualität leistet, blickt vielleicht mancher mit gewissem Neid und Sehnsucht hinüber zur BBC, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Vorbild für den neugegründeten Rundfunk in der britischen Besatzungszone dienen sollte. Noch heute gilt die BBC als Leuchtturm journalistischer Qualität mit weltweiter Ausstrahlung.

Nächste Woche wird die BBC 100 Jahre alt. Gegründet am 18. Oktober 1922 als „British Broadcasting Company“, fing sie einen Monat später mit den ersten Radiosendungen an. „Hello, hello. This is 2LO, the London station of the British Broadcasting Company calling! 2LO calling“, begrüßte Sprecher Arthur Burrows die damaligen Hörer, geschätzt zehntausend waren es. Das Programm bestand aus einem kurzen Nachrichten- und Wetterbericht. Später kamen Musik, Unterhaltungssendungen wie „Woman’s Corner“, Hörspiele und Fußballübertragungen hinzu.

Royal Charter der BBC

In den ersten fünf Jahren war die BBC eine private Gesellschaft, getragen von Radiogeräteherstellern. Erst 1927 übernahm der Staat sie, die Royal Charter garantierte aber weiter die redaktionelle Unabhängigkeit. Der legendäre erste BBC-Generaldirektor John Reith hatte auf dieser Unabhängigkeit auch bestanden, als der Generalstreik 1926 das Land lahmlegte und Winston Churchill Premierminister Stanley Baldwin drängte, der Staat müsse die Kontrolle über die Nachrichten übernehmen. 1932 baute die BBC ihr modern-monumentales Broadcasting House, das neue Sendergebäude in London nahe dem Oxford Circus und der Regent Street, das noch heute dort steht. Ab 1936 begann die BBC mit regelmäßiger Fernsehübertragung. 1938 kam BBC Arabic, der erste Radiosender in ausländischer Sprache hinzu, kurz darauf auch ein Deutscher Dienst.

Im Zweiten Weltkrieg wurde der Rundfunk zu einem wichtigen Instrument der britischen Kriegsanstrengungen. Am 3. September 1939 übertrug die BBC die Radioansprachen von König George VI. und Premier Neville Chamberlain zur Kriegserklärung an Deutschland, 1940 sprach General Charles de Gaulle über den BBC-Sender zur französischen Résistance. Die BBC trug auch entscheidend zur Verbreitung von Churchills „V for Victory“-Zeichen bei. 1943 schickte das BBC-Radio sogar zwei Reporter mit in einem „Lancaster“-Bomber, die einen Luftangriff auf Berlin – in bemerkenswert ruhigem Ton – kommentierten. Der Kriegspremier selbst sprach immer wieder im Rundfunk.

Auch in Deutschland hörten unzählige Menschen im Krieg auf „umgerüsteten“ Volksempfängern das deutsche BBC-Programm, allerdings unter großer Gefahr, denn dem Feindsender zu lauschen war illegal. Wer erwischt wurde, konnte im Zuchthaus landen oder sogar zum Tode verurteilt werden. Nicht wenige Emigranten arbeiteten für den BBC-Dienst, Thomas Mann etwa zeichnete Vorträge und Reden für sie auf.

Nach dem Krieg wurden in der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone nach dem Vorbild der BBC der öffentlich-rechtliche Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR), der Vorläufer des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und



Vor dem Broadcasting House: Statue George Orwells mit dessen programmatischem Ausspruch „Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen“

Foto: pa

BRITISH BROADCASTING CORPORATION

Ein Leuchtturm des öffentlichen Rundfunks

Die BBC wird hundert Jahre alt und viel gefeiert. Sie hat das Land – trotz einzelner Skandale – über die Zeit positiv geprägt

Mitarbeiter der BBC



John Reith war von 1922 bis 1938 der erste Generaldirektor der BBC. Der Pfarrerssohn betrachtete das Radio als ein Medium zur Erziehung der Massen.



Laut Scotland Yard war der 2011 verstorbene Discjockey und Moderator **Jimmy Savile** der „schlimmste Sexualverbrecher in der Geschichte des Landes“.



Martin Bashir ist ein 1963 in London geborener Journalist. 2021 gab die BBC bekannt, dass er aus gesundheitlichen Gründen die Rundfunkanstalt verlasse.

des Norddeutschen Rundfunks (NDR), gegründet. Auch hier das Ziel, einen öffentlich finanzierten, aber nicht staatlich kontrollierten Rundfunk zu etablieren. Ob der Anspruch – Staatsferne, Neutralität und Objektivität – wirklich im täglichen Programm erreicht wird, darf bezweifelt werden.

Auch der britische Rundfunk bekam in der Nachkriegszeit nach Ansicht vieler Beobachter eine zunehmende linke politische Schlagseite. In der BBC arbeiteten zahlreiche Journalisten, die aus ihrer Nähe zur Labour-Partei kaum einen Hehl machten, viele waren erklärte Sozialisten. Besonders sichtbar war das in den 1970er und 1980er Jahren. Margaret Thatcher musste ihre Wahlsiege gegen einen offensichtlich feindlichen Rundfunk erringen. Ein konservativer Abgeordneter nannte die BBC damals wegen ihrer dunkelroten Zellen sogar „die Bolschewistische Broadcasting Corporation“. Umgekehrt klagten dann und klagten noch heute manche Linke, dass die BBC-Spitze von Tory-Regie-

rungen mit konservativen Vorsitzenden und Generaldirektoren besetzt werde.

Vorbild des NWDR, WDR und NDR

Bis heute gefällt sich der Sender in der Pose, den Mächtigen den Spiegel vorzuhalten. Vor dem Rundfunkhaus in London steht eine Statue des einstigen BBC-Mitarbeiters George Orwell, in die Steinfassade ist sein Ausspruch eingemeißelt: „Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten zu sagen, was sie nicht hören wollen.“ Der BBC-Rundfunkriese, der mit einem Budget von mehr als vier Milliarden Pfund – über viereinhalb Milliarden Euro – und mehr als 20.000 Mitarbeitern bis heute im audiovisuellen Bereich in Britannien dominiert, ist immer wieder scharf in die Kritik geraten.

Vor allem Konservative werfen der BBC einen gewissen „Bias“ (Schlagseite) vor. In den Jahren der Brexit-Debatten bezeichneten die Brexit-Freunde die BBC als „Brexit Bashing Corporation“ – die Brexit-

Gegner allerdings klagten, dass Brexit-Trommler wie Nigel Farage in Talkrunden und zu Interviews eingeladen seien. Unter Linken ist es zur Gewohnheit geworden, Angriffe auf die BBC zu bejammern. Die amtierende Tory-Regierung hat in den vergangenen drei Jahren mehrfach Vorstöße gemacht, die „Licence Fee“, eine Art Rundfunkgebühr, abzuschaffen, doch kam sie damit nicht weiter. Allerdings muss die BBC sparen und Stellen streichen.

Zu den größten Skandalen und Affären zählte, dass die BBC über Jahrzehnte den DJ und „Entertainer“ Jimmy Savile beschäftigte, aber über dessen sexuellen Missbrauch von Dutzenden, wenn nicht gar Hunderten Kindern hinweg sah und Hinweise unterdrückte. Erst nach seinem Tod 2011 wurde der massenweise pädophile Missbrauch untersucht und bedauert.

Ein zweiter großer Skandal, der die BBC-Reputation nachhaltig beschädigte, war das „Panorama“-Interview des Journalisten Martin Bashir mit Prinzessin Diana, in dem Bashir die damalige Noch-Ehefrau von Prinz Charles unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum offenerherzigen Reden brachte. Diana sprach damals vor geschätzt 200 Millionen Zuschauern weltweit über Charles’ Ehebruch mit Worten wie: „Es gab drei in unserer Ehe, es war also ein bisschen überfüllt.“ Die BBC entschuldigte sich im Jahr 2020 reumütig, als sie den Betrug ihres Mitarbeiters, der Diana gefälschte Unterlagen gezeigt hatte, erstmals voll zugab.

All dies – die Geschichte mit Höhen und Tiefen – wird nun beim Jubiläum der BBC begutachtet. Die BBC lässt in einigen Sendungen in eigener Sache ihre Historie Revue passieren. Insgesamt feiert sich der britische öffentliche Rundfunk in einem Maße, das auch die Wertschätzung der Bevölkerung widerspiegelt.

PRINZ ALBRECHT

Ein Preuße baute Schloss Albrechtsberg

Zu den Sehenswürdigkeiten von Elbflorenz gehören die drei Elbschlösser am Dresdner Elbhof. Der Volksmund spricht von den Albrechtsschlössern. Zwei der drei Schlösser sind tatsächlich von einem Albrecht gebaut worden, nämlich von dem jüngsten Sohn von König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise.

Wie alle Preußenprinzen begann der am 4. Oktober 1809 in Königsberg geborene Friedrich Heinrich Albrecht mit zehn Jahren eine Karriere im preußischen Militär. Der Kavallerist brachte es bis zum Generaloberst. Mehr Furore als mit gewonnenen Schlachten machte er allerdings mit seinem Liebesleben.

Seine Hochzeit mit Marianne Prinzessin von Oranien-Nassau, immerhin eine Tochter des protestantischen niederländischen Königs Wilhelm I. und dessen Ehefrau Wilhelmine Prinzessin von Preußen, war ja noch standesgemäß. Doch nach einhalb Jahrzehnten Ehe begann er 1845 eine außereheliche Beziehung mit Rosalie von Rauch, einer Hofdame seiner Ehefrau und Tochter eines früheren preußischen Kriegsministers seines Vaters sowie seines Bruders, König Friedrich Wilhelm IV. Der preußische wie der niederländische Hof lehnten eine Scheidung so lange ab, bis Albrechts Ehefrau von ihrem verheirateten Leibkutscher ein Kind erwartete.

Albrecht begnügte sich jedoch nicht mit der 1849 erreichten Scheidung. Er bestand auf einer Ehe mit Rosalie von Rauch. Das machte ihn am Hofe seines wie sein Vater sittenstrengen Bruders zur unerwünschten Person. Die Hochzeit musste 1853 außer-



Vor 150 Jahren gestorben: Albrecht

halb Preußens stattfinden. Der Schwiegervater seiner Tochter Charlotte, Bernhard II. Erich Freund Herzog von Sachsen-Meiningen, ermöglichte dem Paar eine Trauung in der Dorfkirche von Schweina, wo die sachsen-meinigen Herzöge mit Burg Altenstein ihre Sommerresidenz unterhielten. Er erhob auch noch kurz vor der Schließung der morganatischen Ehe die Braut zur Gräfin von Hohenau.

Auch als Exilort wählte Albrecht Sachsen, allerdings nicht das Herzogtum Meiningen, sondern das Königreich. Vermittelt von der Ehefrau seines Kammerherrn, Leutnant Albert von Stockhausen, kaufte er in dessen Hauptstadt den Findlater’schen Weinberg von der Mordgrundbrücke bis zur Saloppe. Dort ließ er für seinen Kammerherren die heute als Lingnerschloss bekannte Villa Stockhausen sowie für sich und seine Ehefrau das Schloss Albrechtsberg errichten. Nicht dort in der Hauptstadt Sachsens, sondern in der Preußens, das mittlerweile sein weniger sittenstrenger Bruder Wilhelm I. regierte, endete am 14. Oktober 1872 das Leben des Preußenprinzen Albrecht.

Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

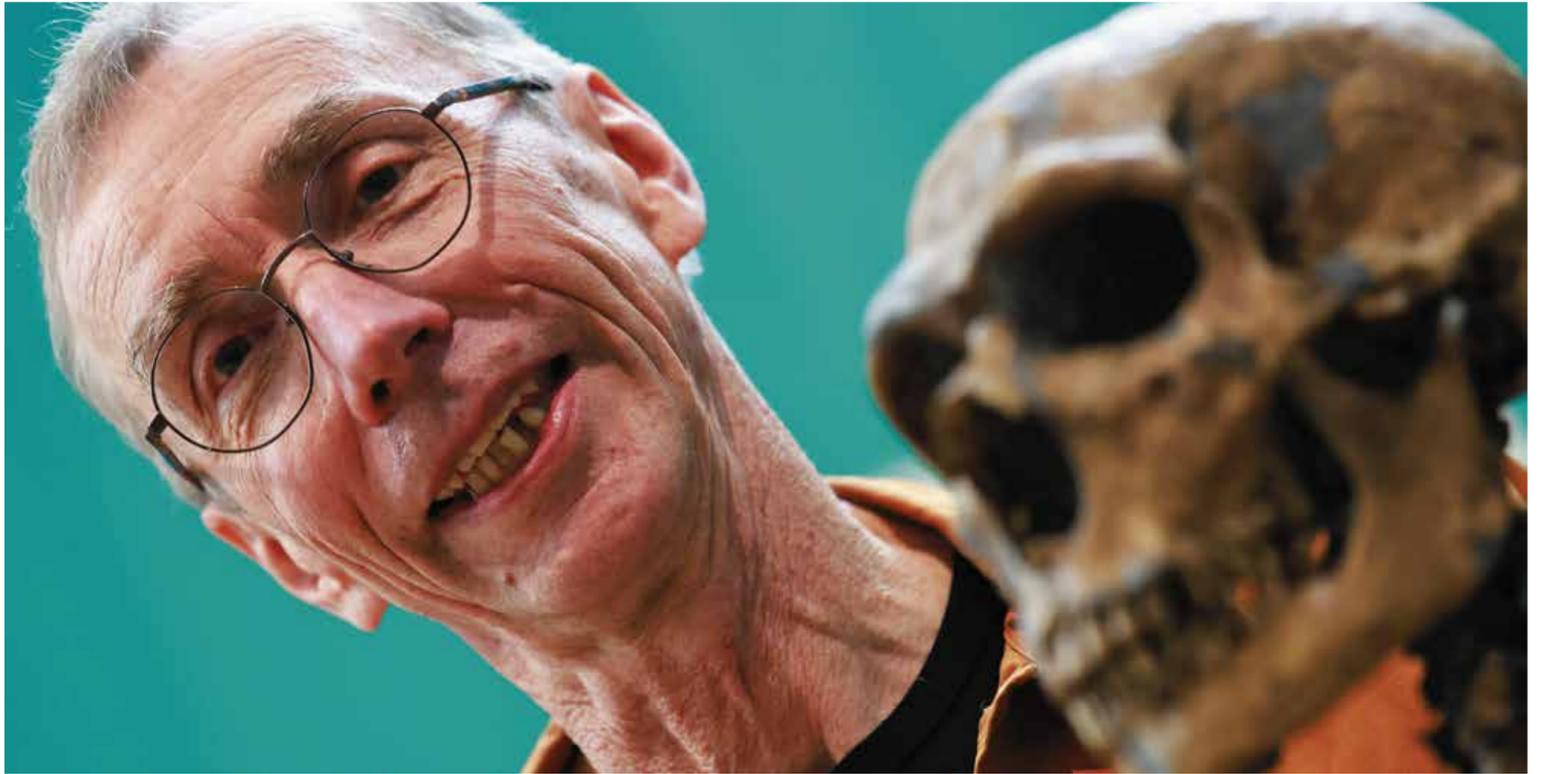
Das der Nobelpreis für Physiologie oder Medizin an einen einzelnen Forscher geht, kam in den jüngsten Jahrzehnten eher selten vor. Doch 2022 war sich die Nobelversammlung des Stockholmer Karolinska-Instituts einig, den Preis nicht zu teilen und ausschließlich an den schwedischen Mediziner und Biologen Svante Pääbo zu verleihen. Zur Begründung dieses Schrittes hieß es, die „bahnbrechenden Forschungen“ des Laureaten, in deren Verlauf er „etwas scheinbar Unmögliches geschafft“ habe, „führten zur Entstehung einer völlig neuen wissenschaftlichen Disziplin: der Paläogenetik. Durch die Aufdeckung genetischer Unterschiede, die alle lebenden Menschen von ausgestorbenen Homininen unterscheiden, bilden seine Entdeckungen die Grundlage für die Erforschung dessen, was uns als Menschen so besonders macht.“

Dabei scheint es, als ob Pääbos wissenschaftlicher Erfolg ebenfalls erblich bedingt ist. Denn die Eltern des in Stockholm geborenen 67-Jährigen waren der schwedische Mediziner und Biochemiker Sune Bergström, der 1982 den Nobelpreis erhielt, und die estnische Chemikerin Karin Pääbo. Der uneheliche Spross dieser beiden Forscher studierte ab 1975 Ägyptologie, Wissenschaftsgeschichte und Medizin an der Universität von Uppsala, an der 1986 auf dem Gebiet der Immunologie promoviert wurde.

Bereits im Jahr zuvor hatte Pääbo für eine wissenschaftliche Sensation gesorgt. Als Doktorand verwendete er neue molekularbiologische Methoden, um DNA und somit Erbmateriale aus Gewebeproben zu gewinnen. Dabei kam ihm die Idee, das auch bei 2400 Jahre alten ägyptischen Mumien zu probieren. Weil Pääbo befürchtete, sein Doktorvater würde ihm derartige Analysen verbieten, führte er sie heimlich in der Nacht und am Wochenende durch – kam aber dennoch zum Erfolg. Durch die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse im renommierten Fachblatt „Nature“ war Pääbos Name schlagartig in aller Munde.

Der Durchbruch geschah 2010

Dadurch ergatterte der Schwede 1987 eine Stelle als Assistent von Allan Wilson, dem Pionier auf dem Gebiet der Anwendung der Molekularbiologie bei der Erforschung der menschlichen Evolution. Wilson lehrte an der University of California in Berkeley und hatte entdeckt, dass die Abspaltung des Menschen vom Affen bereits vor rund fünf Millionen Jahren erfolgte, der anatomisch moderne Mensch (Homo sapiens) aber erst seit wenigen hunderttausend Jahren existiert. Das Team von Wilson war damals das einzige weltweit, welches sich mit der Isolierung von Erbgut aus fossilem Gewebe beschäftigte. Dabei verwendete es eine neue Me-



Fototermin mit Forschungsobjekt: Svante Pääbo mit dem Schädel eines Neandertalers

Foto: pa

NOBELPREIS

Er brachte uns den Neandertaler buchstäblich „näher“

Svante Pääbo entdeckte mit revolutionären Methoden die enge Verwandtschaft zum Homo sapiens. Der Schwede lehrt und forscht seit mehr als 30 Jahren in Deutschland

thode zur Vervielfältigung von DNA-Material, nämlich die Polymerase-Kettenreaktion (PCR), welche heute auch beim Nachweis von Coronaviren zum Einsatz kommt.

Bis 1990 beschäftigte sich Pääbo mit dem genetischen Fundus von ausgestorbenen Tieren wie Höhlenbären und Mammuts. Dann wechselte er an die Ludwig-Maximilians-Universität in München. Das Ziel seiner dortigen Forschungen bestand darin, das Erbgut des Neandertalers zu entschlüsseln. Dieser Verwandte des Homo sapiens tauchte vor rund 400.000 Jahren auf und besiedelte große Teile Europas und Asiens, bevor er dann um 30.000 v. Chr. ausstarb.

Pääbos Forschungsarbeit in München gipfelte 1997 in der erstmaligen Isolierung von Erbsubstanz aus einem 40.000 Jahre alten Neandertalerknochen, der Mitte des 19. Jahrhunderts ausgegraben worden war. Allerdings enthielten die relativ kurzen DNA-Abschnitte aus den Mitochondrien,

also den energieerzeugenden Bereichen der Zellen außerhalb des Kerns, nur wenige Informationen. Deshalb wollte Pääbo auch das im Zellkern befindliche, deutlich umfangreichere DNA-Material analysieren. Das gelang ihm an seiner neuen Wirkungsstätte, dem Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig, an dem er seit 1997 forscht.

Der Durchbruch erfolgte 2010. Nun konnte der Paläogenetiker die erste Version eines vollständigen Neandertaler-Genoms präsentieren. Und dieses verriet nicht nur einiges über unseren ausgestorbenen Verwandten, sondern auch über uns selbst. So muss es einen gemeinsamen Vorfahren des Homo sapiens und Homo neanderthalensis sowie diverse Vermischungen der beiden Menschenarten gegeben haben. Denn manche Vertreter unserer Spezies besitzen heute noch bis zu vier Prozent Neandertaler-Gene.

Der nächste große Paukenschlag der Leipziger Arbeitsgruppe von Pääbo, die

in diesem Falle mit der Abteilung für Archäogenetik des Max-Planck-Instituts für Menschheitsgeschichte in Jena unter Johannes Krause kooperierte, fiel ebenfalls noch ins Jahr 2010: Aus 30 Milligramm pulverisierten Materials eines Fingerknochens, der 2008 in der Denisowa-Höhle im russischen Altai-Gebirge gefunden worden war, konnten die Forscher die DNA einer bis dahin unbekannt, dem Neandertaler und dem anatomisch modernen Menschen nahestehenden Art der Gattung Homo gewinnen.

Deshalb anfälliger für Covid 19?

Die sogenannten Denisowa-Menschen lebten vor rund 160.000 Jahren in Tibet sowie dann später während der Altsteinzeit vor 76.000 bis 52.000 Jahren auch im südlichen Sibirien. Und sie hinterließen ebenfalls Spuren im Genom des Homo sapiens, wie weitere Untersuchungen von Pääbo und Krause ergaben. So stammt beispielsweise ein Zwanzigstel der Gene

der Einwohner von Papua-Neuguinea und der Aborigines in Australien vom Denisowa-Menschen.

Dabei sind die Erkenntnisse der von Pääbo begründeten Paläogenetik durchaus nicht nur von akademischem Interesse, wie der Forscher im Juni 2020 zeigen konnte: Offensichtlich beeinflusst der Gentransfer vom Homo neanderthalensis zum Homo sapiens über einen Zeitraum von etwa 50.000 Jahren gemeinsamen Auftretens in Eurasien und dem Nahen Osten auch die Antwort unseres Immunsystems auf Krankheitserreger, denn Personen mit einem bestimmten Neandertaler-Gen auf dem dritten Chromosom leiden häufiger und schwerer an Covid 19. Diese erhöhte Empfindlichkeit gegenüber virusbedingten Atemwegs-Infektionen könnte auch der Grund für das Aussterben des Neandertalers gewesen sein – vielleicht sogar infolge von Ansteckungen durch den Homo sapiens.

FANATISMUS

Katar soll radikale Moslemgruppen in Deutschland finanzieren

Rechercheteam deckt Millionenspenden an sinistre Moschee-Vereine auf – Das Emirat weist jede Verantwortung von sich

Das Emirat Katar ist der weltweit größte Lieferant von Flüssigerdgas. Dieses soll ab 2024 auch nach Deutschland gehen. Damit besteht die reale Gefahr, dass die Bundesrepublik künftig den islamischen Extremismus, wenn nicht gar Terrorismus auf eigenem Boden mitfinanziert. Denn Katar zählt zu den potentesten Geldgebern von radikal-islamischen Organisationen wie der Muslimbruderschaft, deren geistiger Führer Yusuf Abdallah al-Qaradawi bis zu seinem Tode am 26. September in der katarischen Hauptstadt Doha residierte. Die Regierung von Scheich Chalid bin Chalifa bin Abd al-Aziz Al Thani unterstützt höchstwahrschein-

lich auch zwei Moschee-Vereine in Berlin, die laut dem Landesverfassungsschutz den Muslimbrüdern nahestehen.

Über dieses mutmaßliche Sponsoring berichtete ein dreiköpfiges Investigativ-Team der ARD-Politikmagazine „Kontraste“ und „report München“ sowie der „Zeit“. Die Journalisten werteten Dokumente wie Zahlungspläne und Dankschreiben aus, welche darauf hindeuten, dass die von Mitgliedern des katarischen Herrscherhauses kontrollierte Organisation Qatar Charity sowohl die Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) samt dazugehöriger Dar-as-Salam-Moschee als auch das Interkulturelle Zentrum für Dialog und

Bildung (IZDB) im Wedding mitfinanziert. Im letzteren Fall sollen schon mindestens sechs Millionen Euro geflossen sein. Das zeigt eine Aufstellung der angekündigten Spenden von Qatar Charity an das IZDB von 2012 bis 2016.

„Möge Gott ihre Taten belohnen“

Und auch für die Finanzierung der NBS präsentierte das Rechercheteam schlüssige Belege. Dazu gehört ein Video der katarischen Wohltätigkeitsorganisation, in dem der Imam der Dar-as-Salam-Moschee, Mohamed Taha Sabri, sich mit folgenden Worten an den Qatar-Charity-Abgesandten Scheich Ahmed Hammadi

wendet: „Diese Moschee wurde im Jahre 2007 – Gott sei es gedankt – mit der Hilfe und der Übernahme des Großteils der Kosten durch Menschen aus Katar erworben. Möge Gott ihre Taten belohnen.“ Dennoch stritt Sabri, der 2015 mit dem Verdienstorden des Landes Berlin geehrt wurde, jegliche Zahlungen aus dem Ausland ab, während das IZDB überhaupt nicht auf Anfragen zu den Spenden von Qatar Charity reagierte.

Ebenso wollen die Journalisten Hinweise auf weitere Zahlungen an extremistusverdächtige sunnitische Moscheevereine in Hamburg, Frankfurt am Main, Essen, Ulm, Bielefeld, Offenbach, Heidel-

berg und München gefunden haben. Mit ihren Erkenntnissen konfrontierten sie dann den katarischen Außenminister Mohammed bin Abdulrahman bin Jassim Al Thani im Rahmen eines Exklusivinterviews. Doch das Mitglied der Herrscherfamilie des Golf-Emirats antwortete nur lakonisch: „Ich habe wirklich keine Ahnung von den Moscheen der Muslimbruderschaft in irgendeinem Land oder irgendeiner Stadt in Europa.“ Außerdem versicherte er, die katarischen Wohltätigkeitsorganisationen würden „in voller Übereinstimmung mit den Regierungen“ des Westens arbeiten und die Gesetze Deutschlands respektieren. W.K.



MEMEL

Schutz des LNG-Terminals verstärkt

Nach Gaslecks an Nord-Stream-Pipelines – Die Furcht vor einem Sabotageakt wächst

VON BODO BOST

Die vier Lecks in den beiden Ostseepipelines seien „vorsätzlich“ und nicht durch einen Unfall entstanden, das erklärten die europäischen Staats- und Regierungschefs sowie die NATO. Dies hat in Litauen Sorgen um die Sicherheit der größten Flüssiggashafenanlage des Baltikums in Memel ausgelöst. Litauische Experten weisen darauf hin, dass die Anlage in Memel zwar auch ein potentielles Ziel für Sabotage sei, die Regierung aber außerordentliche Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreife. „Aus militärischer Sicht ist jede derartige Anlage mit einem hohen Risiko behaftet und muss militärisch und geheimdienstlich überwacht werden. Sie ist ein Ziel für alle militärischen Gegner“, so der Energieexperte Saulius Kutas gegenüber LRT.lt.

„Risiko von Luftangriffen auf das Terminal sollte angegangen werden“

Der Fall des LNG-Terminals in Memel unterscheidet sich jedoch von dem Vorfall auf See vor den Küsten Schwedens und Dänemarks. „Ich würde nicht denken, dass es eine solche Bedrohung wie auf offener See gibt. Es ist schwierig, von den internationalen Gewässern und der geschlossenen Memeler Bucht zum Hafen zu gelangen“, sagte Kutas über das Terminal im Kurischen Haff vor der Küste von Memel. „Das Risiko von Luftangriffen auf das Terminal sollte angegangen werden“, fügte er jedoch hinzu.

Klaipėdos Nafta, das staatliche Unternehmen, welches das Terminal verwaltet, wies darauf hin, dass die Sicherheitsvorkehrungen für die gesamte Infrastruktur des Unternehmens bereits erhöht wurden, nachdem Russland im Februar den Einmarsch in die Ukraine begonnen hatte. Seit Beginn des Krieges werden die in Memel ankommenden LNG-Tanker von den Seestreitkräften und der litauischen Polizei, der Anti-Terror-Einheit Aras, eskortiert. Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas er-



Soll laut litauischen Politikern stärker bewacht werden: Der Flüssiggastanker „Independence“

Foto: pa

klärte den litauischen Medien, dass es immer Sicherheitsübungen deswegen gebe. Der Minister wollte sich nicht zu den Bedenken äußern, dass das LNG-Terminal in Memel unter Wasser nicht geschützt sein könnte. „Ich werde nicht sagen, was gesichert wird, was getan wird. Auf jeden Fall ist das, was getan werden muss, getan worden“, versicherte er. Auch die Angriffe auf die Nordsee Pipelines waren unterirdisch erfolgt, mit einem hohen militärischen Sachwissen.

LNG-Terminal in Memel versorgt das gesamte Baltikum mit Erdgas

Die in der Öffentlichkeit geäußerten Befürchtungen, dass das Terminal besser geschützt werden sollte, sind nicht neu. Das Thema wurde bereits während des Baus des Terminals in den Jahren 2012 bis 2016 im Parlamentsausschuss für natio-

nale Sicherheit und Verteidigung diskutiert. Artūras Paulauskas, der den Vorsitz des Ausschusses innehatte, erinnerte daran, dass in Memel eine Sondereinheit des Öffentlichen Sicherheitsdienstes (VST) zum Schutz des Terminals eingerichtet wurde. Das Hauptproblem, das erörtert wurde, sei die Tatsache, dass der Unterwasserbereich anfällig ist. Der Ausschuss habe deshalb das Militär mit der Unterwasserüberwachung beauftragt.

Innenministerin Agnė Bilotaitė ging ihrerseits nicht näher darauf ein, wie der Schutz des Terminals in Memel unter Wasser gewährleistet wird. Sie sagte jedoch, dass der Staat alle notwendigen Schutzmaßnahmen ergreife. Auch Norwegen, der derzeit größte Gaslieferant Europas auch für den LNG-Hafen in Memel, hat nach der mutmaßlichen Sabotage der Nord-Stream-Gaspipelines in der

Ostsee angekündigt, die Sicherheit seiner Erdgasanlagen zu verstärken. Unbemannte Flugzeuge hatten die Plattformen einer Ölgesellschaft in norwegischen Gewässern kürzlich überflogen.

Der LNG-Tanker „Independence“ ist die Hauptanlage des LNG-Terminals Memel, dieser Tanker ist eines der wichtigsten Objekte für die Energiesicherheit der drei baltischen Staaten. Das schwimmende Lager ist ein völlig autonomes Schiff mit einer speziell entwickelten Regasifizierungsanlage und anderen Ausrüstungen, die für die Funktionen des LNG-Terminals erforderlich sind. Das in flüssiger Form in Tankern ankommende Gas wird in diesen Anlagen in einen gasförmigen Zustand zurückverwandelt und durch eine Pipeline in die Hauptgasleitung Litauens und des Baltikums gepumpt.

MELDUNGEN

Provisorischer Zugang

Heilsberg – Wer derzeit das Schloss der ermländischen Bischöfe in Heilsberg besichtigen will, muss den Zugang auf ungewohntem Wege suchen. Bisher führte der Weg von der Vorburg zum Schloss über eine breite hölzerne Brücke, die den Burggraben überspannte. Diese wurde abgerissen und soll in einigen Monaten durch eine neue ersetzt werden. Dann werden im ehemaligen Burggraben auch die Gärten des letzten auf der Burg residierenden Bischofs Ignacy Krasicki wiederhergestellt. Bis zum Neubau der Brücke führt an der südwestlichen Ecke des Schlosses eine provisorische hölzerne Treppe von der Ebene des Burggrabens zum Schloss hinauf. Diese sei bequem und sicher, versichert das Museum von Ermland und Masuren, das die Burg verwaltet. Für Menschen, die nicht gut zu Fuß sind, ist ein Besuch des Schlosses momentan ein schwieriges Unterfangen. U.H.

Wahl ohne Überraschung

Königsberg – Am 16. September wurde Anton Alichanow als Gouverneur des Königsberger Gebiets bestätigt. Er erhielt 259.220 Stimmen, was einem Anteil von 80,21 Prozent entspricht. Die Wahlbeteiligung war mit 38,51 Prozent die niedrigste in der Geschichte der Gouverneurswahlen im Gebiet. In Königsberg lag die Wahlbeteiligung sogar bei nur 24,06 Prozent. Für Alichanow stimmten lediglich 17,5 Prozent der dort Wahlberechtigten. Es hatte keinen Wahlkampf und keine sichtbare Wahlwerbung gegeben. Mehrere große Plakatwände zeigten den Kandidaten der Liberaldemokratischen Partei, Jewgenij Mischin. Er kam auf den zweiten Platz mit sechs Prozent. An dritter Stelle lag Maxim Bulanow vom regionalen Komitee der Kommunistischen Partei, mit 4,88 Prozent. Alichanow erhielt mit 89,7 Prozent die höchste Unterstützung im Bezirk Gumbinnen. J.T.

KÖNIGSBERG

Fest auf dem Pregel zum 350. Geburtstag Peters des Großen

Museen erinnerten an den Aufenthalt des Zaren in der Pregelmetropole während dessen „Großer Gesandtschaft“ von 1697

Das erste „Wasserfestival“ nach den Corona-Beschränkungen in den vergangenen zwei Jahren hat auf dem Pregel anlässlich des 350. Geburtstages von Peter dem Großen stattgefunden. Neben einem farbenfrohen Wasserspektakel wurde der Kulturen und historischen Epochen der Stadt gedacht.

Da Peter der Große während seiner „Großen Gesandtschaft“, einer Reise, auf der er in einer Gruppe ausgewählter Begleiter inkognito in den Westen reiste, einige Zeit in Königsberg verbracht und dort mit Interesse die Entwicklung des Militärwesens und die preußische Festungserfahrung beobachtete, lautete das propagandistisch wirkende Motto angesichts des Ukraine-Konflikts: „Sei wie Peter!“

Am 7. Mai 1697 war die Moskauer Große Gesandtschaft in Königsberg eingetroffen, der Zar Peter I. unter dem Namen Peter Michajlow angehörte. Die Gesandt-

schaft reiste weiter nach Österreich, Sachsen, Brandenburg, Holland und England. Da Peter der Große heimlich in Königsberg

eintraf, wurde er nicht im Schloss, sondern in einem Privathaus auf dem Kneiphof untergebracht. Am 9. Mai traf der Zar mit

dem damaligen Kurfürsten von Brandenburg, Friedrich III., zusammen, der bald der erste preußische König werden sollte. Am 22. Juni verließ Peter Königsberg in Richtung Pillau, von wo aus er nach Holland segelte. Einige Jahre später wurde mit dem Bau von Festungen auf der Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen begonnen. Ihr Entwurf wurde vom Zaren persönlich gebilligt und ähnelte in seinem Aufbau stark der Festung Friedrichsburg, die Peter in Königsberg eingehend besichtigt hatte.

Generell gefiel dem russischen Zaren die Entwicklung des Militärwesens in Preußen und er ließ eine Gruppe von Soldaten des Preobraschenskij-Regiments in Königsberg zurück, die sich hier zu Bombenschützen ausbilden ließen. Heute ist die Festung Friedrichsburg eine der Außenstellen des Ozeanmuseums.

Mit dem Fest auf dem Pregel beabsichtigt die Stadt Königsberg, maritime Tradi-

tionen und die Geschichte der Stadt im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten. Das diesjährige Festival wurde von der Gebietsregierung und der Königsberger Stadtverwaltung unterstützt. Die Festveranstaltungen fanden auf dem Pregel entlang der gesamten Länge des Museumsdamms von der doppelstöckigen Brücke bis zum Gebäude des „Planet Ozean“ statt. Das Ozeanmuseum öffnete seine Türen für interaktive Plattformen, Ausstellungen und Führungen. Am Friedrichsburger Tor wurde eine Ausstellung über die Reformen Peters des Großen und seiner Zeit gezeigt.

Auf dem Pregel führen Formationen der historischen Schiffe des Ozeanmuseums und „Flyboarder“ zeigten ihr Können. Die Parade historischer Schiffe auf dem Pregel wurde vom jungen Peter, der in einem Boot segelte, angeführt.

Jurij Tschernyschew /MRK



Aktivitäten auf dem Wasser: Auf dem Pregel zeigten Sportler ihr Können

Foto: J.T.



Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

ZUM 106. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober

Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober

Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober

Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober

Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dieckmann, Margarete, geb. **Kebbedies**, aus Taabern, Kreis Mohrunen, am 18. Oktober

Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober

Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober

Thiel, Lieselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

Wieden, Ruth, geb. **Ridorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober

Murner, Edith, geb. **Tempel**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Oktober

Ziegler, Ursula, geb. **Staschik**, aus Lötzen, am 20. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hammermeister, Werner, aus Görken, Kreis Mohrunen, am 17. Oktober

Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

Schenk, Christel, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Böhnke, Meta, geb. **Bux**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

Grubert, Karl, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober

Hanke, Elfriede, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Oktober

Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

Milani, Maria-Theresia, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober

Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartosik, Werner, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Bublies, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

Dusella, Robert, aus Reinchensee, Kreis Lötzen, am 15. Oktober

Fahl, Hans, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober

Galensa, Irma, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober

Glembotzki, Emil, aus Schwansee, Kreis Lötzen, am 18. Oktober

Glowatz, Werner, aus Mulden, Kreis Lyck, am 17. Oktober

Hampel, Edith, geb. **Buttgereit**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober

Klages, Ursula, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

Koch, Frieda, aus Kurschen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Oktober

Labeschautzki, Heinz, aus Ebenrode, am 17. Oktober

Pohlentz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrunen, am 19. Oktober

Riedel, Githa, aus Lyck Insel, am 20. Oktober

Wasselowski, Klara, geb. **Krauss**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brock, Gerda, geb. **Olomski**, aus Neidenburg, am 15. Oktober

Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Gehlhaar, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober

Jankuhn, Jürgen, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Oktober

Karweik, Elfriede, geb. **Czwalinna**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober

Knüppel, Christel, geb. **Skrodulis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

Pogodda, Lieselotte, geb. **Dierks**, aus Treuburg, am 14. Oktober

Polkowski, Ruth, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Schwamborn, Betty, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober

Schulera, Elsbeth, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

Truglowski, Erich, aus Koschainen, Kreis Mohrunen, am 14. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blättermann, Gertrud, geb. **Lunk**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Kuhlmann, Waltraud, geb. **Kowalzik**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober

Reinhardt, Gerhard, aus Wehlau, am 20. Oktober

Stramm, Herbert, aus Gubitten, Kreis Mohrunen, am 20. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. **Sbresny**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Oktober

Benten, Erna, geb. **Birk**, aus Karnitten, Kreis Mohrunen, am 19. Oktober

Buchholz, Ingeborg, geb. **Glowatz**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Fenske, Annemarie, geb. **Hagel**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Grabowski, Ella, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober

Gronowski, Waltraud, geb. **Dorhs**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober

Lamczyk, Elfriede, geb. **Rosa**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Müller, Eva, geb. **Bähr**, aus Mohrunen, am 18. Oktober

Przetak, Elfriede, geb. **Sadlowski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober

Schippel, Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 19. Oktober

Schlüter, Irmgard, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

Scholz, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 16. Oktober

Winkels, Gertrud, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Zieziulewicz, Käte, geb. **Sche-rotzki**, aus Thomken, Kreis Lyck, am 20. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blech, Käthe, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober

Brodersen, Ursel, geb. **Okunek**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Danielzik, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 19. Oktober

Frieß, Annemarie, geb. **Smick**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Heusel, Renate, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Hofer, Horst, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober

Kopat, Ernst, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober

Krause, Waltraud, geb. **Rudatus**, aus Walden, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Krüger, Renate, geb. **Weylo**, aus Lyck, am 20. Oktober

Laskawy, Horst, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 20. Oktober

Latona, Ruth, geb. **Lasarsch**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

Merz, Gisela, geb. **Kallweit**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Minton, Otto, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

Palis, Kurt, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober

Pieczonka, Ursula, geb. **Heidasch**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober

Sallach, Irmgard, geb. **Rogowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Soboll, Gustav, aus Bobern, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Stuckmann, Ilse, geb. **Fuchs**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Oktober

Wienand, Helga, geb. **Lasarzewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 19. Oktober

Wodka, Manfred, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 14. Oktober

Wullschläger, Inge, geb. **Seiffert**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Backhaus, Gudrun, geb. **Judtka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober

Fiedler, Adolf, aus Wehlau, am 17. Oktober

Grubert, Hannelore, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Mantell, Susanne, geb. **Schackwitz**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober

Markus, Brigitte, geb. **Pfingsten**, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober

ANZEIGEN

Am Amtsgericht in Szczytno läuft folgendes Verfahren auf Antrag von **Brigitte Taday**, unter AZ Ins 387/21 über den Erbschein des Verstorbenen **Fryc Godlinski**, geb. am **23.4.1929 in Daby**, zuletzt mit ständigem Aufenthalt in Tylkowo (Scheufelsdorf), verstorben am 10.1.2018 in Tylkowo. Im Moment des Todes war er ledig. Der Verstorbene fertigte ein notariell beglaubigtes Testament an. Das Gericht lädt Erben ein, Kinder des Verstorbenen oder ihre Deszendenten, Geschwister des Verstorbenen oder ihre Deszendenten, damit sie sich im Laufe von drei Monaten ab dem Tag der Anzeigenveröffentlichung beim hiesigen Gericht melden, um ein Erbrecht zu beweisen, anderenfalls können sie nicht im Verfahren über ein Erbrecht berücksichtigt werden.

Am Amtsgericht in Szczytno läuft folgendes Verfahren auf Antrag von **Brigitte Taday**, unter AZ Ins 387/21 über den Erbschein der verstorbenen **Malgorzata Marks**, geb. am **2.11.1929 in Tylkowo (Scheufelsdorf)**, zuletzt mit ständigem Aufenthalt daselbst, verstorben am 27.04.2021 in Tylkowo. Im Moment des Todes war sie ledig. Die Verstorbene fertigte ein notariell beglaubigtes Testament an. Das Gericht lädt Erben ein, Kinder der Verstorbenen oder ihre Deszendenten, Geschwister der Verstorbenen oder ihre Deszendenten, damit sie sich im Laufe von drei Monaten ab dem Tag der Anzeigenveröffentlichung beim hiesigen Gericht melden, um ein Erbrecht zu beweisen, anderenfalls können sie nicht im Verfahren über ein Erbrecht berücksichtigt werden.

Goldap-Kalender 2023

Der Goldap-Foto-Kalender ist ab sofort lieferbar, 10,95 Euro + Versand, Bestellungen unter E-Mail: verkauf@goldap.de, Telefon (04142) 3552 und Mittwochnachmittag unter Telefon (04141) 7977537, Bestelladresse: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelderstraße 44a, 21680 Stade



GOLDAP
Kalender 2023

Aktivitäten für Kinder ab acht Jahren

Elmshorn – Die Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ bietet am 29. Oktober, 10 bis 12 Uhr: **Flachdruck für Kinder ab acht Jahren** an. Weitere Informationen unter Telefon (04121) 61726 bei Susanne Berger. Anmeldung erbeten unter Dittchenbühne, Telefon (04121) 89710, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn.



Lüneburg – Naturschönheit im Aquarell – Kinder malen Landschaften bietet das Ostpreußisches Landesmuseum im Herbstferienprogramm für Kinder von acht bis zwölf Jahren mit Luisa Schubert, vom 25. bis 28. Oktober, jeweils von 13.30 bis 16.30 Uhr, 5,- Euro pro Tag, Teilnahme an einzelnen oder allen Tagen möglich, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.



Kenkies, Joachim, aus Lyck, am 14. Oktober

Klein, Edelgard, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

Kulesa, Dieter, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 17. Oktober

Nitsch, Horst, aus Ortelsburg, am 14. Oktober

Wolf, Ilka, geb. **Spilgies**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

Wunder, Dr. Robert, aus Königsberg, am 17. Oktober

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen,
Buchtstraße 4,
22087 Hamburg

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de/
Internet: www.ostpreussen.de/
lo/seminare.html

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg
Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Historiker-Workshop

Landesgruppe – Freitag, 21., bis Sonntag, 23. Oktober, Stuttgart: Historiker-Workshop „Ostpreußen – nach 1945?“ Wer Lust hat sich der jungen Ostpreußengruppe anzuschließen meldet sich einfach per E-Mail: a.borm@low-bw.de.



Bayern
Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de
Bayern

Vortrag eines Eisenbahners

Ansbach – Sonnabend, 15. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Treffen der Mitglieder. Rainer Claaßen berichtet über Lebensstationen eines Eisenbahners: Von Württemberg nach Ostpreußen.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Termin und Bericht

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 22. Oktober: Treffen der LOW Hessen.

Nach einer langen Sommerpause war unser Septembertreffen mit 18 Teilnehmern gut besucht.

Nach einer Begrüßungsrunde und Lyrik informierte uns Reiner Buslaps über wiederentdeckte Wandgemälde in der ehemaligen Stadthalle, heute Stadttheater in Insterburg, die man für die Nachwelt aufarbeiten und erhalten will. „Insterburg wird wohl um eine Sehenswürdigkeit reicher. Restauratoren aus St. Petersburg haben in der ehemaligen Stadthalle Fragmente von Wandmalereien entdeckt. Diese wurden in der Zeit von 1936 bis 1939 von Eduard Bischoff (1890-1974) geschaffen, der Professor für Malerei an der Kunstakademie Königsberg war.“

Jürgen Pantel wies darauf hin, dass die Stadt Krefeld am 26. September 1953 die Patenschaft für die Kreisgemeinschaft Insterburg übernommen hat und am 29. Oktober das 70. Jahreshaupttreffen in Krefeld stattfinden wird.

Was ist Ostpreußen? Diese Frage stellte Renate Buslaps zu einem Vortrag. Ist es ein Land in der Republik Polen? Ein Stück deutsche Geschichte, so ungeliebt wie der Rest? Ostpreußen ist ein Teil Deutschlands, ähnlich wie die Pfalz, Westfalen oder auch das Elsass, und wurde seit dem 14. Jahrhundert von Deutschen besiedelt. Durch Flucht und Vertreibung 1945 und infolge Willkürbrutalität sind etwa zwei Millionen Ostpreußen in aller Welt verstreut. Der allergrößte Teil in der Bundesrepublik Deutschland.

Hanna Schink berichtete gemeinsam mit ihrer Tochter Kerstin über eine Fahrt in ihre Heimatstadt Königsberg. Sie berichtete, dass sie an der Grenze zum Königsberger Gebiet und in Königsberg keine Probleme hatten, obwohl die Bundesrepublik Deutschland keinem Russen ein Visum erteilt und diese nicht in Deutschland einreisen dürfen. Diese Worte lösten eine lang anhaltende Diskussion aus.

Der Insterburger Dietrich Pauli gab in seinen Vorträgen dem ost-

preußischen Dialekt den Vorrang – und das sehr gekonnt; besonders aus dem ostpreußischen Wörterbuch. Eine kurze Information über den Ablauf des Ostpreußen-Treffens in Wolfsburg gab Reiner Buslaps.
Christian Keller

Vortrag

Wetzlar – Dienstag, 18. Oktober, 11 Uhr, Gaststätte Matchball, Tennisplatz im Bodendorf, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: Lichtbildvortrag von Wolfgang Post, Herborn, zum Erntedank.

25. Landestreffen

Schwerin – Nach zwei vergeblichen Anläufen in der Corona-Zeit wurde es ein rauschendes Jubiläumsumfest – das 25. Landestreffen der Ostpreußen am 24. September in Schwerin – zugleich das 30-jährige Jubiläum der Ostpreußen-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern. Mit über 1000 Besuchern war die Sport- und Kongresshalle wieder gut gefüllt. Hochkarätige Gäste gaben sich die Ehre, so der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, S.E. Ramūnas Misiulis, die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Stefanie Drese, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, sowie die Vertreter der ostpreußischen Heimatkreise Gumbinnen, Ebenrode/Stallupönen, Heilsberg, Memel, Tilsit und andere. Ein Bus kam nicht nur aus An-

Kulturhistorisches Seminar über Ost- und Westpreußen

Ost- und Westpreußen – Land, Geschichte, Kultur lautet das Thema des diesjährigen Kulturhistorischen Seminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 5. bis zum 8. November in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Seminars stehen Vorträge über die ehemalige Reichsstraße 1, über die deutsche Bevölkerung in der Zweiten Polnischen Republik. über Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in der Freien

Stadt Danzig, über den Verein zur Erhaltung und Förderung der Zucht des Trakehner Pferdes, über Symbolische Ereignisse am Königsberger Dom, über Immanuel Kant, über die Ostseehäfen Danzig und Gdingen in der Zwischenkriegszeit und über die Jagd in Ostpreußen.

Die Referenten sind Jörn Pekrul, Dr. Beata Dorota Lakeberg, Dr. Bennet Brämer, Dr. Martin Mehrkens, Lars Fernkorn, Dr. Tim Kunze, Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Horst Buschalsky.

Die Seminargebühr beträgt 150,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen Peter Wenzel, Buchstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-25; Fax (040) 414008-19; wenzel@ostpreussen.de

klam und Neubrandenburg, sondern auch aus Stendal und Osterburg in der Altmark. Über 150 Besucher waren erstmals dabei. Denn die Landesgruppe der Ostpreußen hatte zum Jubiläum kräftig eingeladen und ein opulentes Non-Stop-Programm vorbereitet. 100 Landsleute aus den Republiken Polen und Litauen brachten musikalische Grüße direkt aus der Heimat mit. Die Schweriner Blasmusikanten umrahmten diesen Tag, der den Ostpreußen und Gästen von nah und fern viel zu geben hatte. Seit 1996 finden diese Landestreffen jährlich wechselnd auch in Rostock und Neubrandenburg statt. Organisiert werden sie von

einem 30-köpfigen ehrenamtlichen Helferkreis. Sie hatten die große Sport- und Kongresshalle Schwerin bereits tags zuvor mit leuchtenden Sonnenblumen und den Schildern der 40 ostpreußischen Heimatkreise festlich ausgeschmückt. An der Stirnwand prangte das Trakehner Tor und über der Bühne ein Paneel des berühmten Bernsteinzimmers aus Sankt Petersburg.

Friedhelm Schülke



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bericht

Essen – Nach der Sommerpause haben wir uns am 16. September wieder getroffen. Obwohl vorher alle rüstigen Mitglieder angerufen

wurden, waren wir nur zehn Personen. Deshalb waren auch die Berichte unserer Mitglieder recht dürftig.

Aus unserer Gruppe konnte der Vorsitzende berichten, dass unser leider im Mai verstorbenes Mitglied Manfred Gawrisch nicht nur ein treues Mitglied und langjähriger Schatzmeister, sondern auch ein begabter Holzbastler war. Als besonderes Werk konnte er ein Bild einer funktionierenden Holzpendeluhr zeigen.

Dafür waren die Berichte aus der Heimat sehr erfreulich. Eine besondere Ehrung hat Ilse Masuch erfahren, die mit dem Anna Wasa Preis der Evangelisch Augsburgischen Kirche Polens ausgezeichnet wurde. Masuch ist die erste Deutsche, die diesen Preis erhalten hat. Eine weitere Ehrung hat Frank Lothar Krawolitzki aus Rastenburg mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft und der Übergabe des Stadtschlüssels erfahren. Beide, Masuch und Krawolitzki, sind für ihren Einsatz zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden für Ostpreußen und die Versöhnung.

Fortsetzung auf Seite 16



Großes Finale: Choraufgebot zum Landestreffen in Schwerin

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Dass die polnische Regierung die Mittel für den Deutschunterricht der Kinder der Deutschen Minderheit drastisch gekürzt hat, wurde mit Empörung zur Kenntnis genommen und bedauert, dass die Außenministerin Annalena Baerbock sich bisher nicht für die Deutsche Minderheit eingesetzt hat. Unsere Versammlung war schnell vorbei, und wir freuen uns auf das Erntedankfest am 21. Oktober und hoffen, dass wir dann wieder vollständig sein werden. Gleichzeitig wollen wir an den Tag der Heimat 2022 erinnern.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.
Flensburg – Dienstag, 18. Oktober, 12 Uhr, TSB-Heim Eckener Straße: Tag der Heimat mit Wrukenessen und Vortrag von Bärbel Hansen aus Tellingstedt.

In diesem Jahr konnten die Vereinigten Landsmannschaften wieder das Erntedankfest zusammen mit der ev. Kirchengemeinde St. Michael in Flensburg feiern und so nach coronabedingten Ausfällen diese langjährige Gepflogenheit am 2. Oktober fortsetzen. In der mit den Früchten des Feldes und der

Nachruf auf Otto Tuschinski

Am 2. Oktober 2022, dem Vortag des Tags der Deutschen Einheit, ist Otto Tuschinski im Alter von 89 Jahren verstorben.

Otto Tuschinski ist 1933 in Allenstein geboren, wo er bis zu seinem Tod gelebt hat. Er war 1945 Zeitzuge der Eroberung Allensteins durch die Rote Armee. Als junger und erfolgreicher Mann absolvierte er die Allensteiner Fachschule für Bauwesen. Zunächst hatte er den Militärdienst in Allenstein abgeleistet und war dann zwölf Jahre lang Zivilmitarbeiter beim Militär. Anfang der 60er Jahre arbeitete er als sozialer Boxlehrer im Club Budowlani. 1962 wurde er Boxtrainer, ab 1966 arbeitete er im Club. Sein Engagement hat sich gelohnt, weil sein Sportverein schnell in die Zweite Liga aufstieg. Tuschinski war nicht nur in Allenstein, sondern auch in Hindenburg tätig und sehr bekannt. Bald erhielt er den Titel „Bester Boxtrainer“. Zusammen mit Felix Stamm schulte er die polnische Olympiamannschaft. Tuschinski war ein zurückhaltender Mensch, er war nicht auf billige Popularität

bedacht. Er spendete dem Allensteiner Rapacki-Sportmuseum seine Erinnerungstücke sowie seine sportlichen Trophäen. Herr Tuschinski wurde unter anderem mit dem Abzeichen „Verdient für Ermland und Masuren“ ausgezeichnet sowie 2019 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen.

So ein Vereinsmitglied ist Gold wert. Er galt als eines der Gesichter der AGDM und der deutschen Volksgruppe in Allenstein. Sehr gerne führte er Gäste durch die Stadt und empfing sie im Haus Kopernikus. Ihm war es stets wichtig, andere darauf hin-

zuweisen, dass das Deutschtum in uns Menschen aus Ermland und Masuren immer anwesend war, ist und bleibt. Er war ein aktives Vorstandsmitglied der AGDM in den Jahren 2007 bis 2019. Tuschinski hat sehr großen Wert darauf gelegt, die guten Beziehungen zu allen Menschen und Organisationen zu pflegen.

Er bleibt uns in Erinnerung als ein bedeutender, wertvoller und mutiger Mensch, der sich stets engagiert hat, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern. Immer lächelnd und fröhlich half er da, wo Hilfe nötig war.

Damian Wierzchowski



2019 mit dem Silbernen Ehrenzeichen geehrt: Otto Tuschinski (l.)

Gärten geschmückten Kirche leitete Pastor Sander den gut besuchten Gottesdienst und stellte seine Predigt unter den Gedanken „Was braucht ein Mensch zum Leben?“ Begleitet wurde der Gottesdienst vom Kirchenchor. Im Anschluss

wurde im Gemeindesaal gemeinsam Rübenmus gegessen, und es wurden Gedanken ausgetauscht. Der Vorsitzende der VLM dankte Sander und der Kirchengemeinde, dass diese Tradition wieder aufleben konnte sowie für das

schmackhafte Essen, verbunden mit der Hoffnung auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr. Sander dankte besonders für die Teilnahme der VLM, auch er hoffe auf eine Fortsetzung der Veranstaltung.

Hans Legies



Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amseistraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Unser Kreistreffen

Burgdorf – Das diesjährige Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft fand wie geplant in Burgdorf statt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit den Kreistagsmitglieder hielten wir unsere Kreistagsitzung ab.

Am Abend startete unser traditioneller Matjesabend, zu dem wieder über 40 Teilnehmer kamen. Es herrschte eine lockere familiäre

Atmosphäre. Am Sonnabend wurde der Veranstaltungssaal geöffnet.

Die langjährige Sitzordnung hatten wir wegen der kleineren Runde verändert. Es gab lange gemütliche Tafeln, an denen alle Teilnehmer als große ostpreußische Familie zusammen sitzen konnten.

Im Saal war eine Ausstellung zum Thema „Elche in Ostpreußen“ aufgebaut. Es gab außerdem einen Verkaufstisch mit Publikationen der Kreisgemeinschaft, antiquarische Büchern, Honig, Bärenfang und anderen Kleinigkeiten.

Im Laufe des Vormittags brachte ein Bus alle Besucher des Kreistreffens zum Gedenkstein im Burgdorfer Stadtpark. Dort legten wir einen Kranz nieder, die Gedenkrede hielt Brunhilde Schulz. Danach folgte im Veranstaltungssaal unsere jährliche Mitgliederversammlung. Am Nachmittag gab es ein buntes Programm mit Sketchen und ostpreußischen Späßen. Der Abend wurde mit Planchandern und fröhlichem Beisammensein verbracht.

Der Sonntag begann mit einem Platzkonzert der Schützenkapelle Gehrden, die auch einige Stücke des Zintener Landmannes Hans

Zusendungen für die Ausgabe 43/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 43/2022 (Erstverkaufstag 28. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 18. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Rätsel

Gewächs mit olivgrünen Früchten	Stromübergangsteiler	unzugänglich machen	Labyrinth	Zweikampf	Abneigung	Leid, Not	dt. Komponist (Johann Sebastian)	Volk, polit. Gemeinschaft	ein Raum im Haus	Papstname	Fluss zur Seine	blütenlose Wasserpflanze	Ruheständer, Pensionär
afrik.-asiat. Raubkatze			Gruppe von Säugtieren		die Nutzung tierischer Produkte ablehnend		franz. Johann-Nisbeberlikör		Sportler				gekauften Waren bringen, zustellen
Berufsvereinigung, Zunft		richtiggehend (ugs.)							im Zaum halten				
			großer Greifvogel		Bundesstaat der USA		Stadt am oberen Kocher	Sichler		Postsendung		Geschäft, Firma	
Verzierer		engl. Adelstitel: Graf			vollendet				Wohlgeschmack, -geruch	zittern			
dt. Bundeskanzler (Willy)				bargehlöser Zahlungsverkehr		Teil von Vietnam				Längsrinne, Rille			
		waagrecht absetzen, platzieren				Begleitmannschaft	männliches Haustier	alpha-betisches Verzeichnis					
Staat in Südostasien	Scheitelpunkt					Friseur-, Mode-, Kosmetikgeschäft	Muse der Liebesdichtung			Frauenname; Buch im A. T.			kleinlich auslegen
Längenmaß			gepflegte Grünfläche					Luftleitblech am Auto	Seidengewebe	Gegner			
				große Ansicht						eine Baitin			ragam und wendig
	germanischer Donnergott	organischer Müll	künstliche Lichtquelle					Schwermetalle	nicht neues Gebäude				
	Behältnis für Backwaren					Weltorganisation (Abk.)	Glücksspiel, Auslösung		Pelz russischer Eichhörnchen		bayerisch: Schlitten		
	leise (Musik)	Übriggebliebenes	franz. Schauspieler (Isabelle)	Laubbaum, Ruster				verblüht, vertrocknet	Unhold der nordischen Sage				
	Roman von Anet					Kleider-, Mantelstoff		Tennis: Spiel zw. zwei Gegnern	Werk von Homer	luftig, windig	durchsichtige Farbschicht		Brutstätte
									früherer Lanzenreiter				
	genau, gerade da		italienische Hauptstadt	Aktion, Handlung	US-Filmstar und Rapper: ... Smith				US-Bürgerrechtler (Martin Luther)		chemisches Zeichen für Selen		
	Bettpolster	asiatischer Halbesel						scherzhaft: Ahnung					
	äußerste Grenze (englisch)				Bindevort				breiter Riemen				

Schüttelrätsel

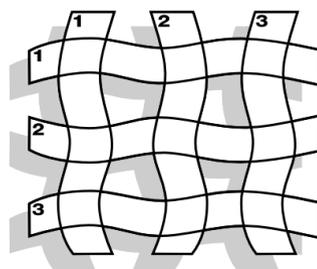
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BFFLU	ALRY	AEHPS	EGLOV	AIPR	ABER	AELN
			ALOP			
AAHL		AABB EG				
EEFI						
NRRS						
ADEF			AILR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine bildende Künstlerin.

1	BLAU					PILZ
2	REGEN					MANN
3	HOCKEY					RAND
4	GRAU					HAFT
5	NACHT					LOGE
6	LACHS					JAGD
7	WALD					LOS



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 feierlicher Empfang
- 2 durchsehen
- 3 Ersuchen, Bitte um Auskunft

Heimatkreisgemeinschaften

Hartwig darboten. Der Höhepunkt unseres Treffens war die festliche Feierstunde mit der Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz. Die Schützenkapelle spielte das Ostpreußenlied. Es folgte die Totenehrung durch Arnold Hesse. Die Festansprache hielt Viola Reyentanz zum Thema „Heimat aus der Sicht einer Nachgeborenen“.

Ausnahmslos alle Besucher waren sich einig, dass dieses Treffen wieder sehr gelungen war. Die familiäre herzliche Atmosphäre wurde oft gelobt. Alle freuen sich auf das Treffen im nächsten Jahr, dass vom 8. bis 10. September 2023 wieder im Hotel „Haase“ in Burgdorf stattfinden wird. V.R.

Insterburg-Stadt / Land

Kreisvertreter: Andreas Heiser, Schlicker Weg 27, 42659 Solingen, Telefon (0212) 811013, andreasheiser@arcor.de. **Gst.:** Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel. (02151) 48991, Fax (02151) 491141, info@insterburger.de, www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag-Freitag von 8 bis 12 Uhr

Mitgliederversammlung und 70. Jahreshaupttreffen

Krefeld – Sonnabend, 29. Oktober, 10 Uhr, Gemeindesaal der Friedenskirche, Luisenplatz, 47799 Krefeld, www.friedenskirche.de: Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., ab 13 Uhr: Mittagessen für Mitglieder und Gäste im Gemeindesaal der Friedenskirche. Anfahrt: Krefeld-Rheinstraße mit U70, U76; Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Anfahrt: Neue Linner Straße 81, 47799 Krefeld, geöffnet von acht bis 19 Uhr. Ausfahrt mit dem Parkticket ist 24 Stunden möglich.

70 Jahre Treffen der Insterburger ist doch ein schöner Grund, Sie zum gemeinsamen Mittagessen mit traditionellen Königsberger Kloppen einzuladen und anschließend zum gemütlichen Beisammensein, Schabbern und Planchandern mit Kaffee und Kuchen. Wir freuen uns über geplante und spontane Beiträge. Um besser planen zu können, bitten wir um Ihre Anmeldung bis zum 24. Oktober. Bitte setzen Sie sich mit unserer Geschäftsstelle in Krefeld in Verbindung (siehe oben).

Alle Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Auch Kinder, Enkel und Gäste, die uns kennen lernen möchten, sind herzlich willkommen! (Programmänderungen bleiben vorbehalten.)

Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Patenschaftsjubiläum

Duisburg – Freitag, 14. Oktober, 14 bis 18 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg und Duisburger Stadtmuseum: Festveranstaltung zum 70-jährigen Patenschafts-



Im Archiv: Treffen des Deutschen Kulturvereins Memel Foto: AdM

biläum Duisburg-Königsberg mit folgenden Programmpunkten: Verleihung von zwei Königsberger Bürgermedaillen, Vorträge von Hans-Dieter Meyer (Königsberger Theater- und Musikleben) und Professor Steffen Dietzsch (Immanuel Kant), Verabschiedung des langjährigen Leiters des Museums Stadt Königsberg, Lorenz Grimoni. Klaus Weigelt, Vorsitzender

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 15. Oktober, 11 bis 15 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg: Satzungsmaßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen zum Vorstand, siehe auch Königsberger Bürgerbrief 99, Sommer 2022, Seite 60. Klaus Weigelt

Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Im Archiv

Memel – Es ist immer wieder schön zu sehen, dass der Deutsche Kulturverein Memel einlädt und zahlreiche Mitglieder das Angebot wahrnehmen, so wie im Sommer zu einer Führung in der Simonaitytes Bibliothek. Nach der schönen Führung von Victorija Karaliene durch die Ausstellung zum 770. Stadtjubiläum und des Archivs der AdM traf man sich anschließend noch zu Kaffee und Kuchen, wobei vieles nochmals ausgiebig besprochen wurde.

Gut Stragna/Prökuls

Prökuls – Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen litauische Landarbeiter und russische Umsiedler in die von den vertriebenen Deutschen zurückgelassenen Gutshäuser. Auch das bei Prökuls gelegene Gut Stragna war enteignet worden. Ende der 50er Jahre wurden hier einer litauischen Familie, die aus der Verbannung in Sibirien zurückkehrte, zwei Zimmer zugewiesen, dazu ein Fleckchen Erde, etwa hundert Quadratmeter, wo sie Kartoffeln anbauen sollten. Mutter Zofija war eine gläubige Frau. Kopfschüttelnd begutachtete sie das Stückchen Land, das sie für den Eigenbedarf bekommen hatte. Sie sah drei Erdhügel, zwei größere, einen etwas kleineren; offensichtlich Gräber, obwohl die Grabsteine bereits gestohlen waren. Schnell wurde ihr klar, dass sie an diesem Ort keine Kartoffeln anbauen würde. Stattdessen begann

Sachsen und später über Umwege nach Neuhäusel im Westerwald.

Ab 1989 folgten nun häufige Fahrten in die Republik Litauen, in manchen Jahren bis zu elfmal, erinnert sich Gert Baltzer. Manchmal reiste er mit seinen Geschwistern und in den Anfangsjahren sogar noch mit Mutter Lisa Baltzer, die da schon über achtzig war.

Als sie 1993 starb, stand in ihrer Traueranzeige: „Es war ihr vergönnt, ihre verlorene, aber nie vergessene Heimat im hohen Alter wiederholt zu besuchen.“ Die Worte lassen den Schmerz, aber auch ein Gefühl der Dankbarkeit für diesen Umstand erahnen. Als Zofija die Grabpflege aus Altersgründen nicht mehr leisten konnte, übernahm ihre Tochter Aldona Cirtautienė die Familientradition, für die sie inzwischen natürlich bezahlt wird.

Mit der Unabhängigkeit Litauens beschäftigte die Vertriebenenverbände allerdings auch die Frage nach Restitutionsen. Baltzer erinnert sich: „Als Parlamentspräsident Landsbergis versprach, dass die Besitzverhältnisse von 1940 wiederhergestellt würden, horchte ich auf.“ Das Prozedere erwies sich zwar komplizierter als gedacht, aber Baltzer nahm Vytautas Landsbergis beim Wort. Nicht zuletzt mit Unterstützung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang von Stetten gelang es ihm, die litauische Staatsangehörigkeit zu bekommen, die als Voraussetzung galt, Ansprüche anmelden zu können. Nach der erfolgreichen Rückübertragung der Ländereien seiner Vorfahren, verkaufte Baltzer diese. Einzig die hundert Quadratmeter Familienfriedhof sind heute noch in seinem Besitz.

Gert Baltzer ist inzwischen 91 Jahre alt. An einem heißen Sommertag Anfang August kamen er, seine Schwester Karin Backes und Freunde der Familie zu einem kleinen Segnungsgottesdienst auf Stagna zusammen. Pfarrer Mindaugas Žilinskis weihte einen neuen Grabstein für die drei Gräber, die Aldona Cirtautienė liebevoll bepflanzt hat.

Pfarrer Žilinskis begrüßte die Familie und Gäste, die gekommen waren, um Gottes Wort zu hören, gemeinsam zu beten und zu singen. Nach dem Lied „So nimm denn meine Hände“ las er aus dem Lukasevangelium das Gleichnis vom Sämann (Lukas 8,4), das mit diesem Vers schloss: „Das aber auf dem guten Land sind die, die das Wort hören und behalten in einem feinen, guten Herzen und bringen Frucht in Geduld.“

In einer kurzen Andacht erinnerte der Pfarrer an die historischen Anknüpfungspunkte zum Gleichnis. Die „Frucht der Geduld“, welche in der Bewahrung dieser Grabstätte Ausdruck gefunden hat, aber auch an die Herkunft von diesem „guten Land“. 1944 habe die Mutter ihre Kinder auf die

Flucht mitgenommen, unter Umständen, die heute kaum noch vorstellbar sind. Trotz der Vertreibung in der Kindheit habe sich die Familie dazu entschieden, der Heimat treu zu bleiben, Verbindungen und Freundschaften zu pflegen. Pfarrer Žilinskis segnete schließlich den neuen Grabstein und endete mit den Worten: „Diese Ihre Angehörigen sind hier geboren. Sie haben hier gelebt, gelacht, geweint, sind hier gestorben und begraben. Möge der Grabstein künftige Generationen daran erinnern, was auf diesem Land geschah.“

Baltzer bedankte sich bei Pfarrer Žilinskis, bei Aldona Cirtautienė für die vielen Jahre der freundlichen Verbundenheit und bei seinem Freund Kestutis Kuzmarskis, der maßgeblich an der Beschaffung und Setzung des Grabsteines beteiligt war.

Der kleine Familienfriedhof am ehemaligen Gutshof in Stagna dürfte im Memelland ebenso einzigartig sein wie die Menschlichkeit, die hier eine litauische Familie seit Jahrzehnten mit den ursprünglichen Besitzern verbindet. Die große Esche auf dem winzigen Friedhof hat diese wechselvolle Geschichte symbolhaft überdauert. Über hundert Jahre alt wuchs sie beharrlich, wurde immer mächtiger und imposanter. Schicksalsfälle konnten ihr nichts anhaben. Seither schützt sie die Grabstätten, so gut sie kann, spendet Schatten und hält die Stürme fern.

Sonya Winterberg

● **Sonya Winterberg** war Stadtschreiberin Memel/Klaipėda 2022 des Deutschen Kulturforums östliches Europa, www.stadtschreiberin-memel.de

Georg Dehio-Kulturpreis

Der Georg Dehio-Kulturpreis wird im Herbst 2023 zum elften Mal verliehen. Das Deutsche Kulturforum östliches Europa in Potsdam nimmt Kandidatenvorschläge bis zum 31. Oktober 2022 an.

Mit dieser von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien dotierten Auszeichnung würdigt das Deutsche Kulturforum östliches Europa besondere Leistungen in der Erforschung, Bewahrung und Präsentation von Zeugnissen des gemeinsamen kulturellen Erbes in Regionen des östlichen Europa,

in denen Deutsche gelebt haben oder heute noch leben, sowie herausragendes Engagement für gegenseitiges Verständnis und interkulturellen Dialog.

Kandidaten für den Georg Dehio-Kulturpreis können von einschlägigen Einrichtungen und Einzelpersonen im In- und Ausland vorgeschlagen werden. Eigenbewerbungen sind nicht zulässig.

Deutsches Kulturforum östliches Europa, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam, deutsches@kulturforum.info

Ostpreussisches Landesmuseum



An der Haltestelle oder Die Freuden des Alters, Lesung mit Arno Surminski, Mittwoch, 26. Oktober, 18.30 Uhr, Eintritt: 6,- Euro, Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Hannes und Walter haben ihren Lieblingsplatz gefunden. An der Haltestelle im Garten des Seniorenheims Himmelschlosschen machen die älteren Herren sich einen Spaß daraus, mit einem Bus zu fahren, den es gar nicht gibt. Für die beiden hält dieser Bus gerne auch auf Helgoland und auf Sylt, wo sie in den Dünen Heinz Rühmann sehen und

in einer Hafenkneipe Lieder mit Hans Albers singen. An anderen Tagen fahren sie ins Wankdorfstadion, um noch einmal das Wunder von Bern zu erleben, machen eine Rheintour zur Loreley, besuchen Karl May oder das Oktoberfest. Am Abendtisch warten schon die übrigen Bewohner des Seniorenheims auf die Busgeschichten, bei denen auch viel gesungen wird. Dass sie ausgedacht sind, spielt keine Rolle – wichtig ist die Erinnerung.

Ostpreussisches Landesmuseum Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

ANZEIGE

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem Bruder, Schwager und Onkel



Horst Queda

* 6. 2. 1934 † 2. 9. 2022

In stiller Trauer
Dieter und Ursula
Gerhard und Erna
Brigitte mit Familie
Larissa
Sebastian und Saskia
Robert und Sabrina

Traueranschrift: Familie Queda, Stockholmer Straße 20, 42657 Solingen



Segnet den Grabstein: Pfarrer Mindaugas Žilinskis

Foto: AdM

EISZEIT IN OSTPREUSSEN

Wie Kälteperioden die Landschaft veränderten

Grund- und Endmoränen, Schwemmland- und Höhenebenen – Das Eis formte Seen, Täler und Hügel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Landschaft in Ostpreußen, so wie der Mensch sie vorfand, als er im 11. Jahrtausend v. Chr. erstmals hier Fuß fasste, ist ein Produkt der Eiszeiten. In deren Verlauf kam es in den letzten 400.000 Jahren zu drei großen Vorstößen des Skandinavischen Inlandeises beziehungsweise Fennoskandischen Eisschildes, wobei die Eisgrenze mal etwas mehr und mal etwas weniger weit im Süden lag. Das Gebiet des heutigen Ostpreußen befand sich aber stets komplett oder zumindest fast vollständig unter dem bis zu drei Kilometer dicken Eispanzer.

Wormditt–Heilsberg–Angerburg

Die letzte Kaltzeit, die seit 1909 auf Vorschlag der Königlich-Preußischen Geologischen Landesanstalt als Weichsel-Kaltzeit bezeichnet wird, hatte mehrere Phasen. Dabei walzte das Eisschild während des Weichsel-Hochglazials zwischen etwa 20.000 und 16.000 v. Chr. über Ostpreußen hinweg, bis es sich dann erneut zurückzog, wonach schließlich der abrupte Temperaturanstieg um 9660 v. Chr. folgte. Zurück blieb eine typische, durch die sogenannte Glaziale Serie geprägte Landschaft. Deren Bestandteile sind vor allem Grundmoränen, bogenförmige Ketten von Endmoränen sowie vorgelagerte, von zahlreichen Seen durchsetzte Schwemmlandebenen aus Sand, Kies und Geröll.

Grundmoränen finden sich in Ostpreußen nördlich der Linie Wormditt-Heilsberg-Angerburg. Durch den gewaltigen Druck des Eises wurden die oberen Gesteinslagen zermalmt und es entstanden Unmengen von Geschiebemergel. Von Brunnenbauern vorgenommene Bohrungen zeigten, dass Mergelschichten von stellenweise bis zu 200 Metern Dicke auf dem Grundgestein liegen, was vom gigan-



Weizenanbau auf schwerem Lehmboden: Typische ostpreußische Landschaft in Masuren

Foto: pa

tischen Zerstörungswerk des Eisschildes kündigt und erhebliche Konsequenzen für die spätere Landwirtschaft in Ostpreußen hatte: Rund 68 Prozent der Ackerböden der östlichsten deutschen Provinz sind tonig-lehmig und dadurch oft auch sehr schwer, weswegen sie vorrangig für den Anbau von Weizen und Rüben taugen.

Wenn sich unter dem Eis besonders hartes Gesteinsmaterial befand, dann wurde es nicht zermahlen, sondern nur rundgeschliffen. Solche Findlinge der verschiedensten Größen kamen später beim Bau von Burgen, Straßen und Hafenanlagen zum Einsatz, sofern man sie

wegen ihres Gewichtes nicht an Ort und Stelle beließ wie den saganumwobenen Borstenstein bei Neukuhren.

Die Kette der Endmoränen in Ostpreußen erstreckt sich in etwa entlang der Linie Neidenburg–Ortelsburg–Johannisburg. Im Gegensatz zu den flachwelligen ausgedehnten Grundmoränen, welche übrig blieben, als der darüber liegende Gletscher abschmolz, kennzeichnen die Endmoränen den Punkt des weitesten Vordringens des Eises. Dabei können sie eine beachtliche Höhe erreichen, wenn beim Vorstoß des Gletschers das vorhandene Bodenmaterial an der vorderen Eiskante aufgeworfen wurde.

Die Endmoränen in Ostpreußen sind Teil des Baltischen Landrückens, der sich südlich der Ostsee mit manchmal 200 Kilometern Breite von Jütland bis nach Estland zieht und im 329 Meter hohen Turmberg nahe der westpreußischen Stadt Berent gipfelt. Weiter östlich davon ragen die Kernsdorfer Höhe südwestlich von Allenstein und der Seesker Berg bei Goldap bis auf 312 beziehungsweise 309 Meter auf, was die Kernsdorfer Höhe zum höchsten Berg Ostpreußens macht. Hier kann sogar Wintersport betrieben werden: Steile Abfahrten und ein Skilift sind vorhanden. Ebenfalls zum Skifahren taugt der 111 Meter hohe Galtgarben in der Mo-

ränenlandschaft des samländischen Altkgebirges.

Ein weiteres Erbe der Eiszeit stellen die Masurische und die Eylauer Seenplatte dar. Diese entstanden beim Abschmelzen der Gletscher, als das Wasser zuerst allerlei Senken in den Boden grub und sich dann darin sammelte. Dabei riss es auch jede Menge Sand mit, der rund um die Gewässer sowie allgemein im flachen Vorfeld der Endmoränen liegen blieb, wo man nun für die Landwirtschaft weitgehend ungeeignete Gebiete wie die Rominter Heide mit ihren ausgedehnten Kiefernwäldern findet.

Die Küstenlinie der Ostsee entstand

Dann bildete sich zum Ausgang der Weichsel-Kaltzeit auch noch die heutige, 220 Kilometer lange Küstenlinie von Ostpreußen heraus. Mit dem Abtauen des Fennoskandischen Eisschildes entstand die Ostsee, wobei dieser Prozess von etwa 10.000 v. Chr. bis 500 n. Chr. andauerte. Zunächst flossen die Schmelzwässer der Gletscher bis 8500 v. Chr. im Großen Baltischen Eisstausee zusammen. Dann verband dieser sich zwischen 8000 und 7700 v. Chr. mit der Nordsee, wodurch das Yoldia-Meer entstand. Das wiederum mutierte infolge der Hebung Skandinaviens nach dem Wegfall des Drucks seitens des Fennoskandischen Eisschildes zu einem Binnenmeer, genannt Ancylus-See, welches bis 6000 v. Chr. existierte. Anschließend strömte wieder Salzwasser aus der Nordsee ein, was die Geburtsstunde des Littorina-Meeres war, aus dem sich in den letzten 2000 Jahren die heutige Ostsee entwickelte.

Parallel zu der immer noch stattfindenden Hebung Skandinaviens um aktuell neun Millimeter pro Jahr findet an der ostpreußischen Küste eine ausgleichende Absenkung statt, weswegen das Bild der Landschaft auch in der Zukunft sichtbare Veränderungen erfahren wird.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Späte Rehabilitierung der „Ketzer“ von Schwenckfeld

Dank Józef Zaprucki von der Riesengebirgshochschule in Hirschberg konnten die Protestanten in Schlesien wieder Fuß fassen

Aus Anlass des 500. Reformationsjubiläums im niederschlesischen Liegnitz [Legnica] organisiert das Schlesische Museum zu Görlitz mit der Kirchlichen Stiftung evangelisches Schlesien (evangelisches-schlesien.de) am 29. Oktober eine Exkursion auf den Spuren der Schwenckfelder in Schlesien.

„Der schlesische Adlige Caspar von Schwenckfeld (1490–1561) ließ sich 1522 von der Lehre Martin Luthers begeistern und wollte der Reformation in Liegnitz zum Durchbruch verhelfen“, so Agnieszka Bormann, Referentin für Schlesien, die als Vorbereitung auf die Exkursion von Józef Zaprucki, Professor von der Riesengebirgshochschule in Hirschberg [Jelenia Góra], zum Vortrag ins Schlesische Museum einlud. Der polnische Germanist Zaprucki ist gebürtiger Niederschlesier und ein Kenner schlesischer Literatur, die er ins Polnische übersetzt. Zu seinen Lieblingsschriftstellern gehört der Hohenfriedberger [Dobrmierz] Fedor Sommer (1864–1930), dessen Roman „Die Schwenckfelder“ er 2018 ins Polnische übertrug. So sei er auf das Thema Schwenckfelder gekommen.

„Aus dem einstigen Lutherfan Caspar Schwenckfeld“, berichtet Zaprucki, „wurde der Begründer einer eigenständigen Lehre – der Schwenckfelder“.

Bereits ein Jahr nachdem Martin Luther seine Thesen veröffentlicht hatte, soll Caspar von Schwenckfeld seine erste von zwei „Erleuchtungen“ gehabt haben. Daraufhin zog er als Laienprediger durch Schlesien. „Caspar von Schwenckfeld wollte kein Luthergegner sein. Er hat ja Luthers Lehre mit großer Freude wahrgenommen, denn er glaubte, dass diese den Marasmus des Glaubens verändern könnte. Letztendlich aber ist er zum Schluss gekommen, dass es mit Luthers Lehre nicht wirklich zur Veränderung der Menschen kommen konnte, und so ist er seinen eigenen Weg gegangen“, sagt Zaprucki, der mehrere Wochen in Pennsburg, Pennsylvania forschte. Der „Fehler“ von Schwenckfeld war laut Zaprucki, dass er seine Gedanken publizierte. „Er war zum Beispiel gegen Waffengebrauch und für die Trennung der Kirche von der weltlichen Obrigkeit. Das machte ihm Feinde auch seitens der weltlichen Machthaber.“ Schließlich musste Schwenckfeld aus Schlesien fliehen und verstarb 1561 in Ulm.

Während die süddeutschen Nachfolger Schwenckfelds vor allem Stadtbewohner waren und von Adelssitzen stammten, waren die schlesischen Anhänger eher Handwerker und Bauern aus ländlichen Regionen der Gegend um Lö-



Austausch in Görlitz: Jozef Zaprucki (M.)

Foto: Wagner

wenberg [Lwówek Śląski], Goldberg [Złotoryja] und Haynau [Chojnów]. „Es ging für die Schwenckfelder solange halbwegs gut, bis die Jesuiten kamen und damit die Verfolgung der Schwenckfelder einsetzte“, sagt der bekennende Katholik Zaprucki. „Sie wurden zwangsgetauft und der katholischen Zwangskatechese unterzogen. Und weil sie als ‚Ketzer‘ nicht in geweihter Friedhofserde begraben werden durften, wurden ihre Toten an Viehwegen beigesetzt“, sagt er.

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar 1726 floh ein Großteil der Schwenckfelder nach Görlitz und Umgebung. Andere kamen nach Herrnhut und Berthelsdorf, wo sie von Nikolaus Ludwig von Zinzendorf aufgenommen wurden. Ab 1734 wanderten rund 180 Schwenckfelder über Hamburg-Altona nach Pennsylvania in den USA aus. „Sie brachten ihre handwerklichen und bäuerlichen Fertigkeiten mit, auch den Safran der schlesischen Krokusse. Bis heute werden in Pennsyl-

vania ‚saffron cakes‘ gebacken. Heute leben etwa 2000 Schwenckfelder in Pennsylvania“, so Zaprucki.

Deutsch-Polnisch-Amerikanisches Symposium

Doch nicht alle Schwenckfelder wanderten aus, ein geringer Teil blieb in Schlesien und schloss sich der Lutherischen Kirche an. Als letzter Schwenckfelder in Schlesien gilt, nach Horst Weigelt, der Bauer Melchior Dorn, der 1826 in Harpersdorf [Twardocice] verstarb. Dort erinnert ein Denkmal an die verfolgten und vor allem an die über 200 auf dem Viehweg bestatteten Schwenckfelder. Alle zwei Jahre besuchen amerikanische Schwenckfelder diesen Ort. Und das Bild des Denkmals ziert Zapruckis polnische Übersetzung von Fedor Sommer „Die Schwenckfelder“.

Harpersdorf sei eine Basis für den Austausch deutscher, polnischer und nun auch amerikanischer Kultur, so Zaprucki, der dazu beitrug, das ein deutsch-polnisch-amerikanisches Schwenckfelder-Symposium an seiner Riesengebirgshochschule stattfand. Es freut ihn besonders, dass in Harpersdorf „der katholische Pfarrer eine freundschaftliche Beziehung mit den amerikanischen Schwenckfeldern pflegt und es dort zu ökumenischen Gottesdiensten kommt“.

Chris W. Wagner

DER GROSSE PREUSSE

Friedrich der Große in Pommern

Von seinem letzten Besuch in Stargard und seinem Denkmal in Stettin

VON BRIGITTE STRAMM

Friedrich der Große hielt es so, dass er immer wieder die Standorte seiner Truppen besuchte. Genannt wurden diese Besuche „Revue-Reisen“.

Im „Allgemeinen Pommerschen Volksblatt“, Nr. 48 vom 1. Dezember 1827, wurde über die letzte Musterung, die Friedrich der Große im Jahr 1785 persönlich bei seinen pommerschen Truppen in Stargard abhielt, berichtet. Stolz war der König auf seine Pommern, die ihm stets die Treue wahrten, in Kriegs- und Friedenszeiten.



Stettin, Stahlstich von ca. 1845

Folgendes wurde dokumentiert: Nachdem der König bei Stargard die Musterung über die pommerschen Truppen abgehalten und den dort versammelten fünf

Infanterie-Regimentern die Spezialrevue abgenommen hatte, ließ er diese, nachdem er seines hohen Alters wegen einen nicht eben großen Schimmel bestiegen hatte, vor sich vorüber defilieren. So oft die Fahnen eines Bataillons an ihn herankamen, nahm er seinen Hut ab und bedeckte sich erst wieder, nachdem sie an ihm vorüber waren. Als das achte Bataillon sich ihm näherte, sagte er zu dem neben ihm haltenden Generalinspekteur: „Es ist wahr, es sind doch schöne Truppen, meine lieben Pommern!“ und kurz darauf – nicht in einem befehlenden Tone: „Ob sie wohl noch einmal an mir vorbeimarschieren?“ Er ahnte wohl, dass er sie nicht wiedersehen würde. Sogleich flogen die Adjutanten zu den ersten Bataillonen, und so erfolgte der Vorbeimarsch des ganzen Infanterie-Korps noch einmal. Während der ganzen Dauer dieses erneuten Vorbeimarsches blieb der große König unbedecktes Hauptes. Die Regimentsinhaber und Kommandeure erhielten nach beendigter Revue als Beweise der „Zufriedenheit des Einzigen sehr angenehme Geschenke.“ Im Jahr 1786, dem Todesjahr des Königs, hielt der Generaladjutant des Königs, General von Hanstein, die Revue ab, da der König selbst körperlich schon zu schwach war.

Schadow schuf das Denkmal

In Stettin, Pommerns Hauptstadt, befand sich ein Marmor-Standbild von Friedrich dem Großen. Es war einst das älteste Denkmal, das zum Gedächtnis des Preußenkönigs errichtet wurde.

Im August 1791 wurde der preußische Hofbildhauer Johann Gottfried Schadow beauftragt, ein Marmorstandbild von Friedrich II zu erschaffen. Die Kosten für das Denkmal wurden mit 6000 Talern verhandelt, die Schadow allerdings nur mit Druck nach mehrjährigem Kampf erhielt. Preußens Staatskasse war damals



Die restaurierte Statue Friedrichs des Großen in Stettin

durch den Krieg mit Frankreich arg gebeutelt.

Schadows Original-Statue wurde per Schiff nach Stettin gebracht und dort am 10. Oktober 1793 auf dem damaligen Königsplatz auf einem Sockel aus grauem schlesischem Marmor aufgestellt und fei-

erlich enthüllt. Witterungseinflüsse machten dem Marmor im Laufe der Jahre zu schaffen. Daher verbrachte man das Denkmal 1875 in das Ständehaus, das ehemalige Palais Friedrichs des Großen in Stettin. Auf dem Königsplatz wurde das Standbild durch einen Bronzeabguss er-

setzt. In den Kriegswirren entschloss man sich 1942, die Statue aus Sicherheitsgründen zu entfernen und im Schloss Wildenbruch, zirka 40 Kilometer südlich von Stettin, heute leider eine Ruine, einzulagern.

Die Schadow-Gesellschaft in Berlin dokumentiert dazu: „Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Standbild verschollen, und als es wieder gefunden wurde, zeigte sich, dass es in drei Teile zerschlagen und stark lädiert ist. Der Breslauer Restaurator Ryszard Zarycki nahm sich seiner an, reinigte es, ergänzte Fehlstellen und versah den carrarischen Marmor mit einem konservierenden Überzug. Das gleiche geschah mit den Reliefs vom Sockel, die nur in Fragmenten erhalten sind. Die Kosten für die Restaurierungsarbeiten übernahm die Schadow-Gesellschaft, die zahlreiche private Spenden eingeworben hatte und sich durch die Aufstellung mehrerer Generalsfiguren nach Schadow'schen Vorlagen auf dem Berliner Zietenplatz einen Namen gemacht hat. Die Stadt Stettin und das dort ansässige Nationalmuseum legten zu den 60.000 Euro von der Schadow-Gesellschaft noch 50.000 Euro dazu.“

Als Leihgabe im Bode-Museum

Nach Fertigstellung erhielt das Bodemuseum auf der Museumsinsel in Berlin die Statue als Leihgabe. Dort wurde sie von Dezember 2011 bis Oktober 2015 in der Kleinen Kuppelhalle, zusammen mit sechs marmornen Generalsfiguren, die Friedrich der Große ursprünglich auf dem Berliner Wilhelmplatz hatte aufstellen lassen, sowie zwei originalen Marmorfiguren aus dem Park von Sanssouci aufgestellt. Sie war damit zu Friedrichs 300. und Schadows 250. Geburtstag im Jahr 2012 in Berlin zu besichtigen.

Das bedeutende Denkmal hat nun wettergeschützt seinen Platz im Hof des Nationalmuseums in Stettin.

HANDARBEITEN

Volkskunst erhalten

Fischerteppiche und Bandweben

Einige der Interessierten, die sich zu dem im April d.J. angesetzten Kurs, der dann wegen Corona ausfallen musste, angemeldet hatten, konnten den Ersatztermin im Juni nicht wahrnehmen. So entschloss sich Hildegund Hergenhan, die Referentin, im Herbst einen weiteren Termin,



Hildegund Hergenhan (links) und die Kursteilnehmer im Haus der Heimat in Kiel. Es werden stolz die Erzeugnisse des Herbstkurses gezeigt

Nach einem kurzen „Kennenlerngespräch“ wurde gleich gearbeitet. Für die Anfänger waren Übungsketten vorbereitet. Sie wurden eingewiesen und konnten dann loslegen. Die Fortgeschrittenen hatten ihre Arbeiten mitgebracht und machten weiter. Sie wurden dann in das Einlesen von Mustern unterwiesen. Zwischendurch wurde auch das Schären einer Kette gezeigt und geübt. Auch die Knüpferin erhielt Ihre Einweisung und hatte zum Kursende vier Fische auf ihrem Musterstück. Gundel H. berichtete zwischendurch ein wenig aus ihrem reichen Wissensschatz über die Geschichte des Bandwebens. Alle Teilnehmer nahmen viele Tipps und Ratschläge mit und sie fragten auch nach dem nächsten Termin. Der wurde dann gemeinsam mit ihnen auf den 24. bis 28. April 2023 festgelegt. Und zwar wieder im Haus der Heimat in Kiel

So wurde wieder ein wenig über das Bandweben und das Knüpfen von Fischerteppichen weitergegeben.

Wolf Hergenhan

und zwar vom 27. bis zum 30. September anzubieten. Zu diesem kamen jetzt sechs Personen, fünf Damen und ein Herr. Eine Dame wählte das Knüpfen von Fischerteppichen, die anderen Teilnehmer wollten Bandweben erlernen.

● Hier finden Sie interessante Informationen über das Bandweben und die Bänderammlung Hergenhan <https://www.bandweben.info>

Dem vielseitigen Wirken Rudolfs Virchows widmet das Pommersche Landesmuseum eine Kabinettsausstellung, die vom 6. Oktober bis zum 13. November 2022 angeschaut werden kann



Rose und Rudolf Virchow 1851.

Zu dem im hinterpommerschen Schivelbein geborenen Pathologen, Anthropologen, Politiker und Sammler Rudolf Virchow (1821–1902) wurden von Studenten des Caspar-David-Friedrich-

AUSSTELLUNG

Rudolf Virchow

Eine begehbare Biographie

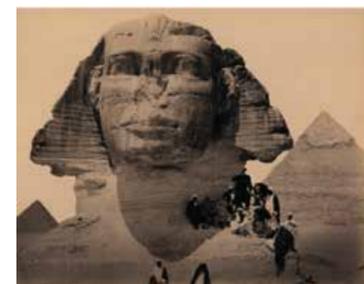
Instituts unter der Leitung von Jo Zynda Installationen mit multimedialen und analogen Vermittlungsformaten erarbeitet.

Grundlage der Ausstellung bildet die „Sammlung Rabl-Virchow“ des Pommerschen Landesmuseums Greifswald. Neben Briefen an Familie und Freunde, wissenschaftlichen Werken und historischen Fotos von seinen vielen Reisen sowie einem Herbarium mit Pflanzen aus unterschiedlichsten Regionen Europas gehören ein Schreibtisch und ein Arbeitszimmer-Schrank zur Sammlung. Diese Dokumente und Gegenstände schenkte der Enkel Virchows, Professor Dr. Rudolf Rabl (1901–1988), der Stiftung Pommern Kiel. Bei der Auflösung der Stiftung gelangten sie planmäßig in das Pommersche Landesmuseum.

Die Ausstellung besteht aus Installationen und Medien, die im Rahmen von Jo Zynas Seminar entstanden sind. An der Erstellung der Textbeiträge wirkten ebenfalls Geschichtsstudenten der Universität Greifswald während ihres Praktikums im Pommerschen Landesmuseum mit.

Das Projekt wurde in Kooperation mit der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg umgesetzt und aus den Mitteln der Beauftragten der Bun-

desregierung für Kultur und Medien gefördert.



Diese Aufnahme machte Rudolf Virchow während seiner Ägyptenreise mit Heinrich Schliemann und weiteren Wissenschaftlern 1888.

● Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald

Öffnungszeiten: Di – So
Mai – Oktober 10 – 18 Uhr
November – April 10 – 17 Uhr.
Die Kabinettsausstellung ist bis zum 13. November 2022 geöffnet. Sie ist im Eintritt der Dauerausstellung inbegriffen, kann aber auch gesondert für 2,50 € besichtigt werden

„Üben Sie wieder das Anstehen in der Schlange!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Immer wieder vorbildlich nachgeforschte Artikel. Herzlichen Dank dafür!“

Cordula Andress, Stuttgart



Ausgabe Nr. 39

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DENKBAR FALSCHER PARTNER

ZU: EU-HILFSGÜTER VERSCHWUNDEN (NR. 39)

Unisono aus Regierungskreisen von Washington über Brüssel nach Berlin und in üblicher Co-Orientierung der Medien ertönt eine nicht hinterfragte und damit stumpfe Apologetik, die Ukraine verteidigt auch „unsere“ Werte. Nein, nicht mit mir, sehr geehrte Handlungsreisende in Sachen Weltanschauung! Auf Pepita-Muster kann man kein Schach spielen, „verehrte“ selbstverliebte Akteure des politischen Parketts im westlichen Lager.

Allerdings erscheint mir die Meldung der PAZ bezüglich verschwundener EU-Hilfsgüter größeren Umfangs ein probates Element zur Früherkennung und Rückbesinnung auf Fakten zu sein, denn unter Umständen trifft dies ja den Kern der Ausrichtung, nämlich das schlagartige Erkennen von „Warenwerten“ im Gegensatz zu den „wahren Werten“ der Lieferanten. Übrigens sei noch an den tief verwurzelten Antisemitismus in diesem Land (der Ukraine, d. Red.) erinnert, dies kompensiert auch das religiöse Familien-narrativ des aus der Komödie aufgestiegenen Präsidenten Selenskyj nicht. Eine Faktenlage, welche natürlich von den Protagonisten einer linksgeprägten Medienlandschaft im Chor mit den Regierenden, wie schon erwähnt, völlig unberücksichtigt bleibt, und dies darf gerade unser Land nicht verdrängen.

So viel zu „unseren“ Werten, welche selbst wir in unzureichendem Umfang verbal und nonverbal verteidigen. Die Ukraine ist für einen Support auf dem Wertemarkt (noch?) der denkbar falsche Partner.

Rolf Schulze-Erbenich, Rudesheim am Rhein

BUCH ZUM SILBERALTAR

ZU: EIN SILBERNER KIRCHENSCHATZ (NR. 38)

Vielen Dank für den Beitrag über den Rügenwalder Silberaltar. Ergänzen möchte ich noch, dass das Stolper Museum (Mu-

zeum Pomorza Srodkowego) 2007 eine von Dorota Szymczak verfasste Dokumentation mit dem Titel „Srebrny Oltarz Darlowski / Der Rügenwalder Silberaltar“ herausgegeben hat. Das aufwendig gemachte und mit guten Fotos reich bebilderte Buch ist zweisprachig und umfasst 380 Seiten. Dr. Hansjürgen Bals, Werder

BEFEHLEN UND GEHORCHEN

ZU: 98-JÄHRIGER VOR JUGENDGERICHT (NR. 34)

Die Verjährung von Mordtaten aufzuheben war eine richtige Entscheidung. Niemand, der andere Menschen tötet, sollte dafür ungestraft bleiben. Allerdings ist für die Verurteilung eines Täters immer der Täterwille entscheidend. Daneben ist die Erfüllung eines gesetzlichen Tatbestandes (hier Mord oder Totschlag) erforderlich, dessen Begehung rechtswidrig ist, und der Täter muss schuldhaft gehandelt haben.

John Demjanjuk wurde 1986 von den USA an Israel (hier wurde er letztlich freigesprochen) ausgeliefert. 2009 lieferten die USA ihn nach Deutschland aus, wo er 2011 im Alter von 91 Jahren wegen seiner Tätigkeit im KZ Sobibor wegen Mordes an 28.060 Menschen zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt wurde. Bereits in diesem Urteil ist die juristische Voraussetzung der Erfüllung des gesetzlichen Tatbestandes eines Verbrechens nicht gegeben, weil ihm keine konkrete Tat nachgewiesen werden konnte. Die unabdingbare Voraussetzung der Tatbestandserfüllung wurde durch das Gericht durch den Umstand ersetzt, er sei „Teil der Vernichtungsmaschinerie“ gewesen. Noch vor der Rechtskraft des Urteils verstarb der aus der Ukraine stammende Demjanjuk.

2015 wurde in Lüneburg der frühere SS-Mann Oskar Gröning wegen Beihilfe zum Mord in 300.000 Fällen zu einer Haftstrafe von vier Jahren verurteilt. Er wurde als der „Buchhalter von Auschwitz“ betitelt und war Mitarbeiter der Devisenabteilung. Eine direkte Beteiligung an Mordtaten war ihm nicht nachzuwei-

sen. Sein Urteil wurde letztinstanzlich durch den BGH bestätigt. Offenbar war er Teil einer Vernichtungsmaschinerie.

Nun soll vor einem Berliner Gericht ein 98-jähriger ehemaliger Wehrmachtssoldat für seinen Dienst als Bewacher eines Kriegsgefangenenlagers vor Gericht gestellt werden. Wenn auch ihm keine direkte Erfüllung eines Tötungs- oder Morddeliktes nachgewiesen werden kann, dürfte auch er als Teil einer Vernichtungsmaschinerie unterwegs gewesen sein.

Welchen Täterwillen haben wohl alle Vorgenannten zum Zeitpunkt ihrer Tat gehabt, waren sie überhaupt vom eigenen Willen gesteuert und konnten sie erkennen, dass sie mit ihrer Bewachung einen strafrechtlichen Tatbestand erfüllten? Schaut man auf die obigen abgeurteilten Fälle, dann wissen wir schon heute, wie auch das kommende Urteil in Berlin ausfallen dürfte.

Betrachten wir die Situation, in der sich die damals sehr jungen Täter befanden, so ist leicht zu erkennen, dass sich alle in einem Umfeld bewegten, das sich im militärischen Bereich von „Befehlen und Gehorchen“ abspielte, und das läuft auf allen Seiten der Fronten gleich ab. Es gab Konzentrationslager bei den Amerikanern, die ihre japanischstämmigen Mitbürger internierten, die Russen besaßen ihre Gulags und in Deutschland gab es Konzentrationslager. Während die Sieger in Nürnberg über die Besiegten mit der Darstellung der Grausamkeiten in den Konzentrationslagern zu Gericht saßen, starben in den Rheinwiesenslagern zigtausend deutsche Soldaten (man spricht in unterschiedlichen Quellen von bis zu einer Million Soldaten), weil ihnen Hilfslieferungen des Schweizer Roten Kreuzes nicht ausgeliefert werden durften.

Der Militärbefehlshaber und spätere US-Präsident Eisenhower hatte diesen bedingungslos kapitulierten Soldaten den Kriegsgefangenenstatus rechtswidrig aberkannt. Niemals wurde darüber auch nur annähernd im juristischen Sinne verhandelt. Die höchsten Instanzen gehen also meistens straffrei aus. Gleiches ist aus der NS-Richterschaft zu berichten.

Aber welche Möglichkeiten hatten einzelne Soldaten, die sich für eine der vielen Waffengattungen entschieden, sich diesem System zu entziehen, ohne persönliche Nachteile befürchten zu müssen? In kriegerischen Zeiten ist mit Sicherheit bei kaum einem Soldaten so viel juristischer Sachverstand vorhanden, als dass er zwischen Recht und Unrecht unter dem Druck von Befehlen und Gehorchen, das die eigene Entscheidungsfreiheit massiv einschränkt, fehlerfrei unterscheiden könnte.

Dass unter diktatorischen Bedingungen Menschenrechte und -leben wenig zählen, ist geschichtlich belegt. Leider sind Menschenrechtsverletzungen in allen heutigen Staatsformen systemimmanent (siehe Guantánamo und Abu-Ghuraib). Soweit es geht, werden sie verschwiegen oder aktiv vertuscht. Wer sie dennoch publik macht, wird – wie Julian Assange – strafrechtlich verfolgt.

Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

KOHL SOZIALISMUS-THESE

ZU: SOZIALISMUS 2.0 (NR. 34)

Der wohl von Helmut Kohl stammende Satz, ab einer Staatsquote von mehr als 50 Prozent habe man Sozialismus, deutet auf die Richtigkeit der vom Autor vermuteten Tendenz hin. Wir haben meines Wissens derzeit eine Quote von 51,6 Prozent des Verhältnisses der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt. Damit also Sozialismus.

Das Warten auf Fahrzeugteile nach einem Unfall über Monate, auf Neuwagen nach Bestellung nun schon zwei Jahre und der beginnende Mangel an Baustoffen erinnern doch sehr an längst überwunden geglaubte DDR-Zeiten. Warten wir ab, ob es in Zukunft wieder in Fachgeschäften heißt: Haben wir leider nicht. Aber schauen Sie doch wieder rein, vielleicht ist bei der nächsten Lieferung ja was dabei.

Und für die Ungeduldigen: Üben Sie doch wieder das Anstehen in der Schlange, ohne zu wissen, was es eigentlich gibt! Peter Warmke, Greifswald

ANZEIGE

Warum die Wahrheit so wichtig ist

■ Wahlbetrug in den USA? Hat es nicht gegeben. Zumindest hat man uns das einreden wollen, aber nun präsentiert Dinesh D'Souza endlich die eindrucksvollen Beweise, dass es 2020 bei den Wahlen in den USA nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Nach dem extrem erfolgreichen Dokumentarfilm *2000 Mules* legt D'Souza nun auch ein Buch mit noch mehr Fakten vor.

Die Demokratische Partei hat die US-Präsidentschaftswahlen von 2020 gestohlen

Vergessen Sie alles, was Sie bislang gehört haben. Vergessen Sie alles, was Sie über Wahlbetrug zu wissen glauben. Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA 2020 haben die Demokraten in großem Stil Wahlbetrug begangen. Das ist kein Vorwurf, sondern dank Bestsellerautor und Investigativjournalist Dinesh D'Souza inzwischen unumstößlich bewiesen. Mithilfe von Augenzeugen sowie den präzisen und hochmodernen technischen Möglichkeiten des Geotracking weist D'Souza nach, wie ein bereits bestehendes korruptes System der Demokratischen Partei bei den letzten Wahlen Betrug in gewaltigem Umfang beging.

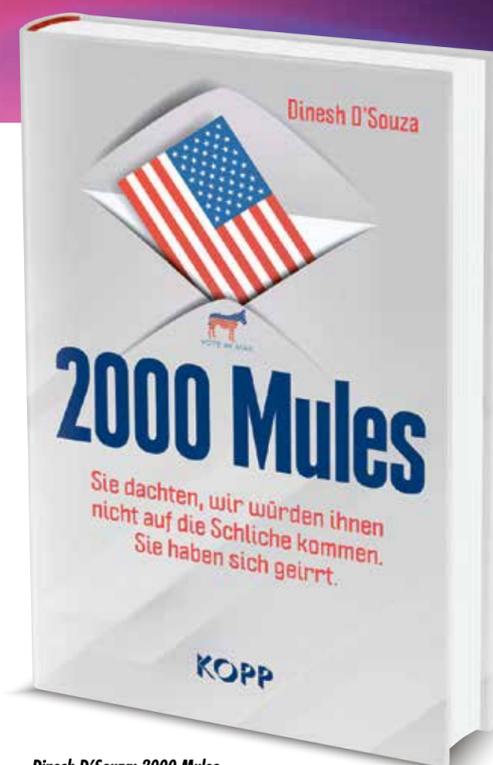
Im Mittelpunkt des Geschehens steht das »Maultiere«. Ein bezahlter Mittelsmann. Ein krimineller Kurier. Ein Handlanger an der Schnittstelle zwischen Wahlfälschung und Betrug. Maultiere sind Gauner und

Aktivisten, die bei zwielichtigen NGOs oder Parteiapparaten einen Sack Wahlzettel entgegennehmen und diese Wahlzettel über einen Bezirk verteilt in die Kästen werfen, die speziell für die Möglichkeit der Briefwahl aufgestellt wurden.

Der Dokumentarfilmer und Bestsellerautor Dinesh D'Souza legt beeindruckende Fakten vor, die beweisen, dass der massive Stimmbetrug, der doch angeblich nur ein Hirngespinnst der Rechten war, tatsächlich stattgefunden hat.

Eindrucksvoll belegt D'Souza, dass die US-Wahl 2020 gestohlen wurde. Und was noch wichtiger ist: Er kann seine Behauptung beweisen!

2000 Mules ist mehr als ein Buch – es ist ein Appell, aktiv zu werden. Soll Amerikas Demokratie überleben, muss sich jeder mit den hier vorgelegten Beweisen vertraut machen, anderen davon erzählen und einfordern, dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.



Dinesh D'Souza: *2000 Mules* gebunden • 267 Seiten • Best.-Nr. 986 200 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

STADTBUMMEL

Potsdam ist mehr als Sanssouci

Von den Preußenherrschern geprägt – Blick auf und hinter die Fassaden des historischen Zentrums von Brandenburgs Hauptstadt

VON HELGA SCHNEHAGEN

Fährt man mit der Straßenbahn vom Potsdamer Hauptbahnhof über die Friedrich-Ebert-Straße zum Nauener Tor, begegnet man zuerst einer großen Baustelle. Sie widmet sich noch auf Jahre hinaus dem Wiederaufbau, darunter von Garnisonkirche und Synagoge, zu der Ende 2021 der Grundstein gelegt wurde.

Je näher man jedoch dem Nauener Tor kommt, desto unversehener ist das Stadtbild: Potsdams am 14. April 1945 zerstörtes historisches Zentrum zwischen Altem Markt und Nauener Tor, Brandenburger Tor und Bassinplatz ist – vom erwähnten Bauplatz abgesehen – vollständig saniert. „Bei der Wende“, so Volker Punzel von der Geschichtsmannufaktur Potsdam, „war die Stadt zu 90 Prozent dem Verfall preisgegeben. Ab 1997 jedoch kehrte sich der Prozess zur Wiederbelebung um. Die Bundesgartenschau 2001 gab dann die Initialzündung.“

20 Jahre später präsentiert die Altstadt ihr Doppelwesen wieder mit makellosen Fassaden: einerseits die preußische Garnisonstadt, die der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. ab 1713 mit mehreren Stadterweiterungen ausbauen ließ, um hier sein Leibbataillon zu stationieren, andererseits die Residenzstadt, zu welcher der brandenburgische Große Kurfürst Friedrich Wilhelm Potsdam ab 1660 neben Berlin erhoben hatte.

Bis 1994, fast 300 Jahre, war Potsdam Garnisonstadt, ausgehend von gitterförmig angelegten Straßen und kostengünstigen zweistöckigen Typenhäusern, welche die vielen Soldaten aufnehmen sollten. Die Einquartierung in Bürgerhäusern war damals allgemein üblich. Erst ab 1826 lösten Kasernen vor den Toren der Stadt die Naturaleinquartierung ab.

Als Friedrich der Große 1740 König wurde, ließ er die von seinem Vater hinterlassene Fachwerkstadt hinter der „Friederizianischen Potsdamer Fassadenarchitektur“ verschwinden. Nur das Haus „Im Güldenen Arm“, heute Museum, Her-



Römisches Flair: Brandenburger Straße mit Blick zu Potsdams Brandenburger Tor, das Friedrich der Große errichten ließ

mann-Elflein-Straße 3, zeigt sich noch komplett als Fachwerkbau. Die Schmuck-Kartusche über dem Portal verrät den ehemaligen Holz-Handwerker dahinter. Sie ist damit das älteste Reklameschild der Stadt. Im malerischen Innenhof finden im Sommer Lesungen, Filmabende und kleine Konzerte statt.

Erste Barockstraße der DDR

Teilweise zeigt auch das Haus Jägerstraße 39 noch sein Fachwerk. Auf originelle Weise rollt sich der Putz der linken Seite in der Mitte auf und gibt den Blick auf das Fachwerk zur Rechten frei. Das hier beheimatete Restaurant Juliette serviert dazu nicht minder raffinierte französische Küche.

Nicht nur wegen der zahllosen Geschäfte und Kaufhäuser, sondern vor al-

lem wegen der über 280 Jahre alten Bebauung mit den genannten Typenhäusern ist der Bummel über die Brandenburger Straße ein „Muss“. Selbst wenn auf Potsdams Flanier- und Einkaufsmeile zwischen Brandenburger Tor und Peter-und-Paul-Kirche im 19. und 20. Jahrhundert manche von ihnen neobarock oder gründerzeitlich überformt oder durch Neubauten ersetzt wurden. Sogar der DDR-Regierung hatte die Rekonstruktion der barocken Bebauung des einen Kilometer langen Boulevards schon Ende der 1970er Jahre am Herzen gelegen.

Bereits in den 1950er Jahren waren die unter Friedrich II. erbauten kriegszerstörten Bürgerhäuser der Wilhelm-Staab-Straße wieder aufgebaut worden. Ironisch nennt sich das damalige Modellvorhaben für den Umgang mit denkmalgeschützten

Ruinen daher „Erste Barockstraße der DDR“. Im Hof hinter der üppigen Barock-Fassade vom Haus Nr. 10 liegt der Eingang zum Nikolaisaal, ursprünglich der Gemeindesaal der evangelischen Nikolaigemeinde. Seit dem Jahr 2000, als der 20-Millionen-Euro-teure Neubau eröffnet wurde, gehört der moderne Konzertsaal wieder zu den wichtigsten Veranstaltungsorten der Stadt.

Am Neuen Markt taucht man ein in die Residenzstadt. Vom Aussehen her eher elegant-bürgerlich ist der Platz von der Baukunst Friedrichs des Großen geprägt. Hier ließ der Hof anspannen. Der einstige Kutschstall beherbergt heute das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. Ein Hingucker ist die Quadriga über dem Portal, die vom Leibkutscher Friedrichs II. gelenkt wird. Was für eine

Anerkennung! Im Kabinetthaus an der Ostseite wurden 1770 der spätere König Friedrich Wilhelm III. geboren und drei Jahre zuvor Preußens Reformpädagoge Wilhelm von Humboldt. Ab 1788 war es Sitz der ersten Königlichen Ingenieurakademie, ab 1833 des königlich-preußischen Kabinetts.

Potsdams ältestes Gebäude

„Ceci n'est pas un château“ – Dies ist kein Schloss – steht auf dem Neubau des Potsdamer Stadtschlusses, in dem jetzt der Landtag sitzt. Sein Innenhof mit Pavillon-Attrappen ist frei zugänglich und ein lauschiger kostenloser Rastplatz. Hier am Alten Markt mit Altem Rathaus, Palais Barberini, beide Museen, und Schinkels Nikolaikirche schlägt das höfisch-üppige Herz der Stadt. Mit seinem Obelisken wollte Friedrich der Große römisches Flair vom Tiber an die Havel holen.

Der pompöse Marstall neben dem Schloss, heute Filmmuseum, ist als einziger erhaltener Bau aus der Zeit Friedrich Wilhelms I. Potsdams ältestes Gebäude. Seinen Ausbau und die Schauffassade verdankt er jedoch wieder Friedrich II.

Potsdams gewerbliche Seite spiegelt sich im Holländischen Viertel. Damit die benötigten Fachkräfte aus Holland kamen und blieben, ließ Friedrich Wilhelm I. ganze vier Karrees mit Backsteinhäusern im Stil ihrer Heimat bebauen. Heute ist das einzigartige Ensemble um Mittel- und Benkertstraße der ideale Ort, um in einem seiner Cafés oder Restaurants alle Eindrücke zu verarbeiten. Potsdams historisches Stadtbild ist „ein Paradies für meine Kamera“ schwärmte der Fotograf Max Baur (1898–1988). Seine Bilder und die vieler Kollegen wurden zu wertvollen Vorlagen für den Wiederaufbau.

● Hotelpfempfehlung am Nauener Tor: NH Hotel Friedrich-Ebert-Straße 88, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 23170, www.nh-hotels.de. Infos und Stadtführungen: Tourist Information, Am Alten Markt, Humboldtstr. 2, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 27558899, www.potsdamtourismus.de

AUTOMOBIL

Made in Sudetenland

Ein Oldtimer-Sammler hat einen alten Tatra aufgemöbelt – Für die Garage ist ihm das über 80-jährige Gefährt zu schade

Mit etwa 70 Kilometer pro Stunde (km/h) fährt Harald Sommer gemütlich dahin, in der Regel auf Landstraßen, nur in Ausnahmefällen auf der Autobahn. Denn sein fahrbarer Untersatz ist ein Tatra 57 B Baujahr 1940. In den vergangenen 23 Jahren – am 15. März 1999 hat er den Oldtimer gekauft – hat der 54-jährige Autonarr nur einen einzigen Schaden während einer Ausfahrt gehabt. Und das bei zirka 15.000 gefahrenen Kilometern.

Schon immer hatte der pensionierte Postbeamte aus Deining (Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz) ein Faible für alte Fahrzeuge. Daher verfolgte er Anzeigen in Zeitungen. Und hier stieß er im März 1999 auf den Tatra 57 B, der mit Foto und inhaltlichen Angaben angeboten war. Sofort entschied er sich, den Wagen, der bei einem Händler in München stand, zu kaufen. „Ich wollte schon immer so ein Auto haben“, erklärt er rückblickend. Der Rest ging schnell, am 15. März 1999 erfolgte der Kauf, kurz darauf war der Oldtimer in Deining.

Natürlich hat Sommer das Fahrzeug komplett durchgecheckt. Außer zwei Stö-

ßelstangen im Motor, die zu erneuern waren, und zwei Holzstücken im Fenster- und Bodenbereich, die er ausbessern musste, war alles in Ordnung. Ein Grund dafür war auch, dass der Tatra 1940 ohne Reifen ausgeliefert wurde und zunächst

sechs Jahre stand. Ab der Zulassung im Jahr 1946 fuhren den Wagen Besitzer in Wien, in Kärnten und wiederum in Wien. Von dort kam der Tatra im Mai 1990 zum Händler nach München, wo das Fahrzeug bis zum Kauf durch Sommer fast nur

stand. Mit 27.200 gefahrenen Kilometern hat der Deining der Tatra schließlich übernommen.

Natürlich hat Sommer den ursprünglichen Kraftfahrzeugbrief. Darin werden neben der Bestätigung, dass alle Fakten und Daten in Ordnung sind (30. März 1940), auch das Unternehmen – Ringhofer-Tatra-Werke A.G. – und der Firmenort Nesselsdorf (bei Neutitschein im Kuhländchen) genannt.

Das Allermeiste ist noch original, in die schwarze Farbe wurde der Tatra jedoch schon vor 1999 umlackiert. Der Vierzylinder-Viertaktmotor liefert aus 1255 Kubikzentimeter Hubraum 25 PS. Der Tatra 57 B ist vier Meter lang, 1,55 Meter breit, nur 1,52 Meter hoch und wiegt leer 930 Kilogramm. Platz bietet er für vier Personen. Gebaut wurde er von 1938/39 bis 1948/49. Es gab ihn als Kastenwagen und Limousine.

Sommers Exemplar ist eine Limousine, die vom Werk angegebene Höchstgeschwindigkeit von 90 km/h ist er noch nicht gefahren. „Bei 80 km/h wird es unlustig“, weiß Sommer aus seiner Fahrpra-

xis. So belässt er es bei den 70 km/h, womit ein Benzinverbrauch von zirka zehn Litern auf 100 Kilometer einhergeht.

Eine Besonderheit, die mit dem Linksverkehr in den Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn zusammenhängt, ist das seitenverkehrte Vierganggetriebe. „Das ist schon gewöhnungsbedürftig“, bekennt Sommer. Mit den politischen Ereignissen 1938/39 (Anschluss Österreichs und des Sudetenlandes ans Deutsche Reich beziehungsweise Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren) wurde in diesen Ländern dann der Rechtsverkehr eingeführt.

In den direkt über dem Motor befindlichen Tank passen 35 bis 40 Liter Benzin. Auch wenn der Tatra einen Tageskilometerzähler hat – Sommer geht beim Benzinverbrauch auf Nummer Sicher. „Die Fahrstrecken sind nie weiter als 300 Kilometer“, betont er. So ist er noch nie wegen Spritmangels liegengeblieben.

Auf Oldtimer-Treffen ist Sommer eher selten vertreten. Seine Philosophie lautet, dass ein altes Auto mehr bewegt, also gefahren und weniger angeschaut werden sollte. *Markus Bauer*



Zieht viele Blicke auf sich: Der Tatra 57 B von 1940

● FÜR SIE GELESEN

In armen Verhältnissen

Im Jahr 1908 teilt sich Pegg mit drei jungen Frauen eine Wohnung in Stockholm. Sie müssen zusammen wohnen, weil sie gerade auskommen mit dem geringen Gehalt, das sie erhalten, denn eigentlich sind Frauen nicht gern gesehen auf dem Arbeitsmarkt. Es galt das Vorurteil, Frauen würden Männern die Arbeitsplätze wegnehmen.

Doch den jungen Frauen bleibt keine Wahl. Sie haben niemanden, der sie finanziell unterstützt. So schauen sie sich doch nebenbei nach einem Versorger um, aber die Arbeit ist hart, und danach gehen sie erschöpft nach Hause. Die Wohngemeinschaft feiert kleine Feste in ihrer Wohnung. Am Ende gehen die vier Frauen aber auseinander. Die eine hat einen Verlobten gefunden, eine ist so sehr erkrankt, dass sie sterben wird, und Pegg zieht zu ihrer Freundin aufs Land, um deren Kinder zu versorgen.

Elin Wägner, eine schwedische Journalistin und Feministin, schreibt in einem frischen, aber einfachen Stil. Der Roman „Die Sekretärinnen“ liest sich flüssig. A. Selke



Elin Wägner: „Die Sekretärinnen“, ecoverlag, Hamburg 2022, gebunden, 174 Seiten, 20 Euro

Flucht und Neubeginn

Während der Zweite Weltkrieg tobt und die Männer von Gut Falkensee an der Front kämpfen, leben die Frauen der Familie von Bargelow in scheinbarer Idylle auf dem Land. Die junge Hedda führt in Abwesenheit ihres Bruders das Gut, wofür sie als Bankerin bestens geeignet scheint.

Dass die Idylle trügt, zeigt sich, als Hedda vergeblich am Bahnhof auf ihren Bräutigam wartet. Dann erreicht sie die Todesnachricht, und die junge Frau stürzt sich in die Arbeit. Doch auch ihr droht Gefahr, weil der SS-Mann, der von einer Verwandten der Familie verlassen wurde, es auf die Adligen abgesehen hat. Als ein Hausmädchen von einem polnischen Zwangsarbeiter ein Kind erwartet, gelingt es nur knapp, ihn zu überlisten. Als Helfer in der Not erweist sich der Kriegsheld Clemens, zu dem Hedda sich hingezogen fühlt, den aber ein streng gehütetes Geheimnis davon abhält, sich mit ihr zu verbinden. Die Familie muss schließlich fliehen und im Westen unter harten Bedingungen einen Neuanfang wagen.

Der Roman „Stürme über Falkensee“ ist der dritte Band von Luisa von Kamecke Westpreußen-Saga. Gelingen ihr die Beschreibung des Lebens auf dem Gut und der Ereignisse auf der Flucht sehr spannend und authentisch, so erscheint das glückliche Ende zum Schluss etwas zu trivial und schadet dem ansonsten interessanten Roman.

Manuela Rosenthal-Kappi



Luisa von Kamecke: „Stürme über Falkensee. Westpreußen-Saga“, Lübbe Verlag, Köln 2022, Taschenbuch, 447 Seiten, 11 Euro

MARTIN LUTHER KING



Er hatte einen Traum

Am 28. August 1963 hielt Martin Luther King jr. seine Rede „I Have a Dream“ vor über 200.000 Menschen, die dem Aufruf „Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit“ gefolgt waren

FOTO: SHUTTERSTOCK

Amanda Gorman trug 2021 ihr Gedicht „The Hill We Climb“ zur Amtseinführung von US-Präsident Joe Biden vor. Die jüngste Inaugurationsdichterin der USA schrieb auch das Vorwort zu dieser Ausgabe der berühmten Rede von Martin Luther King „I Have a Dream“. Auf den lin-

ken Buchseiten steht die englischsprachige Originalrede und rechts eine deutsche Übersetzung, die aufgrund der genderkonformen Weise so umständlich zu verstehen ist, dass die eigentliche Rede besser gleich im Original gelesen werden sollte. CRS



Martin Luther King: „I Have a Dream – Ich habe einen Traum“, HarperCollins, Hamburg 2022, gebunden, 253 Seiten, 18,50 Euro

NAHOSTKONFLIKT

Ein israelischer TV-Journalist berichtet

Ohad Hemo war zu lebensgefährlichen Einsätzen im Westjordanland und im Gazastreifen unterwegs – Er sprach mit radikalen und gemäßigten Palästinensern

VON DIRK KLOSE

Viel wurde bereits zum Nahostkonflikt geschrieben. Zweifelnd greift man zunächst zu Ohad Hemos Buch „Jenseits der grünen Linie“, um bald von dessen aufrüttelnder Darstellung und der ausgewogenen Schilderung eingenommen zu sein. Hemo ist ein in Israel populärer Fernsehjournalist, der auch im Westjordanland und im Gazastreifen wegen seiner Fairness geschätzt wird. In diesem Buch resümiert er seine Berichterstattung aus den Palästinensergebieten, die teilweise unter lebensgefährlichem Einsatz erfolgte.

Die Stärke des Buches liegt in den Hintergrundinformationen, die der Autor in vielen Gesprächen mit Kämpfern und Politikern der Hamas, der Fatah und des Islamischen Dschihad gewonnen hat. Teils hat er sich darum bemüht, oft aber war er zu Gast bei Palästinensern, die im freundlichsten Gespräch Selbstkritik, Wunschenken oder größte Brutalität offenbarten.

Der Autor geht alle relevanten Felder durch: die den Gazastreifen beherrschende Hamas-Bewegung; die unter Premier Abbas im Westjordanland regierende Fatah; die im Moment abgeklungenen Selbstmordattentate; die israelischen Gefängnisse, in denen Hunderte palästinensischer Kämpfer und Attentäter einsitzen und die ein Ort des Lernens auch hin zu Mäßigung und Toleranz geworden sind; die von allen arabischen Verantwortlichen bewusst als solche „konservierten“ Flüchtlingslager

und das Thema Kollaborateure, die es offenbar zu Hunderten gibt.

Man liest das Buch ebenso erleichtert wie fassungslos. Erleichtert, weil viele Palästinenser sagen, dass sie der offiziellen Kriegsrhetorik von Hamas und teilweise auch Fatah innerlich längst abgeschworen haben, dass sie in Frieden leben und ihren Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen wollen, ja, dass sie Israel wegen seiner hohen Zivilisation und Kultur insgeheim bewundern. Aber dann auch fassungslos: Ein Kämpfer des radikalen Dschihad sagt unverblümt: „Wir hassen euch; sobald wir können, werden wir euch auch vernichten.“ Alle Palästinenser sähen Israel als Feind.

Das Buch richtet sich zuerst an Leser in Israel. Außerhalb hätte man sich klärende Worte über das israelische Sicherheitsbedürfnis gewünscht. Hemo geht durchaus nicht mit allem konform. Voller Scham beschreibt er die Einlasskontrollen für arabische Pendler, die täglich zur Arbeit kommen: „Ich lehne mich auf dagegen, wie mein Land mit diesen Menschen umgeht, die sich nichts anderes haben zuschulden kommen lassen, als auf der falschen Seite der Mauer geboren worden zu sein.“



Ohad Hemo: „Jenseits der grünen Linie. Ein Israeli berichtet aus den palästinensischen Gebieten“, Ch. Links Verlag, Berlin 2022, gebunden, 304 Seiten, 25 Euro

BIOGRAPHIE

Der Egon aus Hinterpommern

In seinen Erinnerungen an seinen Aufstieg und Fall als prominenter Vertreter des DDR-Staates arbeitet Egon Krenz mit Umschreibungen und Weglassungen

VON JÖRG BERNHARD BILKE

Man erinnert sich noch an das vor Glück strahlende Gesicht des SED-Funktionärs Egon Krenz, als er am 18. Oktober 1989 als Nachfolger Erich Honeckers zum SED-Generalsekretär ernannt worden war und sechs Tage danach auch noch zum Staatsratsvorsitzenden. Sieben Wochen später, am 6. Dezember, wurde er aller Ämter enthoben und von Gregor Gysi aus der SED/PDS ausgeschlossen.

So tief wie Krenz fällt man selten. Geboren am 19. März 1937 als Schneidersohn in Kolberg/Hinterpommern, floh er mit seiner Mutter 1944 nach Damgarten/Vorpommern. Seit seinem Beitritt zur FDJ 1953 und zur SED 1955 ging es nur noch bergauf. Er besuchte 1953/57 das „Institut für Lehrerbildung“ in Putbus/Rügen und war 1957/59 in Prora/Rügen freiwillig NVA-Soldat. In Moskau erwarb er in den Jahren 1964/67 auf der Parteihochschule ohne Abitur den Titel eines „Diplom-Gesellschaftswissenschaftlers“. Sein Aufstieg 1983 bis ins höchste Machtzentrum schien unaufhaltsam.

Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall versucht der SED-Rentner, sein politisches Wirken zu rechtfertigen. Der Leser fragt sich, ob man heute solche DDR-Erinnerungen noch veröffentlichen sollte. Inzwischen sind die Archive aus 40 Jahren DDR-Geschichte geöffnet, Zeitzeugen befragt, wissenschaftliche Aufarbeitungen geschrieben worden, die den SED-Staat als blutige Diktatur erscheinen lassen, die zur

Machtabsicherung Hunderte ihrer Bürger an der innerdeutschen Grenze hat erschießen lassen.

Die Schwierigkeit von Krenz' heutiger Sicht auf die Vergangenheit besteht darin, dass er zwischen zwei Polen pendelt: Zwischen der Ideologie, der er nach wie vor verhaftet ist, und der widerwilligen Anerkennung der Verbrechen, die Kommunisten im „Klassenkampf“ verübt haben. Ein Beispiel: Über Stalins Tod am 5. März 1953 schreibt er: „Ich war wie gelähmt, fühlte mich auf einmal verwaist.“ Später spricht er von „Stalins Verbrechen“, entschuldigt sie aber sofort: „... weil es gesellschaftliche Umstände gab, die sein Handeln begünstigt hatten.“

Solch verquere Argumentationen durchziehen das ganze Buch. Dass es in der DDR keine freien Wahlen gab fehlt, dass die „Junge Gemeinde“ 1952/53 gnadenlos verfolgt wurde, kommt nicht vor; die Berufsverbote, die Massenverhaftungen, die Fluchtbewegung sucht man vergebens in diesem Buch, das im Jahr 1974 endet. Im Folgeband, den Krenz schon angedroht hat, wird er auch von der „chinesischen Lösung“ sprechen müssen, die er 1989 bei den Leipziger Demonstranten anwenden wollte. Man darf gespannt sein!



Egon Krenz: „Aufbruch und Aufstieg. Erinnerungen“, Verlag edition ost, Berlin 2022, gebunden, 288 Seiten, 24 Euro

UMBENENNUNGEN IN OSTPREUSSEN

Wie deutsche Ortsnamen verschwanden

Lötzen erhielt innerhalb eines Jahres zwei weitere Namen – Orientierung meist an Persönlichkeiten

VON WOLFGANG REITH

Sensburg gilt als die Stadt Ostpreußens, in der es am spätesten Frühling und am ehesten Herbst wird. Sensburg ist zugleich eine der wenigen Städte im südlichen Teil Ostpreußens, die nach dem Zweiten Weltkrieg statt der historischen polnischen Bezeichnung einen völlig neuen Namen – zu Ehren von Vorkämpfern des Polenbeziehungsweise Masurentums – erhielten. 1945 wurde Sensburg zunächst in Żądźbork (alte masurische Bezeichnung) umbenannt, seit 1947 heißt es jedoch Mragowo – nach dem evangelischen Pfarrer und Lehrer Christoph Coelestin Mrongovius (1764–1855), der in Danzig wirkte und sich 1842 mit einer Petition an den preußischen König wandte, in der er sich mit Erfolg gegen die Germanisierung in den Schulen beziehungsweise für die Beibehaltung des Masurischen als Unterrichtssprache einsetzte.

Nachdem die Rote Armee 1945 den größten Teil Ostpreußens besetzt hatte, übergab die sowjetische Militäradministration ab Mai des Jahres die Verwaltung in die Hände der Polen, die sich in zunehmender Zahl ansiedelten. Am 13. November 1945 wurde ein „Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete“ etabliert, das am 7. Mai 1946 im Zusammenwirken mit dem Ministerium für öffentliche Verwaltung eine Verordnung über die Umbenennung der deutschen Ortsbezeichnungen erließ und deren amtliche polnische Schreibweise festlegte. Bis dahin waren die meisten deutschen Ortsnamen provisorisch ins Polnische übersetzt worden.

So hatte Angerburg die Bezeichnung Węgorzok erhalten, Johannisburg hieß nun Jańsbork, Neidenburg Nidbork, aus Rastenburg war Rastembork, aus Sensburg Żądźbork und aus Wartenburg Wartembork geworden. Mit der neuen Verordnung änderte sich dies, und noch am Tag ihrer Verkündung erfolgte die Umbenennung von Węgorzok in Węgorzewo, von Jańsbork in Pisz, von Nidbork in Nidzica und von Rastenburg in Kętrzyn. Wartembork zog am 4. Dezember 1946 nach und änderte seinen Namen in Barczewo. Lötzen hingegen hatte bereits am 4. März 1946 die Bezeichnung Giżycko erhalten, während Żądźbork erst nach längeren Diskussionen am 26. Oktober 1947 den festgesetzten neuen Namen Mragowo annahm.

Węgorzewo leitet sich vom polnischen Wort „Węgorz“ ab, das für „Aal“ steht und ein Verweis darauf ist, dass dieser Fisch hier häufig gefangen wird. Durch Nidzica fließt die Neide [Nide], die der Stadt den Namen gab, und Pisz geht auf das Flüsschen Pissa [Pisa Galinda] beziehungsweise [Pisa Warmińska] zurück, das im benachbarten Pisz-See entspringt.

Die übrigen genannten Städte bekamen völlig neue Namen. So erhielt Rastenburg/Rastembork den Namen Kętrzyn zu Ehren von Wojciech Kętrzyński, bei dem es sich eigentlich um den 1838 in Lötzen geborenen Adalbert von Winkler handelte. Seine Mutter war Deutsche, sein Vater kaschubisch-polnischer Herkunft. Während der Gymnasialzeit in Rastenburg und des nachfolgenden Geschichtsstudiums an der Königsberger Albertina „entdeckte“ er seine polnischen Wurzeln und führte seit 1861 den polnischen Namen, den er wörtlich übersetzt hatte. Von 1873 bis zu seinem Tod 1918 wirkte er als Direktor der historischen Sammlungen am Ossolineum in Lemberg. Seine 1872 erschienene Schrift „Über Masuren“ bildete die Grundlage für den Anspruch Polens auf die Region.



Vor dem Krieg: Der Marktplatz von Sensburg mit Rathaus

Foto: PAZ Archiv

Wartenburg [Wartembork] erhielt die Bezeichnung Barczewo nach dem katholischen Geistlichen Walenty (Valentin) Barczewski (1856–1928), der sich als Mitglied des Provinziallandtages von Ostpreußen wie auch des Zentralkomitees der Polen im Deutschen Reich für die polnische Sprache in seiner Heimat einsetzte.

Einsatz für die masurische Sprache

Giżycko für Lötzen leitet sich ab vom Familiennamen des Gustav Gisevius (1810–1848), der Pfarrer an der Polnischen Kirche in Osterode war und sich maßgeblich der Bewahrung der masurischen Kultur verschrieb. 1834 hielt er sich eine Zeitlang in Lötzen auf und war 1842 dort Mitbegründer der ersten weltlichen Zeitschrift Masurens. Sowohl Gisevius als auch Mrongovius setzten sich zwar für den Erhalt der polnischen/masurischen Sprache und Kultur ein, machten aber andererseits deutlich, dass sie sich als preußische Staatsbürger fühlten und in Loyalität zum preußischen König standen, was in der polnischen Ma-

surenpropaganda gerne unterschlagen wird. So erkannte die Gruppe masurischer Pfarrer, der beide angehörten, durchaus die Notwendigkeit deutschen Sprachunterrichts in den Schulen an.

Für Lötzen war die Umbenennung in Giżycko die dritte innerhalb eines Jahres. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee Ende Januar 1945 erhielt die Stadt den alten polnischen/masurischen Namen Lec, doch bereits im August desselben Jahres wurde dieser durch Łuczany ersetzt. Die erneute Umbenennung am 4. März 1946, die unter anderem wegen einer möglichen Verwechslung mit Ruczany erfolgte (das aber schon am 16. Juli 1938 in Niedersee umbenannt worden war und 1945 den Namen Ruciane erhielt), stieß auf nicht ungeteilte Zustimmung in der Bevölkerung, und so lebt der alte Name bis heute fort im Lötzer Kanal [Kanal Łuczanski], der in den Jahren 1765 bis 1772 erbaut wurde und den Löwentin- mit dem Kissainsee verbindet. Ebenso verwenden einige gastronomische Einrichtungen und

die Verkehrsbetriebe der Stadt bis heute den alten Namen weiter. Seit einigen Jahren führt sogar die Weiße Flotte auf ihren Schiffen gelegentlich beide Bezeichnungen (Giżycko und Łuczany) mit dem Hinweis „Herz Masurens“.

Polens Ansprüche auf Ostpreußen

Die erwähnte Verordnung vom 7. Mai 1946, mit der die polnischen Ortsnamen festgelegt wurden, bezog sich auf eine entsprechende Verordnung des Präsidenten der Republik Polen vom 24. Oktober 1934. In jenem Jahr erschienen in Warschau Regionalkarten für ganz Ostpreußen, die den historischen und kulturellen „Anspruch“ Polens auf das Gebiet untermauern sollten. Darin findet man auch die polnischen Bezeichnungen für Städte und Kreise, die heute im russischen, nördlichen Teil Ostpreußens liegen (etwa Królewiec für Königsberg, Gąbin Pruski für Gumbinnen oder Wystruc für Insterburg). Die Regionalkarten waren Teil einer größeren Ausgabe, die den Titel „Deutschland, Preußen, Ostpreußen“ („Niemcy, Prusy, Prusy Wschodnie“) trug, wobei das zentrale Gebiet als „Preußisch Masuren“ („Mazury Pruskie“) ausgewiesen war.

1995 wurden Nachdrucke dieser Karten veröffentlicht. Während die Originale von 1934 weitgehend die deutschen Ortsbezeichnungen enthalten, wobei auch die alten masurischen Namen eingetragen sind, erscheinen in dem Nachdruck von 1995 hinter den deutschen Ortsnamen jeweils in Rot die heutigen polnischen Bezeichnungen (also für Lötzen „Giżycko“, für Sensburg „Mragowo“ oder für Rastenburg „Kętrzyn“). In der Ortsbeschreibung für Lötzen werden überdies alle früher gebräuchlichen oder in Urkunden verwendeten Namen der Stadt aufgeführt: Lece, Łuczany, Lecko, Lehtczem, Letzkenborg, Lesken, Leeczyn, Leitzce, aber auch Lötzen und Neuendorf.

Eine letzte Namensänderung erfolgte übrigens 1950, als das Städtchen Drengfurt(h), das 1946 die polonisierte Ortsbezeichnung Dryfort erhalten hatte, in Srokowo umbenannt wurde. Damit ehrte man den im selben Jahr verstorbenen polnischen Geographen und Diplomaten Stanisław Srokowski (1872–1950), der von 1946 bis zu seinem Tod als Leiter des Komitees zur Festsetzung von Ortsnamen in Polens „wiedergewonnenen Gebieten“ fungierte.



Lötzen: Zwei Namen der Stadt auf einem Bushaltstellenschild

Foto: Reith

KULTUR

Unter dem Agnes-Miegel-Himmel

In einer den Karpaten gewidmeten Zeitschrift ein Gedicht der in Meppen geborenen und in Oldenburg lebenden Schriftstellerin Britta Lübberts mit dem Titel „Mragowo“ (Sensburg) zu finden, überrascht. „Über uns verblasste der Agnes-Miegel-Himmel mit seinem Mondsichelschmiss“ lautet die erste Zeile. Es folgen Erinnerungen an Panzergeräusche. Das kurze Gedicht schließt mit dem abendlichen Verzehr von „Barszcz czerwoný“, dem fremden, trauten Wurzelgemüse.

Anlass dafür, Britta Lübberts in die wissenschaftliche Zeitschrift aufzunehmen, war ihre Auszeichnung mit dem nach einem Schriftsteller aus dem Banat benannten Rolf Bossert Gedächtnispreis 2021.

In Ihrer Dankesrede spricht sie von ihrer ostpreußischen Mutter, mit der sie nach den Ostverträgen die Heimat besucht hat: „Fremde lebten jetzt in ihrem Elternhaus. Sie führten uns herum, zeigten uns das Gemüse im Garten, in jenem Garten, den mein später in Sibirien verhungertes Großvater angelegt hatte.“

In den fünf Beiträgen zur Geschichte der Karpaten – drei auf Englisch – geht es um Reiseberichte im 19. Jahrhundert, ihre Rezeption und den Niederschlag in benachbarten Ethnien und Staaten. Es gibt einen Einblick in das bedeutende Fotoarchiv des Instituts für Deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) und einen Beitrag über Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft im südöstlichen Europa.

Bei den zahlreichen Buchhinweisen wird unterschieden in Rezensionen wissenschaftlicher Werke und Besprechungen von Literatur. Europäische Verflechtungen im Mittelalter werden ebenso berücksichtigt wie Erinnerungen an Flucht und Vertreibung.

Georg Aesch, jahrzehntelanger Schriftleiter der „Kulturpolitischen Korrespondenz“, fand den Satz des Großvaters von Günter Grass: „Ech waiß, Ginterchen, em Wästen is bäscher, aber em Osten is scheener.“ Und im Literaturteil gibt es Aphorismen von Tomas Janovic wie: „Die russische Seele ist ein Fels, der beständig den Abhang hinabstürzt, auch wenn er in der Ebene ruht.“

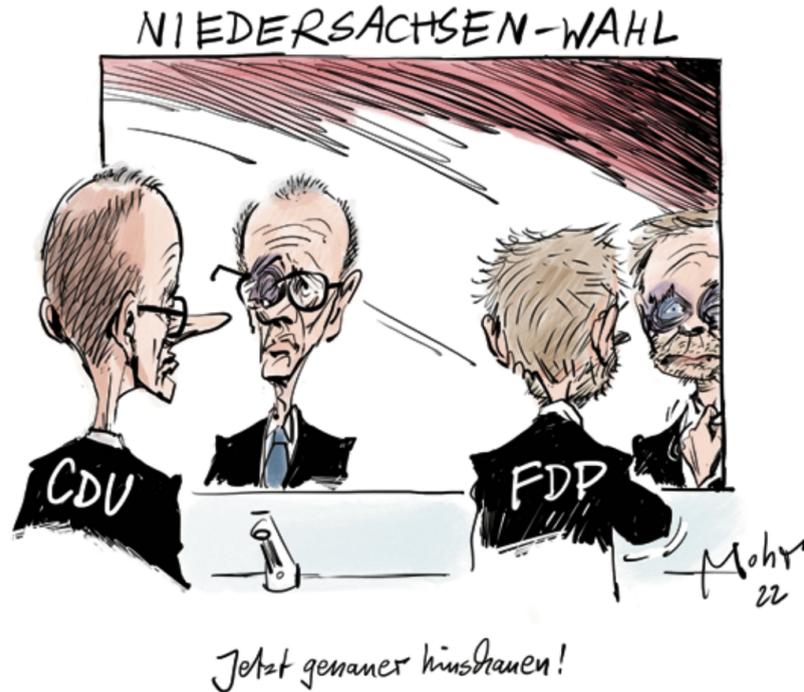
Norbert Matern

● **Spiegelungen**, Zeitschrift für Deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, Heft 2/21, herausgegeben vom Institut IKGS Universität München, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2021, kartoniert, 253 Seiten, 17-Euro



● AUFGESCHNAPPT

Mit der „Musikalischen Komödie“ verfügt die Oper Leipzig über ein separates Operetten- und Musicaltheater. Dessen Orchester trat jetzt dem Verein „Orchester des Wandels“ bei. Dieser erklärt: „Wir spielen für den Klima- und Umweltschutz.“ Die „Musiker“innen wollen sich in „außergewöhnlichen Konzertformaten“ mit „der „Klimakrise auseinandersetzen. Die emotionale Kraft der Musik ist für uns dabei das Medium, Menschen zu erreichen und zu inspirieren.“ Die Oper Leipzig lässt wissen, das Orchester der „Musikalischen Komödie“ sei nun „Teil eines Netzwerks“, dem in Deutschland schon 32 Orchester angehören. Man unterstütze ein „konkretes Aufforstungsprojekt auf Madagaskar“ und wirke tatkräftig in Leipzig, so gebe es nahe der Spielstätte einen „Patenbaum“. Der Verein erarbeite „wissenschaftlich fundierte Strategien zum Einsparen von Emissionen und für eine nachhaltige, auf Musik und Kultur ausgerichtete CO₂-Kompensation“, um „den klimatischen Fußabdruck der Orchester zu vermindern“. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Klaus-Rüdiger Mai ist fassungslos angesichts der jüngsten Volte grüner Energiepolitik, wie er auf „Tichys Einblick“ (5. Oktober) schreibt:

„In dieser Situation feiern tatsächlich die deutschen Grünen und ihr Wirtschaftsminister Robert Habeck, dass in NRW der Kohleausstieg acht Jahre früher stattfindet. Das ist schon nicht mehr weltfremd, sondern eigentlich Sabotage. Die Grünen ermöglichen RWE auf Kosten der deutschen Bürger, unverschämte Profite einzufahren und steuerfinanziert das Geschäft aus Deutschland in die USA zu verlagern.“

Roberto J. De Lapuente macht seiner Verzweiflung über die Lage in Deutschland auf „rubicon.news“ (5. Oktober) Luft:

„Deutschland 2022 bedeutet auch: Ruhig bleiben, unscheinbar seinen Job verrichten, nicht aufmucken, ja noch nicht mal schüchtern hinterfragen. Hier herrscht das Mittelmaß mit einer Radikalität, dass man sich vieles wieder vorstellen kann. Auch solches, was man sich nicht mehr vorstellen will auf deutschem Boden.“

Rolf Bergmeier sieht das ganz große Energie-desaster erst ab April 2023 auf Deutschland zukommen, wenn die Gasspeicher definitiv leer sind und die letzten Atombrennstäbe verbraucht. Auf „Ansa.org“ (9. Oktober) schreibt er:

„Die Sorglosigkeit, mit der die meisten Politiker mit dem nahezu sicher eintretenden Szenario regelmäßiger Stromausfälle umgehen, ist abenteuerlich, unverantwortlich und angesichts der drohenden sozialen Verwerfungen empörend ... Wird das Problem der Energieknappheit nicht gelöst, so ist Deutschland am Ende. Dem Industrieland Deutschland wird dann buchstäblich der Lebenssaft entzogen.“

Ulrich Reitz warnt im „Focus“ (9. Oktober) die etablierten Parteien davor, den AfD-Erfolg in Niedersachsen als Eintagsfliege abzutun:

„Ruhe an der AfD-Front ist auch in der Zukunft nicht zu erwarten. Denn längst zieht ein Thema herauf, das die AfD schon einmal stark gemacht hat: die Flüchtlingskrise. Schon warnen Deutschlands Kommunen vor einer Wiederholung der Flüchtlingskrise von 2015 – wenn man allein auf die Zahlen schaut, sogar zurecht.“

Kai Warnecke, Präsident des Eigentümerverbands Haus und Grund, warnt gegenüber der Funke-Mediengruppe (11. Oktober), dass private Vermieter die Erstattung der Gaspauschale für Dezember verwaltungstechnisch kaum umsetzen können:

„Es wirkt, als wäre der Vorschlag von Leuten erarbeitet worden, die noch nie eine Heizkostenabrechnung gesehen, geschweige denn erarbeitet haben.“

● WORT DER WOCHE

„Der immer stärker werdende Staat wird seine Milliarden kaum ohne Bedingungen gewähren. Wer Hilfen beansprucht, muss mit immer mehr Gängelungen rechnen.“

Daniel Weinmann bei „reitschuster.de“ am 10. Oktober

DER WOCHENRÜCKBLICK

Falsche Party

Warum Wünsche nicht immer wahr werden sollten, und wie sich die CDU von ihren Wählern befreite

VON HANS HECKEL

Greta Thunberg ist so glücklich wie nie zuvor, sagt die mittlerweile 19-jährige Ikone der „Klimabewegung“. Dazu hat sie auch allen Grund. Es ist ja kaum zu glauben, wie schnell und radikal eine zentrale Forderung ihrer Bewegung in die Tat umgesetzt wurde. Nämlich, dass Energie so drastisch verteuert werden müsse, bis die „Klimasünder“ den vollen Preis für ihre Sündhaftigkeit zu zahlen haben. Wer dann pleitegeht, erfriert oder sich zumindest im Wohlstandsniveau halbiert sieht, der hat eben selber Schuld, denn er trägt ja nur die Last seiner eigenen Vergehen.

Drücken wir die Daumen, dass Gretas Glück von Dauer ist. Andere Kampfgefährten im Geiste, denen die Preise für Energie bis vor Kurzem ebenfalls nicht hoch genug sein konnten, sind nicht so froh, weil sie gerade einen Realitätsschock erleiden.

Der WDR-Journalist Lorenz Beckhardt sorgte für Aufsehen, als er in der „Tagesthemens“-Sendung vom 29. Juli 2019 forderte: „Macht Fleisch, Auto fahren und fliegen so verdammt teuer, dass wir davon runter kommen. Bitte! Schnell! Dann wählen wir auch Euch alle!“

Ein Blick in den Supermarkt oder auf die Tankstellen-Anzeige beweist: Die Forderung wurde umgesetzt, beim WDR – einem Sender, wie er grüner und „klimabewusster“ kaum sein könnte – müssten also die Tränen der Freude und Zufriedenheit in Strömen fließen. Tun sie aber nicht. Stattdessen jault man dort wegen der rasanten Inflation und bläst zum Streik. Forderung: Fünf Prozent mehr Gehalt und zusätzlich ein „angemessener Inflationsausgleich“. Zu den Unterstützern der Kampfmaßnahme zählt: Lorenz Beckhardt.

Der Widerspruch ist pure Komödie. Was kommt als Nächstes? Radikal-vegane „Tierrechtler“, die protestieren, weil sie sich Spanferkel nicht mehr leisten können? Pazifisten, die Waffenlieferungen fordern? Ach, die haben wir ja schon.

Am meisten beeindruckt einen bei den WDR-Streikern die völlige Selbstverständlichkeit, mit der sie ihre Worte von gestern essen. Der Gedanke, dass sich da jemand unglaubwürdig machen könnte, der scheint ihnen gar nicht zu kommen. Ebenso wenig Winfried Kretschmann. Nachdem er den Deutschen geraten hatte, statt zu duschen lieber den Waschlappen zu nehmen, brach er

nun zu einer mehrtägigen USA-Reise auf, im Schlepptau eine 100-Mann-Delegation.

Mag ja sicher wahnsinnig wichtig und sinnvoll gewesen sein, der Trip. Aber nach der Waschlappen-Nummer kommt das doch etwas merkwürdig rüber. Man denke an den „ökologischen Fußabdruck“, den enormen Energieverbrauch eines solchen Fluges über etliche tausend Kilometer. Indes, derlei Unebenheiten gleichen solche Leute umstandslos wieder aus durch ihr besonders hoch entwickeltes Problembewusstsein, ihre enorme klimapolitische Sensibilität. Und die fehlt dem dummen Durchschnittsdeutschen eben, weshalb er mit Waschlappen statt Duschen und Pullovertragen im kalten Wohnzimmer bestraft gehört.

Die Wut des Wählers braucht man nicht zu fürchten. Kretschmanns Grünen geht es – ganz im Gegenteil – gerade richtig super. Zwar wird deren Niedersachsen-Resultat nicht gar so schön, wie es geredet wird. Aber sei's drum: Noch eine Regierungsbeteiligung, noch mehr Posten, noch mehr Moneten in Reichweite, um parteifremdliche NGOs mit Steuergeldern zu pöppeln.

Nicht so toll geht es der FDP, wie Sie vielleicht schon auf den Seiten 1 und 4 gelesen haben. Und im Windschatten der gelben Misere leckt auch die CDU ihre Wunden aus Hannover. Doch um Antworten, wie es nun weitergehen soll, ist man bei den Christdemokraten nicht verlegen.

Die Sache mit dem „Markenkern“

Der noch amtierende Generalsekretär der Niedersachsen-Union, Sebastian Lechner, hat den Kurs zum Wiederaufstieg aus dem tiefen Tal des schlechtesten Ergebnisses seit 1955 bereits abgesteckt: Die CDU müsse offener und weiblicher werden, weiß Lechner. Übersetzt heißt das heutzutage bekanntlich: noch grüner und noch linker. Vorbild, auch für die Union im Bund, seien die CDU-Ministerpräsidenten von NRW und Schleswig-Holstein, Hendrik Wüst und Daniel Günther.

Wüst hat erklärt, dass „das Konservative nie der Markenkern der CDU“ gewesen sei, und Günther ließ schon vor Längerem verlauten, dass man sich bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei mal nicht so anstellen solle. Beim Bundesparteitag der CDU Anfang September im wahlkämpfenden Hannover konnte sich die Partei den dortigen Wählern in ihrer ganzen Pracht präsentieren. Sie beschloss die Frauenquote und ersetzte das

—
Wer das richtige
Bewusstsein
vorweisen kann,
der darf auch
mit 100 Mann
nach Amerika
fliegen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de